

Landtag Rheinland-Pfalz
13. Wahlperiode

Plenarprotokoll 13/115

115. Sitzung

Freitag, den 18. August 2000

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde
- Drucksache 13/6090 -

8651

Die Mündlichen Anfragen Nummern 11, 13 und 14 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 95 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.

AKTUELLE STUNDE

**„Stellenwert der Informations- und Kommunikationstechnologien für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz und Ursachen für die geringe Nachfrage von Firmen aus unserem Land nach einschlägigen Experten auch im Zusammenhang mit der ‚Green Card‘“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6048 -**

8664

**„Situation der Finanzierung von Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz und jüngste Stellungnahme der Landesregierung zur Entscheidung des Saarlandes, die Kindergartenbeiträge schrittweise abzuschaffen“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6055 -**

8674

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 1998

- | | |
|---|------|
| a) Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1998
Antrag des Rechnungshofs
- Drucksache 13/5146 - | 8686 |
| b) Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1998
Antrag der Landesregierung
- Drucksache 13/5173 - | 8686 |
| c) Jahresbericht 1999
Unterrichtung durch den Rechnungshof
- Drucksache 13/5380 - | 8686 |
| d) Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 1999 des Rechnungshofs (Drucksache 13/5380)
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 13/5790 - | 8686 |
| dazu: Kommunalbericht 1999
Unterrichtung durch den Rechnungshof
- Drucksache 13/5800 - | 8686 |
| Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 13/6070 - | 8686 |

<i>Die in Nummer 1 der Drucksache 13/6070 enthaltene Beschlussempfehlung wird zu Nummer 3 bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Mehrheit und zu Nummern 1, 2 und 4 jeweils einstimmig angenommen.</i>	8694
--	------

Damit ist der Landesregierung und dem Rechnungshof für das Haushaltsjahr 1998 Entlastung erteilt.

Siebzehnter Tätigkeitsbericht nach § 29 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz - LDSG - für die Zeit vom 1. Oktober 1997 bis 30. September 1999 Besprechung des Berichts (Drucksache 13/4836) auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/5119 -	8695
--	------

Der Tätigkeitsbericht ist mit seiner Besprechung erledigt.

Europäische Union: Reformchancen der Erweiterung nutzen Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/5903 -	8701
--	------

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/6093 -	8701
--	------

<i>Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/6093 - wird mit Mehrheit abgelehnt.</i>	8701
---	------

Der Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/5903 - wird mit Mehrheit angenommen. 8701

Anhörung zum Thema Ladenschlussgesetz 8702
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6056 -

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6056 - wird einstimmig angenommen. 8702

Behindertenpolitik: Bilanz und Perspektive unzureichend 8702
Antrag der Fraktion der CDU - Entschließung -
- Drucksache 13/5744 -

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses 8702
- Drucksache 13/5912 -

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/5744 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 8702

Fähigkeit zur Selbsthilfe von behinderten Menschen stärken 8702
Antrag der Fraktion der SPD - Entschließung -
- Drucksache 13/5776 -

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses 8702
- Drucksache 13/5913 -

Die Beschlussempfehlung - Drucksache 13/5913 - wird einstimmig angenommen. 8702

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/5776 - wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung - Drucksache 13/5913 - einstimmig angenommen. 8702

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Herbert Martin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber;
die Staatssekretäre Rüter, Eggers.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Friederike Ebli, Margot Nienkämper, Walter Wirz sowie Staatsminister Hans-Artur Bauckhage.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	8675, 8677, 8678, 8679, 8680, 8681, 8682, 8683, 8685 8686, 8688, 8690, 8692, 8693, 8694, 8696, 8697, 8699 8700, 8701
Vizepräsident Schuler	8651, 8652, 8653, 8654, 8655, 8656, 8657, 8658, 8659 8660, 8661, 8662, 8663, 8664, 8665, 8666, 8668, 8670 8671, 8672, 8673, 8674
Anheuser (CDU)	8660, 8662
Berg (CDU)	8663
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8674, 8680, 8685
Billen (CDU)	8654, 8656, 8657, 8661
Bischel (CDU)	8695
Bracht (CDU)	8664
Creutzmann (F.D.P.)	8654, 8672, 8699
Franzmann (SPD)	8661
Frisch (CDU)	8677, 8686
Gölter, Dr. (CDU)	8670
Grütmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8697
Hammer, H. (CDU)	8682
Heinz (F.D.P.)	8668
Jullien (CDU)	8687
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8701
Kuhn (F.D.P.)	8693
Licht (CDU)	8657, 8659, 8661, 8662
Mertes, Dr. (SPD)	8690
Pahler (F.D.P.)	8678, 8682
Redmer (SPD)	8696
Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8651, 8652, 8653, 8666, 8672
Rosenbauer, Dr. (CDU)	8662, 8663
Schmitt, D. (CDU)	8656, 8657, 8659, 8661
Schneider, Chr. (CDU)	8658, 8659, 8660
Schöneberg (CDU)	8653, 8654, 8688
Schwarz (SPD)	8665, 8671
Spurzem (SPD)	8675, 8681
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8692
Beck, Ministerpräsident	8683
Götte, Dr., Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen	8679
Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten	8651
Zuber, Minister des Innern und für Sport	8663, 8700
Eggers, Staatssekretär	8655, 8658, 8663, 8669, 8673

**115. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 18. August 2000**

Die Sitzung wird um 9.30 Uhr von Vizepräsident Schuler eröffnet.

Vizepräsident Schuler:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 115. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz und heiße Sie herzlich willkommen.

Zu Schriftführern berufe ich die Kollegen Hendrik Hering und Johannes Berg. Herr Kollege Berg führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Kollegen Friederike Ebli, Margot Nienkämper, Walter Wirz und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage.

Meine Damen und Herren, zu Ihrer Information möchte ich sagen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnungspunkte 16, 17 und 21 von der Tagesordnung abzusetzen und in der Plenarsitzung im September zu behandeln.

Darüber hinaus wurde vereinbart, den Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. „Europäische Union: Reformchancen der Erweiterung nutzen“ - Drucksache 13/5903 - ohne Aussprache zu behandeln.

Wir beginnen mit Punkt 3 der Tagesordnung:

Fragestunde

- Drucksache 13/6090 -

Ich rufe die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dietmar Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), AKW Mülheim-Kärlich nach dem Atomkonsens betreffend, auf.

Herr Kollege Rieth, Sie haben das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wurde oder wird der Genehmigungsantrag zur 1. TG Neu/2 von der Antragstellerin RWE zurückgezogen?
2. Welche Gründe liegen vor, dass der Schadensersatzprozess vor dem OLG Koblenz nicht erledigt ist, sondern nur auf Antrag der Prozessbeteiligten RWE und Land Rheinland-Pfalz der nächste Verhandlungstermin aufgehoben wurde?

3. Welche Regelungen hat die Landesregierung mit der RWE zur Begleichung der Gerichts- und Anwaltskosten im Schadensersatzprozess vereinbart?

4. Zu welchem Zeitpunkt erwartet die Landesregierung die Beantragung der Abrissgenehmigung für das AKW Mülheim-Kärlich?

Vizepräsident Schuler:

Es antwortet Frau Staatsministerin Martini.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren Abgeordneten! Ich möchte zunächst einige Anmerkungen vorausschicken:

Am 14. Juni 2000 haben sich bekanntermaßen die Bundesregierung und die führenden Energieversorgungsunternehmen auf eine Vereinbarung verständigt, auf deren Grundlage die Nutzung der Kernkraft in Deutschland geordnet beendet werden soll. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hatte sich intensiv dafür eingesetzt - dies mit Erfolg -, dass auch das seit 1988 stillliegende Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich in die Konsensverhandlungen mit einbezogen werden sollte. Die Bundesregierung hat diesem Wunsch bekanntermaßen entsprochen.

In dem Konsenspapier haben sich die Verhandlungspartner darauf verständigt, dass die RWE den Genehmigungsantrag für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich zurückziehen wird. Ebenso soll das Unternehmen die laufende Schadensersatzklage gegen das Land Rheinland-Pfalz zurücknehmen.

Die Bundesregierung wird nun auf der Grundlage der erreichten Verständigung einen Entwurf zur Novelle des Atomgesetzes erarbeiten. Nach Umsetzung der Ergebnisse der Konsensgespräche in der Atomgesetznovelle wird die Vereinbarung, die bis jetzt nur paraphiert ist, förmlich unterzeichnet werden.

Die RWE Energie AG hat aber bereits zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber dem Ministerium für Umwelt und Forsten erklärt, dass sie bereits vor dem förmlichen Inkrafttreten der Energiekonsensvereinbarung Vorarbeiten zur Stilllegung des Kraftwerks in Abstimmung mit dem Ministerium für Umwelt und Forsten durchführen wolle. Einvernehmlich sind daher die RWE und die Landesregierung der Auffassung, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt, wenngleich die Atomgesetznovelle formell noch nicht verabschiedet ist, alle Vorarbeiten und Vorbereitungen für das weitere zu erwartende Verfahren zu tätigen sind.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4: Die RWE Energie AG hat gegenüber dem Ministerium für Umwelt und Forsten erklärt, dass sie über den genauen Zeitpunkt der Stellung eines Antrags nach § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes auf Stilllegung des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich befinden wird, sobald die Bundesregierung die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Umsetzung der oben genannten Vereinbarung in die Wege geleitet hat. Ich gehe davon aus - so jedenfalls war die RWE auch zu verstehen -, dass zeitgleich der Genehmigungsantrag auf Erteilung einer 1. TG Neu/2 zurückgenommen wird. Bereits jetzt aber wurde mit der RWE Energie AG vereinbart, dass dieses Genehmigungsverfahren nicht mehr weiter betrieben wird. Es ruht sozusagen.

Zu den Fragen 2 und 3: Einleitend hatte ich bereits darauf hingewiesen, dass die zwischen der Bundesregierung und den führenden Energieversorgungsunternehmen getroffene Vereinbarung noch förmlich unterzeichnet werden muss. Daher hatte die RWE in Übereinstimmung mit der Landesregierung in dem Schadensersatzprozess gegen das Land Rheinland-Pfalz bislang nur die Aufhebung des auf den 20. September 2000 terminierten Verhandlungstermins beantragt. Das Oberlandesgericht hat antragsgemäß den Termin unter Hinweis auf die Konsensvereinbarung aufgehoben.

Die Landesregierung hat mit der RWE keine Regelung zur Begleichung der Gerichts- und Anwaltskosten vereinbart. Dies wird im Verlauf der weiteren Umsetzung der Konsensgespräche zu tätigen sein.

So weit die Antwort.

Vizepräsident Schuler:

Gibt es Zusatzfragen? - Herr Abgeordneter Rieth.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, die Konsensgespräche haben dazu geführt, dass im Nachhinein die Klagen der Privatklägerinnen und Kommunen nach dem Urteil von 1998 zu einem Abschluss gekommen sind. Vonseiten der Klägerinnen und Kläger und auch der Kommunen vor Ort wird es logischerweise keine neuen Klagen mehr geben.

Wird sich die Landesregierung in den nächsten Wochen und Monaten - über einen längeren Zeitraum wird wohl nicht mehr zu reden sein - bereit erklären, die Kosten, die den Klägerinnen, wie beispielsweise der Stadt Neuwied und anderen Privatklägerinnen, aus dem gewonnenen Verfahren 1998 entstanden sind, außergerichtlich zu begleichen, oder wird die Landesregierung, wie es von Ihrer Seite mehrfach in der Presse mitgeteilt wurde, darauf bestehen, dass diese Kosten nur innerhalb eines Gerichtsverfahrens beglichen werden?

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Ihre Frage enthält einige Unrichtigkeiten, Herr Abgeordneter Rieth. Zum einen hat die Frage der Prozesskostenerstattung in den vorherigen Verfahren, die 1998 abgeschlossen wurden, nichts mit den jetzt getroffenen Vereinbarungen im Rahmen der Konsensvereinbarungen zu tun. Insofern ist es falsch, einen Zusammenhang zwischen den Konsensvereinbarungen und den noch offenen Kostenerstattungen für die Prozesskläger aus dem Verfahrensabschluss von 1998 herzustellen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, das Verfahren, um dessen Kostenerstattung vonseiten Ihrer Partei, wie ich meine, zu Unrecht zu viel Aufhebungs gemacht wird, hat folgenden Hintergrund:

1998 hatte das Bundesverwaltungsgericht abschließend und rechtskräftig entschieden, dass Mülheim-Kärlich nicht wieder ans Netz geht. Zwei Jahre später erst hat der Prozessbevollmächtigte des Privatklägers das getan, was ein Rechtsanwalt eigentlich gleich tun sollte, nämlich einen Antrag auf Prozesskostenerstattung beim Gericht zu stellen. Dem Prozessbevollmächtigten des Privatklägers wäre es jederzeit möglich gewesen, diesen Antrag auf Prozesskostenerstattung unverzüglich nach Abschluss des Verfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht zu stellen. Das hat er aber nicht getan. Im Gegensatz dazu hat jedoch der Prozessbevollmächtigte der Stadt Neuwied dies umgehend getan.

Deshalb hat die Stadt Neuwied bereits seit langem die nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu erstattenden Kosten vom Land überwiesen bekommen. Die Überweisung der Kosten ist nur möglich, wenn ein Gericht die Erstattungsfähigkeit der Kosten festgestellt hat. Auch beim Privatkläger, für den Sie sich so stark machen, hätte dies längst geschehen können, wenn dessen Prozessbevollmächtigter nicht zwei Jahre gebraucht hätte, um den Antrag zu stellen.

Jetzt erst mit den letzten Schriftsätzen vom Juli dieses Jahres ist nach nochmaliger Reparatur der Prozesskostenerstattungsanträge seitens des Prozessbevollmächtigten die Sache beim zuständigen Gericht anhängig. Das Gericht wird entscheiden, welche Kosten erstattungsfähig sind und welche nicht. Sobald dieser Beschluss vorliegt, wird selbstverständlich das Land umgehend entsprechende Kosten erstatten.

Deshalb gibt es keinen Raum und auch keine Möglichkeit, in irgendeiner Form freiwillig oder so aus der Hand heraus irgendwelche Kosten zu überweisen. Ich bin sicher, der Rechnungshof würde ein solches Verfahren seitens der Landesregierung zu beanstanden haben, weil es nicht der rechtlich einwandfreie Weg wäre.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Ich möchte noch einmal sagen, die Konsensvereinbarung hat mit dieser Frage nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun.

Vizepräsident Schuler:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schöneberg.

Abg. Schöneberg, CDU:

Frau Ministerin, ich möchte der Landesregierung eine Frage stellen. 1994 hatte der Ministerpräsident dieses Landes die wegweisende Vision, das Kernkraftwerk in ein Kohle- oder Gaskraftwerk umzurüsten. Warum hat die Landesregierung diesen bahnbrechenden Vorschlag nicht aufgegriffen, oder hat sie ihn nicht ernstgenommen?

(Beifall bei der CDU)

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Die Landesregierung ist während der Dauer der Verfahren auch im Vorfeld der Konsensvereinbarung und im Nachfeld dieser Konsensvereinbarung in ständigem Gespräch mit der RWE Energie AG. Das Bemühen und das Anliegen des Ministerpräsidenten und der Landesregierung war und ist es nach wie vor, den Standort Mülheim-Kärlich mit den dort vorhandenen Infrastrukturen möglichst wirtschaftlich und optimal auch im Sinne der künftigen Arbeitsplätze zu nutzen.

Insofern kann es nur richtig sein, sich unterschiedliche Gedanken zu machen, wie dies geschehen könnte. Die Entscheidung darüber hat jedoch natürlich der Eigentümer der Anlage, die RWE Energie AG, zu treffen. Das wird von ihr auch zu entscheiden sein.

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Rieth.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, ich komme noch einmal auf das von Ihnen eben Ausgeführte zurück. Nach meinem Kenntnisstand - ich habe keinen Grund, an den Aussagen vonseiten der entsprechenden Privatkläger zu zweifeln - gab es sehr wohl unmittelbar nach Ende des Bundesverwaltungsgerichtsprozesses 1998 aus Ihrem Hause den deutlichen Hinweis, dass man bereit wäre, sich außergerichtlich zu vergleichen. Deshalb meine Frage: Ist Ihnen ein solches Gespräch bekannt? Ich bin auch gern bereit, das noch einmal zu verifizieren. Das muss nicht hier im Plenum sein. Ich habe aber keine Zweifel, dass das so gewesen ist.

Zum Zweiten möchte ich wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass derzeit die RWE Energie AG gegenüber dem Anwalt der Privatkläger signalisiert hat, sie sei durchaus bereit, ebenfalls diese Geschichte außergerichtlich zu Ende zu bringen. Vor

diesem Hintergrund frage ich Sie, ob es nicht aus Ihrer Sicht eine Möglichkeit gibt, dieses Verfahren, was den Zeit- und Kostenaufwand anbelangt, so kurz wie möglich zu halten und zu einem außergerichtlichen Vergleich zu kommen.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, hier kann es sich nicht um einen außergerichtlichen Vergleich handeln, da es sich nicht um einen Vergleich zu einer Tatsache handelt, die Streitgegenstand in einem Verfahren ist. Insofern ist auch dieser Begriff falsch.

Es ist mir sehr wohl bewusst, was auch bekannt ist, dass der Prozessbevollmächtigte des Klägers Ende 1999 unter Hinweis auf die Anträge des Umweltministeriums mitgeteilt hat, er würde es begrüßen, wenn es einen außergerichtlichen Weg zur Kostenerstattung im Sinne seines Mandanten gebe. Bereits zum damaligen Zeitpunkt ist aber mitgeteilt worden, dass das Umweltministerium den rechtlich normalen Weg der Kostenfestsetzung durch das Gericht für den richtigen Weg hält. Das hätte alles längst schon erledigt sein können, wenn der Anwalt nicht zwei Jahre gebraucht hätte, um überhaupt einen Antrag auf Kostenfestsetzung zu stellen.

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Insofern kann und will ich es auch an dieser Stelle nicht zulassen, dass so getan wird, als ob das Land Rheinland-Pfalz einen tüchtigen und engagierten Kläger im Regen stehen ließe.

(Beifall bei der F.D.P.)

Er soll sich bitte schön bei seinem Prozessbevollmächtigten beschweren, aber nicht bei der Landesregierung. Das wäre auch für Sie der richtige Weg.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schöneberg.

Abg. Schöneberg, CDU:

Frau Ministerin, kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass sich die Landesregierung überhaupt keine Gedanken darüber gemacht hat, irgendwelche Möglichkeiten zu suchen - Konsensbemühungen, das ist doch immer das, was der Ministerpräsident überall versucht zu verbreiten -, diesen bahnbrechenden Vorschlag doch irgendwie umzusetzen? Gibt es irgendein Dokument oder irgendein Papier, wo man sich einmal Gedanken darüber gemacht hat? Im Jahre 1994 ist dieser Vorschlag gekommen. Gibt es irgendetwas in dieser Richtung, um den Vorschlag wirklich umzusetzen?

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Die Landesregierung macht sich mehr Gedanken, als Sie sich vielleicht vorstellen können, Herr Abgeordneter, insbesondere weil dieses Verfahren und die Gesamtsituation in Mülheim-Kärlich die Landesregierung seit 1991 intensiv beschäftigen. Die Landesregierung war und ist immer bemüht, die Situation, in der wir uns rechtlich befinden oder befinden haben - ich betone noch einmal, rechtlich -, so zu regeln, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Situation aller Beteiligten möglichst geringen Schaden nehmen. In diesem Zusammenhang war und steht das Bemühen der Landesregierung und standen auch die Überlegungen des Herrn Ministerpräsidenten in den Gesprächen, zu schauen und die Bitte zu überprüfen, was am Standort Mülheim-Kärlich geschehen kann, um Arbeitsplätze zu erhalten oder gar neue zu schaffen, wenn die Anlage in Mülheim-Kärlich nicht mehr in Betrieb gehen sollte.

Im Übrigen darf ich anmerken, das jetzt durchzuführende Verfahren der Stilllegung und des Rückbaus der Anlage wird ein hohes Arbeitsplatzpotenzial beinhalten. So makaber das klingen mag, der Rückbau und die Stilllegung der Anlage sind fast so arbeitsplatzintensiv wie der weitere Betrieb der Anlage.

Vizepräsident Schuler:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Creutzmann.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Frau Ministerin, ist es richtig, dass die endgültige Investitionsentscheidung über den weiteren Fortgang des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich, ob es umgebaut, abgebaut oder wie auch immer genutzt wird, die RWE trifft und nicht die Landesregierung?

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Ganz genau so ist es. Wir können den Äußerungen der RWE entnehmen, dass die RWE die Stilllegung und den Abriss der Anlage im Sinn hat.

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schöneberg.

Abg. Schöneberg, CDU:

Frau Ministerin, sind Sie mit mir der Auffassung, dass die Landesregierung besser daran täte, sich mit Zukunftsvisionen zu beschäftigen als mit dem Rückbau von Anlagen. Sie soll sich

damit beschäftigen, was in der Zukunft passiert. Warum haben Sie sich diesen Vorschlag nicht zu Eigen gemacht und ein Konzept vorgelegt?

(Bruch, SPD: Er wollte nie ein Konzept haben!)

Ich kann mir vorstellen, dass jeder Betreiber, der seinen Betrieb ernst nimmt, für jeden Vorschlag offen ist, um damit sein Unternehmen zukunftsfähig zu gestalten. Hat die Landesregierung in dieser Richtung irgendein Papier oder sonst etwas entwickelt, mit dem man mit dem Vertragspartner irgendwie ins Benehmen gekommen ist?

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Ich kann nur noch einmal wiederholen, der weitere Umgang mit dem Eigentum an Mülheim-Kärlich obliegt dem, der im Besitz desselben ist. Das ist die RWE Energie AG. Sie können versichert sein, dass die RWE alle denkbaren wirtschaftlichen und technisch sinnvollen Möglichkeiten im Vorfeld geprüft hat und auch jetzt prüfen wird.

(Schöneberg, CDU: Politisch verhindert!)

Hierfür erfährt sie die volle Unterstützung der Landesregierung, wenn es darum gehen sollte, seitens der Landesregierung in Bezug auf Infrastruktur oder Ähnliches unterstützend tätig zu sein.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Rieth ist damit beantwortet.

Ich rufe nun die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Michael Billen und Dieter Schmitt (CDU), Ernteschäden in der Landwirtschaft betreffend, auf.

Das Wort hat Herr Kollege Billen.

Abg. Billen, CDU:

Wir fragen im Rahmen des Vorlesewettbewerbs die Landesregierung:

1. Wie hoch sind nach Einschätzung der Landesregierung die Ernteschäden durch Feuchtigkeit in den Regionen von Rheinland-Pfalz?
2. Wie wirken sich diese Schäden nach Auffassung der Landesregierung auf die Existenz der Landwirte aus vor dem Hintergrund --

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich bitten, dem Fragesteller zuzuhören.

Abg. Billen, CDU:

Danke, Herr Präsident.

- - der Agenda 2000 und den die Landwirtschaft betreffenden Beschlüssen der rotgrünen Bundesregierung?

3. Wie viele Betriebe werden durch die Ernteauffälle - - -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Creutzmann und Herr Kollege Schöneberg, führen Sie Ihren Dialog bitte im Foyer.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, soll ich noch einmal von vorn anfangen, damit jeder weiß, was gefragt worden ist?

Vizepräsident Schuler:

Bitte sehr.

Abg. Billen, CDU:

Danke schön.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch sind nach Einschätzung der Landesregierung die Ernteschäden durch Feuchtigkeit in den Regionen von Rheinland-Pfalz?
2. Wie wirken sich diese Schäden nach Auffassung der Landesregierung auf die Existenz der Landwirte aus vor dem Hintergrund der Agenda 2000 und den die Landwirtschaft betreffenden Beschlüssen der rotgrünen Bundesregierung?
3. Wie viele Betriebe werden durch die Ernteauffälle nach Auffassung der Landesregierung in ihrer Existenz gefährdet?
4. Was gedenkt die Landesregierung angesichts dieser Situation zu tun?

Vizepräsident Schuler:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Eggers das Wort.

Eggers, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Monat Juli waren die Niederschläge ungefähr dreimal so hoch wie im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Noch Ende Juni hatten die Landwirte eine gute Ernte mit hoher Qualität und hohen Erträgen erwartet. Durch den Vegetationsvorsprung waren Winterraps und Wintergerste fast vollständig reif. Der Dauerregen im Juli machte jedoch eine Ernte dieser reifen Bestände über Wochen hinweg kaum möglich.

Auch wenn sich die Lage durch die letzten trockenen Tage mittlerweile entspannt hat, nehme ich die Sorgen und Ängste der Landwirte um ihre Einkommen sehr ernst. Dies vorausgeschickt beantworte ich die Mündliche Anfrage im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Getreideernte ist in den rheinland-pfälzischen Höhengebieten noch im Gange. Marktpreise, Erntemenge und Qualitäten stehen noch nicht abschließend fest. Daher kann das Ausmaß an Ernteschäden derzeit nur mit großen Unsicherheiten geschätzt werden. Fest steht, dass vorwiegend bei Wintergerste, Winterroggen und Winterweizen zum Teil erhebliche Qualitätseinbußen unter anderem durch niedrige Fallzahlen zu verzeichnen sind. Außerdem schließt der Pilzbefall zumindest teilweise die Verwendung als Brotgetreide aus.

In Regionen, in denen kein Lagergetreide festzustellen war, bewegen sich die Erträge demgegenüber im Normalbereich. Später reifende Getreidebestände wie Sommergerste oder später gesäte Weizen weisen in der Regel gute Qualitäten auf. Für diese Partien können die Landwirte - so kann man das heute einschätzen - auch mit ansprechenden Preisen rechnen.

Zu Frage 2: Von den Berufsverbänden werden derzeit die Einkommensverluste der Landwirte durch die Ernteschäden mit rund 35 bis 50 Millionen DM in Rheinland-Pfalz beziffert. Da noch kein abschließendes Bild über die Gesamtlage vorliegt, möchten wir den Spekulationen über mögliche Einkommensverluste keine weiteren hinzufügen. Fest steht, dass Wintergerste und Roggen in diesem Jahr überwiegend als Futtergetreide verwendet werden können. Fest steht auch, dass gute Qualitäten vom Handel deutlich honoriert werden.

Durch die späte Ernte steht der Handel unter dem Druck, seine Kontrakte für Brotgetreide und Brotweizen erfüllen zu müssen. Für andere Kulturen, zum Beispiel die Zuckerrüben, werden die Ertragserwartungen durchaus positiv bewertet.

Für eine Gesamtbeurteilung der Auswirkungen der Erntesituation, der Agenda-2000-Beschlüsse sowie der von der Bundesregierung beschlossenen Reformen müssen zum Teil gegenläufige Entwicklungen abgeschätzt werden. So rechnen wir trotz der Absenkung der Ölsaaten- und Stilllegungsprämien aufgrund der angehobenen Ausgleichszahlungen für Getreide mit rund vier Millionen DM zusätzlicher Prämien für Rheinland-Pfalz.

In Teilmärkten beispielsweise für Raps oder Braugerste werden höhere Erzeugerpreise erzielt als ursprünglich angenommen.

Die Einkommenssituation der Landwirte wird durch die Steuer- und Spargesetze der Bundesregierung, wie zum Beispiel das Ökosteuergesetz, belastet. Eine seriöse Konkretisierung der Einkommenswirkung ist aber nach meiner Auffassung - wir haben heute den 18. August - zurzeit nicht möglich. Heute kann man eine gewisse Zwischenbilanz ziehen, aber man kann noch zu keiner abschließenden Bewertung kommen.

Zu Frage 3: Ob die Existenz eines Betriebs durch die spezifischen Mehrbelastungen in diesem Jahr gefährdet wird - das wissen Sie eigentlich -, kann nur im Einzelfall anhand der einzelbetrieblichen Situation festgestellt werden. Eine Schätzung auf der Basis der allgemeinen statistischen Unterlagen ist demgegenüber auch wieder reine Spekulation, an der wir uns nicht beteiligen möchten und der wir auch nicht Vor-schub leisten möchten.

Für einige Betriebe sind sicherlich Probleme zu befürchten. Wir bieten diesen Betrieben verstärkt unsere betriebswirtschaftliche Beratung an. Aber die Situation der einzelnen Betriebe besteht vor dem Hintergrund der betrieblichen Situation und nicht ausschließlich aufgrund der Erntesituation im Jahr 2000. Die Risikovorsorge ist in einem Betrieb besser als in einem anderen. Die Belastungen sind in einem Betrieb weniger stark als in einem anderen. Deswegen kann man diese einzelbetriebliche Auswirkung pauschal nicht abschätzen, glaube ich.

Zu Frage 4: Auch für betriebswirtschaftlich gesehen gesunde Betriebe können die Ernteverluste in diesem Jahr zu Liquiditätsproblemen führen. Die Landesregierung setzt sich daher dafür ein, anstehende Zahlungen an die Landwirtschaft nach Möglichkeit vorzuziehen. Die Auszahlungen für die Ausgleichszulagen und die Förderungen der umweltschonenden Landwirtschaft, also FUL-Programm, sollen auf Ende September vorgezogen werden. Die Ausgleichszulage wird somit fast drei Monate früher als zum Beispiel im Jahr 1999 ausbezahlt. Die Ausgleichszahlung für Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen und die Stilllegung von Agrarflächen nach der Agenda 2000 soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank haben wir gebeten, ihr Sonderkreditprogramm für dürrgeschädigte Landwirte auch

für unsere Landwirte zu öffnen. Sie haben durch die anhaltenden Regenfälle die gleichen Liquiditätsprobleme wie ihre Berufskollegen.

Darüber hinaus haben wir den EU-Agrarkommissar Fischler gebeten, angesichts der aktuellen Lage den Höchstfeuchtigkeitsgehalt für Interventionsgetreide in diesem Jahr auf 15 % zu erhöhen. Dies würde in der jetzigen Situation die Trocknungskosten für unsere Betriebe erheblich reduzieren.

Dies zur Beantwortung der gestellten Fragen und zu dem, was die Landesregierung im Augenblick als Reaktion darauf auf den Weg gebracht hat und was sie im Augenblick dazu an Bewertungen vornehmen kann.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Schuler:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben richtigerweise die Erhöhung des Feuchtigkeitsgehalts angesprochen. Wann hat die Landesregierung diesen Antrag gestellt und wie sieht es im Übrigen in anderen Regionen aus? Es war nicht nur Rheinland-Pfalz. Gibt es in dieser Richtung Unterstützung oder ähnliche Initiativen?

Eggers, Staatssekretär:

Das ist eine Initiative jüngerer Datums. Das genaue Datum kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Sie aber gern darüber unterrichten.

(Schmitt, CDU: Das heißt, es gibt noch keine Rückmeldung?)

- Darauf liegt meines Wissens - Stand gestern Abend - noch keine Reaktion vor.

Vizepräsident Schuler:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben die Schäden - wie gestern Abend der Kammerpräsident Schartz - ebenfalls auf ca. 50 Millionen DM beziffert. Wenn Sie ein Stück nach Regionen gehen, dann können diese Schäden nur in den so genannten Normalreife- oder Früherntegebieten sein, weil Sie

zu Recht gesagt haben, in den anderen läuft die Ernte noch bzw. ist abgeschlossen. Wir sind jetzt in einer Trockenphase. Dann trifft die 14,5 % Feuchtigkeit nicht mehr, weil das Getreide bei den Witterungsbedingungen trocken ist.

Daher meine Frage: Wenn wir von einem Schaden von 50 Millionen DM ausgehen, dann muss das fast auf die Pfalz und Rheinhessen konzentriert sein. Wie gedenken Sie damit umzugehen?

Eggers, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Billen, die Zahl „50 Millionen DM“ stammt nicht von der Landesregierung. Die Landesregierung hat bisher keine Zahl genannt. Ich habe auch nur die Schätzung der Berufsorganisationen in meiner Antwort zitiert. Diese haben eine Streubreite von 35 Millionen DM bis 50 Millionen DM. Dazu ist gestern Abend eine Zahl genannt worden. Deswegen ist es nach meinem Dafürhalten auch nicht richtig, jetzt zu diesem Zeitpunkt, zu dem wir keine abschließende Bewertung vornehmen können, für bestimmte Regionen des Landes bestimmte Maßnahmen zu nennen.

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Staatssekretär, denken Sie eventuell darüber nach, bei Bedarf auch ein ISB-Kreditprogramm aufzulegen?

Eggers, Staatssekretär:

Herr Billen, wir denken kontinuierlich über verschiedene Reaktionsmöglichkeiten nach. Was mögliche flankierende Maßnahmen durch die ISB angeht, ist einiges bekannt. Anderes kann man sich denken, aber darüber jetzt zu reden, wäre zu früh.

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dieter Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, wenn Sie jetzt die Schäden regional nicht genau aufgliedern können - wofür ich Verständnis habe -, können wir davon ausgehen, dass Sie unaufgefordert dann den Ausschuss, sobald Sie diese Daten und die Erkenntnisse

haben, entsprechend informieren, ohne dass wir noch einmal nachfragen müssen, damit man gegebenenfalls den notwendigen Informationsstand hat.

Eggers, Staatssekretär:

Herr Schmitt, ich glaube, es gehört zur gemeinsamen Verantwortung, dass man in diesem für die Landwirtschaft sehr schwierigen Jahr die weitere Entwicklung zunächst sehr aufmerksam verfolgt - vielleicht besonders aufmerksam - und, wenn weitergehende Bewertungen vorgenommen werden können, natürlich auch den Ausschuss darüber unterrichtet. Auch das kann im weiteren Verlauf dieses Jahres in mehreren Stufen geschehen.

Vizepräsident Schuler:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, dass nach meinem Kenntnisstand für das Schweinepestprogramm mit ISB-Krediten maximal drei Anträge zum Tragen kamen?

Eggers, Staatssekretär:

Das kann ich nicht bestätigen. Aber ich kann zu diesem Zeitpunkt dieser Zahl auch nicht widersprechen.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist diese Mündliche Anfrage der Kollegen Billen und Schmitt beantwortet.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich rufe die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Alexander Licht (CDU), Sonder- bzw. Krisendestillation der EU betreffend, auf.

Herr Kollege Licht, Sie haben das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung mittlerweile in der Lage und bereit, umfassend und detailliert über die Bedingungen einer Sonder- und Krisendestillation zu informieren? Wenn ja, in welcher Weise kann dies für Rheinland-Pfalz in der Umsetzung zum Herbst 2000 zum Tragen kommen?

2. Welche Weine mit welchen formalen Voraussetzungen können dabei von Winzerbetrieben, Erzeugergemeinschaften bzw. Handelsunternehmen nach derzeitigem Informationsstand in Frage kommen?
3. Mit welchen Preisen kann in einer solchen Abwicklung bei welchem Erlös pro 1 000 Liter gerechnet werden?

Eggers, Staatssekretär:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 1. August dieses Jahres ist die Reform der EU-Weinmarktordnung in Kraft getreten, mit der weitreichende Änderungen für den EU-Weinmarkt eingeleitet werden. Zwischenzeitlich hat die Kommission eine Reihe entsprechender Verordnungen vorgelegt. Weitere Verordnungen sind in Vorbereitung, unter anderem zu den Kontrollen im Weinsektor und zum Bezeichnungsrecht bei Wein.

Die Situation in den rheinland-pfälzischen Anbaugebieten ist zurzeit nicht einfach und durch hohe Bestände bei Weißwein, niedrige Preise und geringe Nachfrage gekennzeichnet. Nach neuestem Stand befinden sich in den Kellern der Erzeuger mehr als 1,2 Millionen Hektoliter Übermengen. Davon lagern allein im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer 3 500 Betriebe 266 000 Hektoliter, im Anbaugebiet Pfalz 2 450 Betriebe 367 000 Hektoliter und im Anbaugebiet Rheinhessen 3 750 Betriebe 558 000 Hektoliter. 1999 betrug die Weinerzeugung rund 8 Millionen Hektoliter. Hiervon sind 1,486 Millionen Hektoliter Übermenge. Dies entspricht 18,6 %.

Die Winzer in den Anbaugebieten haben die Chance, die die letztmalige vorbeugende Destillation im Jahr 1999 gegeben hat, sehr unterschiedlich genutzt. Voraussetzung für die Teilnahme an Interventionsmaßnahmen der EU ist die Erzeugung von Tafelwein. So wurden in der Pfalz im Jahr 1999 32 % der erzeugten Weine als Tafelwein eingestuft, in Rheinhessen 12 % und im Gebiet Mosel-Saar-Ruwer 4,8 %. Damit sind die Teilnahmevoraussetzungen trotz aller Appelle im Weinherbst 1999 auch für die neuen Destillationsmaßnahmen für den Trinkalkoholbereich sehr unterschiedlich.

Dies vorausgeschickt komme ich jetzt zu den Fragen im Einzelnen:

Zu Frage 1: Am 31. Juli dieses Jahres ist die Verordnung der Kommission mit Durchführungsbestimmungen über die gemeinsame Marktorganisation für Wein bezüglich der Marktmechanismen und somit auch der Trinkalkohol- und Dringlichkeitsdestillation veröffentlicht worden. Die Trinkalkoholdestillation für Tafelwein ist zum 1. September 2000 eröffnet. Ab diesem Zeitpunkt kann jeder Tafelweinerzeuger einen Antrag bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung stellen. Im Falle einer Krise kann eine freiwillige Dringlichkeitsdestillationsmaßnahme durch die EU ausgelöst werden. Voraussetzung ist die Störung des Marktgleichgewichts oder Qualitätsprobleme. Wir haben daher den Bundesland-

wirtschaftsminister gebeten, die Dringlichkeitsdestillation zu beantragen. Die Destillationsmenge beträgt europaweit ca. 5,3 Millionen Hektoliter. Mit einer Auslösung ist frühestens im Frühjahr 2001 zu rechnen.

Zu Frage 2: Die Menge Tafelwein, die jeder Erzeuger destillieren lassen kann, ist auf 40 % der mengenmäßig größten Erzeugung dieser Weine begrenzt, die in den letzten drei Wirtschaftsjahren in der Weinerzeugungsmeldung fristgerecht gemeldet wurden. Es können auch Übermengen aus den Ernten vor 2000 geliefert werden. Für die Destillation von Qualitätswein ist eine EU-Beihilfe ausgeschlossen. Durch die Herabstufung der lagernden Qualitätsweine zu Tafelwein und durch die rückwirkende Änderung der Weinerzeugungsmeldung wird der Weg zur Teilnahme an der Trinkalkoholdestillation auch für diese Erzeuger eröffnet. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Mosel-Saar-Ruwer und Rheinhessen. Die Weine müssen alle rechtlichen Voraussetzungen einschließlich Alkoholgehalt bei Anreicherung für einen Tafelwein erfüllen, und sie müssen von handelsüblicher Beschaffenheit sein.

Zu Frage 3: Die Beihilfe bei der Trinkalkoholdestillation im Falle des Ankaufs durch die Brennerei beträgt bei einem nicht angereicherten Wein mit 8 % Alkoholvolumen 390 DM pro Fuder und bei einem nicht angereicherten Wein mit 10 % Alkoholvolumen 480 DM pro Fuder. Die Beihilfe bei der Trinkalkoholdestillation im Fall der Lohndestillation - also für den Regelfall - beträgt bei einem nicht angereicherten Wein mit 8 % Alkoholvolumen 280 DM pro Fuder und bei einem nicht angereicherten Wein mit 10 % Alkoholvolumen 340 DM pro Fuder. Die Beihilfe im Rahmen der Dringlichkeitsdestillation wird ca. 220 DM pro Fuder betragen.

So weit meine Antwort.

(Beifall des Abg. Kuhn, F.D.P. -
Beifall des Abg. Schwarz, SPD)

Vizepräsident Schuler:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schneider.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, die Landesregierung hat die Bundesregierung gebeten, einen Antrag zur Krisendestillation bei der EU zu stellen.

Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob das „Beten“ bei der Bundesregierung bisher auf fruchtbaren Boden ---

Eggers, Staatssekretär:

Bitte?

Abg. Frau Schneider, CDU:

Ob das „Beten“ bei der Bundesregierung bisher auf fruchtbaren Boden gefallen ist und diese einen ordentlichen Antrag bei der EU gestellt hat.

(Unruhe im Hause)

Eggers, Staatssekretär:

Am Ende wird es darauf ankommen, ob die gemeinsamen Bemühungen von Landesregierung und Bundesregierung bei der EU auf fruchtbaren Boden fallen. Das können wir noch nicht abschließend beurteilen.

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Vielleicht ist es im Zusammenhang ---

(Anheuser, CDU: Kann man das Mikrophon ein bisschen lauter stellen, bitte!
Ich kann das nicht verfolgen!)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Anheuser, ich bin kein Techniker des Landtags.

(Heiterkeit im Hause -
Dr. Weiland, CDU: Herr Vizepräsident,
aber vielleicht können Sie
das veranlassen!)

- Herr Kollege Dr. Weiland, das ist von meinem Platz aus nicht zu beurteilen.

(Dr. Weiland, CDU: Herr Vizepräsident,
deshalb teilen wir Ihnen das mit!)

- Dann teilen Sie es bitte dem Techniker mit, oder ich werde es weiterleiten.

(Anheuser, CDU: Ich bin nicht
weisungsbefugt! -
Unruhe im Hause)

Herr Kollege Licht, Sie haben das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Staatssekretär, heute findet ein Besuch des Bundesministers Funke und des Ministers Bauckhage an der Mosel statt, um sich ein Bild darüber zu machen, ob eine solche Destillation sinnvoll ist oder nicht.

Bedeutet das, dass in diesen Tagen erst entschieden werden soll, ob die Bundesregierung überhaupt einen solchen Antrag stellen wird?

Eggers, Staatssekretär:

Ich denke, dass das heutige Treffen ein guter Anlass ist, um die Problematik noch einmal in aller Deutlichkeit zu vermitteln. Deswegen ist dieses Treffen sicherlich zu begrüßen.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

Ich habe vorhin auf die EU verwiesen. Ich habe dies bewusst getan angesichts der Tatsache, dass wir Übermengen in den großen EU-Weinproduktionsländern haben, das heißt, die deutsche Situation oder gar die rheinland-pfälzische Situation muss in diesen europäischen Kontext hineingestellt werden. Darin sehe ich die wesentlich größeren Probleme als mögliche Wertungen in Mainz und in Berlin.

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, nachdem die Bundesregierung bisher den Antrag auf Dringlichkeitsdestillation nicht gestellt hat, frage ich, ob Ihnen bekannt ist, warum Bundesminister Funke diesen Antrag nicht gestellt hat? Können Sie mir sagen, wann Frankreich diesen Antrag gestellt hat? - Dieser ist schon abgelehnt. Deshalb muss er irgendwann gestellt worden sein.

Was sind die Gründe für die bisherige - vorsichtig ausgedrückt - Zurückhaltung?

Eggers, Staatssekretär:

Herr Schmitt, der Vorgang, auf den Sie Bezug nehmen, legt es doch nahe, sehr sorgfältig darüber nachzudenken, zu welchem Zeitpunkt man welche Unterstützung für einen solchen Antrag hat. Deswegen habe ich bewusst auf diese EU-Situation hingewiesen.

Vizepräsident Schuler:

Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Frau Kollegin Schneider das Wort.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Staatssekretär, zu Anfang haben Sie gesagt, Sie haben die Bundesregierung gebeten, den Antrag zu stellen. Jetzt haben Sie gesagt, man muss alles abwägen.

Soll die Bundesregierung den Antrag jetzt stellen, und was wird die Landesregierung unternehmen, damit dies so schnell wie möglich passiert?

Eggers, Staatssekretär:

Ich habe nicht gesagt, man muss abwägen. Ich habe gesagt ---

(Dr. Weiland, CDU: Frau auch!)

- Bitte?

(Dr. Weiland, CDU: Frau auch!)

Ich habe gesagt, dass es Gründe dafür gibt, sich seitens der Bundesregierung sehr sorgfältig zu überlegen, zu welchem Zeitpunkt man mit welcher Unterstützung, das heißt auch, mit welcher Aussicht auf Erfolg man einen Antrag in Brüssel umgesetzt bekommt. Es reicht nicht aus, einen Antrag zu stellen, sondern es ist erforderlich, für uns eine Verbesserung der Situation zu erreichen, dass wir eine positive Entscheidung in Brüssel bekommen. Deswegen habe ich für solche Sondierungsgespräche großes Verständnis.

Wir haben den Antrag gestellt. Das habe ich vorhin gesagt. Die Bundesregierung hat ihn zu diesem Zeitpunkt noch nicht gestellt. Aber wir sehen natürlich auch, wie sich die Brüsseler Szenerie im Augenblick darstellt.

Frankreich hat einen Antrag gestellt. Es gibt eine Interessenlage in Spanien. Es gibt eine Interessenlage in Italien. Das alles muss sorgfältig berücksichtigt werden. Ich glaube, das geschieht durch die Bundesregierung.

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Anheuser das Wort.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren, ich hatte gestern ausgeführt, dass ich am 19. und 20. Mai zweieinhalb

Stunden, drei Stunden mit Milton, dem Direktor der EU-Kommission ---

(Unruhe im Hause)

Eggers, Staatssekretär:

Herr Präsident, ich kann der Frage nicht folgen. Es ist zu laut im Raum.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Staatssekretär, am 19./20. Mai 2000 habe ich in Griechenland ein zweieinhalbstündiges Gespräch mit dem Direktor der Kommission, Milton, geführt. Die Kautelen sind Ihnen bzw. dem Haus - nicht Ihnen persönlich, sondern den anderen Herren - mitgeteilt worden. Danach kann nur jeder Nationalstaat den Antrag auf Krisendestillation stellen, und jeder Nationalstaat muss die Krise in seinem Land darstellen.

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Anheuser, können Sie die Frage formulieren.

Abg. Anheuser, CDU:

Ja, ich formuliere.

Hat die Bundesregierung dies in Absprache mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz gemacht, oder sind Sie noch bei den Vorbereitungen?

Eggers, Staatssekretär:

Das Land Rheinland-Pfalz ist nicht bei den Vorbereitungen. Das Land Rheinland-Pfalz hat mit Nachdruck den Wunsch geäußert, dass die Bundesregierung den Antrag stellt.

Im Übrigen gilt das Gesagte.

Natürlich bezieht sich das auf das jeweilige Mitgliedsland der EU. Aber ich weise darauf hin, dass auch solche in Bezug auf die nationalen Märkte getroffenen Entscheidungen im EU-Gesamtkontext zu sehen sind.

Vizepräsident Schuler:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Billen. Das ist die letzte für Sie.

Abg. Billen, CDU:

Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, dass man, bevor man den Gesamtkontext in der EU abwägen kann, zumindest die klare Absicht bei der EU bekunden muss, dass man einen solchen Antrag stellen will? - Ich unterstelle jetzt einmal, der Antrag ist nicht gestellt, wie Sie gesagt haben, aber man will den Antrag stellen.

Können Sie bestätigen, dass man ihn stellen will und dass man zurzeit bei der EU abwägt, ob es Sinn macht und wie es Sinn macht, einen solchen Antrag zu stellen? Ist es das, was Sie uns eben mitteilen wollten?

Eggers, Staatssekretär:

Ich denke, ich habe das so mitgeteilt. Aus Ihrer Frage entnehme ich, dass Sie mich verstanden haben.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Franzmann das Wort.

Abg. Franzmann, SPD:

Herr Staatssekretär, es ist gestern in der Aktuellen Stunde ausführlich über die Problematik „Trinkalkoholgehalt“ und „Krisendestillation“ informiert worden und dass es sehr wohl abzuwägen gilt.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Nachdem Sie noch einmal auf die Möglichkeit - ich korrigiere mich -, auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, Qualitätswein zu Tafelwein abzustufen, frage ich, gibt es schon Erkenntnisse darüber, dass von den einzelnen Weinbauregionen, insbesondere von dem Bereich Mosel, der nur 4 % Tafelwein angemeldet hat, Gebrauch gemacht werden könnte?

Eggers, Staatssekretär:

Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, dass aufgrund der Ausgangssituation, die in Rheinland-Pfalz vorliegt, von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird. Die Möglichkeiten, davon Gebrauch zu machen, sind zum Teil durch die Meldungen, die in den Vorjahren dazu gemacht worden sind, beschränkt. Deshalb erwarte ich eine Erweiterung der Möglichkeiten, soweit diese bestehen. Aber das muss im Zusammenhang mit der Situation der letzten Jahre gesehen werden.

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, ich gehe davon aus, dass Sie meine Meinung teilen, dass es gut wäre, wenn die Winzer vor der Traubenlese wüssten, was auf sie zukommt und nicht erst hinterher. Beinhaltet der Antrag, den Sie gestellt haben, die nationale Aufstockung des Betrags von 22 Pfennig, den die Europäische Union zahlt? Ist diese Aufstockung Teil Ihres Antrags?

Eggers, Staatssekretär:

Das ist Bestandteil der Vorstellungen, die die Landesregierung dazu hat.

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben auf die Frage 2 bezüglich der Trinkweindestillation sehr ausführlich geantwortet, aber nicht bezüglich der Voraussetzungen der Sonder- bzw. Krisendestillation. Vielleicht könnten Sie uns Informationen darüber nachreichen, wenn Sie darüber jetzt nicht berichten können.

Welche Möglichkeiten bestehen, die Erlöse für die Winzer durch Landes- oder Bundesmittel bezüglich einer Sonder- bzw. Krisendestillation aufzustocken? Gestern wurde über die Möglichkeiten bei der Trinkweindestillation debattiert. Deshalb stelle ich die Frage bezogen auf die Sonder- bzw. Krisendestillation. Können Sie dazu schon etwas sagen?

Eggers, Staatssekretär:

Ich kann Ihnen dazu nicht mehr sagen, als ich vorhin bei der Beantwortung der Frage gesagt habe. Das ist der derzeitige allgemeine Kenntnisstand. Wir wären natürlich daran interessiert, früher im Gesamtbereich der Destillation Klarheit zu haben. Das ist auch wichtig für die Planungssicherheit der Betriebe. Ich bin der Meinung, dass diese Klarheit im Hinblick auf die Krisendestillation aber nicht so schnell zu schaffen ist, obwohl wir darauf hinwirken.

Bezüglich der Erweiterung meiner Antwort auf die von Ihnen gestellte Frage bin ich gern bereit, sicherzustellen, dass diese erweiterte Antwort schriftlich erfolgt.

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Anheuser.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Staatssekretär, gehen Sie davon aus, dass es der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung gelingen wird, die bisherige Haltung der EU-Kommission, dass keinerlei geartete Kofinanzierung, sei es von Land oder Bund, bei diesen Maßnahmen stattfindet, zu erreichen? Gehen Sie ferner davon aus - ich weiß, dass das etwas schwierig für Sie ist -, dass bei angereicherten abgestuften Qualitätsweinen der Mindestalkoholgehalt nicht über 9,18 liegen darf?

Eggers, Staatssekretär:

Ich habe den zweiten Teil der Frage akustisch nicht verstanden. Bezüglich des ersten Teils Ihrer Frage sage ich: Es ist mein dienstlicher Auftrag, optimistisch zu sein.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt einmal strahlen!)

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Staatssekretär, ich bitte Sie, die notwendigen Voraussetzungen und Bedingungen mit in Ihre Antwort, die Sie uns nachreichen werden, aufzunehmen. Das ist zwar sehr umfangreich, aber darauf sind Sie nicht eingegangen.

In diesen Wochen wird darüber diskutiert, eine Sonderaktion „Traubensaft“ durchzuführen. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, in eine solche Aktion einzutreten und sie zu fördern, da sie nicht mit den Destillationen in Konflikt käme und dennoch zu einer Marktentlastung beitragen könnte?

Eggers, Staatssekretär:

Ich bin der Meinung, dass darüber gegebenenfalls im Ausschuss noch einmal diskutiert werden sollte.

Abg. Licht, CDU:

Ich bitte Sie, die Ansicht der Landesregierung schriftlich mitzuteilen, bevor der Ausschuss tagt, damit das etwas schneller geht.

Eggers, Staatssekretär:

Ja, natürlich.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, damit ist die Mündliche Anfrage des Herrn Kollegen Licht beantwortet. Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Mitglieder der Wissener Aktionsgemeinschaft „Treffpunkt Wissen“, Bankkaufleute der Berufsbildenden Schule und Jusos aus Brohlthal. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Josef Rosenbauer (CDU), Multimediawettbewerb Rheinland-Pfalz 2000** betreffend, auf.

Herr Kollege Dr. Rosenbauer, tragen Sie bitte Ihre Fragen vor.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Die Landesregierung hat im Rahmen des Multimediawettbewerbs 2000 „Internet lernen - wir tun's" Konsortien aus Rheinland-Pfalz dazu aufgerufen, innovative und tragfähige Ideen und Konzepte auf dem Gebiet Multimedia vorzustellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele bzw. welche Konsortien haben sich aufgrund des Aufrufs der Landesregierung, im Rahmen des Multimediawettbewerbs 2000 „Internet lernen - wir tun's" innovative und tragfähige Ideen und Konzepte vorzustellen, beworben?
2. Welche Konsortien sind mit ihren Ideenskizzen ausgewählt worden und erhalten die Möglichkeit, detailliert ausgearbeitete Konzepte vorzulegen?
3. Sind die Krankenhäuser des Kreises Altenkirchen (Elisabeth-Krankenhaus in Kirchen und Lukas-Krankenhaus in Altenkirchen), die sich beworben haben, unter den prämierten Konsortien, die die Möglichkeit erhalten, ein umsetzungsreifes Konzept auszuarbeiten?

Vizepräsident Schuler:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Eggers.

Eggers, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, dass ich darauf verzichten kann, den Multimediawettbewerb in seinen Voraussetzungen und in dem vorgesehenen zeitlichen Ablauf im Einzelnen darzustellen.

Zu Frage 1: Insgesamt gingen in der ersten Phase des Wettbewerbs zum Stichtag 30. Juni 2000 54 Wettbewerbsbeiträge aus allen Teilen des Landes ein. Im Einzelnen haben sich daran 247 Partner aus der Wirtschaft, 86 Partner aus der Wissenschaft, aus Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Schulen und 93 Partner aus der Verwaltung beteiligt. Damit wurde die hohe Teilnehmerzahl des Vorjahres noch übertroffen.

Zu den Fragen 2 und 3: Die Bewertung der Beiträge erfolgte durch eine unabhängige Jury, die am Mittwoch dieser Woche, also vorgestern, bis in die späten Abendstunden beraten hat. Am gestrigen Donnerstag wurde damit begonnen, die 54 Teilnehmer des Wettbewerbs als Erste zu informieren. Die Unterrichtung setzt sich heute fort.

Diese Verfahrensweise verlangt es, dass die Ergebnisse erst nach der Unterrichtung der Beteiligten in einer öffentlichen Veranstaltung - die Sitzung des Landtags ist eine öffentliche Veranstaltung - bekannt gegeben werden können. Ich werde die Mitglieder des Landtags selbstverständlich zeitnah und umfassend über das Ergebnis unterrichten. Das kann ich aber noch nicht zu diesem Zeitpunkt.

Vizepräsident Schuler:

Gibt es Zusatzfragen? - Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Ist es möglich, dass man die Antworten zeitgleich bekommt, oder hat das vielleicht mit anderen Dingen zu tun?

Eggers, Staatssekretär:

Nein, Herr Dr. Rosenbauer. Der Vorgang ist so simpel wie ich ihn beschrieben habe. Die Entscheidungen sind vorgestern am späten Abend gefallen. Meiner Meinung sollten die Beteiligten zunächst alle - also alle 54 - unterrichtet werden. Niemand der 54 sollte seine Wertung aufgrund einer Diskussion im Landtag aus der Zeitung erfahren.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Schuler:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Werden die Abgeordneten aller Fraktionen zeitgleich informiert, nachdem alle informiert worden sind?

(Unruhe bei der SPD)

Eggers, Staatssekretär:

Unter Berücksichtigung der dabei entstehenden möglichen technischen Umstände ja.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Mündliche Anfrage des Herrn Kollegen Dr. Rosenbauer beantwortet.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich rufe als Letztes die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Johannes Berg (CDU), Einschränkung des Grundrechtes auf Demonstrationsfreiheit betreffend, auf.

Ich bitte Herrn Kollegen Berg, seine Frage zu stellen.

Abg. Berg, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

Was hat die Landesregierung unternommen, um den vom DGB Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich aufgegriffenen und befürworteten Vorschlag des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, umzusetzen, zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit einzuschränken?

Vizepräsident Schuler:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatsminister Zuber.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage wie folgt:

Wie aus der vorgestrigen Debatte deutlich geworden ist, wird die Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung und den übrigen Landesregierungen die Bekämpfung des Rechtsextremismus weiter verstärken. Sie hat, wie Sie wissen, am 8. August verschiedene Maßnahmen zur Eindämmung rechtsextremistischer Entwicklungen beschlossen. Darüber hinaus werden derzeit weitere Maßnahmen geprüft, die geeignet erscheinen, gegen rechtsextremistische Aktivitäten vorzugehen.

Ministerpräsident Kurt Beck hat sich niemals für eine Änderung des Grundgesetzes ausgesprochen. Er hat sich vielmehr dafür ausgesprochen, in die zu prüfenden Maßnahmen auch eine Änderung des Versammlungsrechts einzubeziehen. Eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in Artikel 8 Abs. 1 des Grundgesetzes einzuschränken - das will ich noch einmal besonders betonen -, ist von Ministerpräsident Beck zu keiner Zeit befürwortet worden.

Die Landesregierung prüft derzeit, inwieweit eine Änderung des Versammlungsgesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beitragen könnte. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

So weit meine Antwort.

Vizepräsident Schuler:

Gibt es Zusatzfragen? - Es liegen keine Zusatzfragen vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Fragestunde.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

- a) „Stellenwert der Informations- und Kommunikationstechnologien für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz und Ursachen für die geringe Nachfrage von Firmen aus unserem Land nach einschlägigen Experten auch im Zusammenhang mit der „Green Card““
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6048 -

- b) „Situation der Finanzierung von Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz und jüngste Stellungnahme der Landesregierung zur Entscheidung des Saarlandes, die Kindergartenbeiträge schrittweise abzuschaftern“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6055 -

Zu dem ersten Thema erteile ich für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den vorliegenden Pressemeldungen der letzten Tage ist die Nachfrage nach ausländischen IT-Spezialisten im Zuge der Greencard-Regelung in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen westlichen Bundesländern äußerst gering. Noch in der vergangenen Woche meldete die Arbeitsverwaltung nur 16 Greencards für Rheinland-Pfalz. Diese Tatsache bestätigt in vollem Umfang unsere Befürchtungen vom Mai dieses Jahres. Das ist aus meiner Sicht eine Blamage für dieses Land. Dafür trägt auch diese Landesregierung die Mitverantwortung.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU -
Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt zwei Ursachen für diese schlechte Annahme.

(Mertes, SPD: Wenn wir welche gebraucht
hätten, wäre das auch eine
Blamage gewesen!)

- Herr Mertes, hören Sie einmal zu. Lachen Sie nicht nur; denn dafür ist die Sache zu ernst.

(Mertes, SPD: Ihr Vortrag nicht!)

Zum einen hat die IT-Industrie in Rheinland-Pfalz einen deutlich geringeren Stellenwert als in anderen Ländern. Das geht unter anderem aus der Prognos-Untersuchung, die die „Wirtschaftswoche“ im März veröffentlicht hat, hervor. Danach befinden sich vier von fünf Raumordnungsregionen in Rheinland-Pfalz deutlich im unteren Bereich der Hightechregionen in Deutschland. Beachtlich ist dabei, dass besonders die wirtschaftliche und technologische Ausschöpfung eines durchaus vorhandenen Potenzials als besonders schwach herausgestellt wird. Das Potenzial ist also vorhanden. Das ist meiner Meinung nach ein ganz wichtiger Ansatzpunkt für unsere weitere Arbeit.

Das heißt natürlich auch, dass das Gründungsgeschehen, die Ansiedlung entsprechender Betriebe und die daraus folgende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften schwächer als möglich und wünschenswert ist. Es wäre in dem Zusammenhang meiner Meinung nach äußerst interessant, einmal zu überprüfen, ob sogar in Rheinland-Pfalz ausgebildete Kräfte in andere Bundesländer abwandern.

Die Landesregierung hat die von mir zitierten, wenig schmeichelhaften Untersuchungsergebnisse - das ist unser aktueller Vorwurf - bisher nicht zum Anlass genommen, ihre Wirtschafts- und Wirtschaftspolitik auf den Prüfstand zu stellen. Stattdessen wiegelt sie ab und flüchtet sich in der Antwort

auf unsere Große Anfrage zur Wirtschaftspolitik in eine abwegelnde methodische Kritik der Untersuchung. Wir werden auf dieses Thema bald noch genauer zu sprechen kommen.

Tatsache ist aber, belegt durch verschiedene Indikatoren, dass Forschung und Entwicklung und ihre wirtschaftliche Umsetzung in Rheinland-Pfalz Schwächen aufweisen, die um unserer Zukunftschancen willen aufgearbeitet werden müssen.

Tatsache ist auch, dass in ganz Deutschland die Zahl der in Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft Tätigen rückläufig ist. In ganz Deutschland ist sie rückläufig, aber in Rheinland-Pfalz ist sie besonders stark rückläufig. In den kleinen und mittleren Unternehmen sind es von 1989 bis 1997 rund 18 % weniger geworden. Das ist eine Zahl, die auch mich überrascht hat. Sie macht aber deutlich, wie sich der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren entwickelt hat.

Vor diesem Hintergrund kann nicht verwundern, dass die Greencard in Rheinland-Pfalz keine besondere Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, der zweite Grund für die Nichtannahme der Greencard in unserem Land ist die Konstruktion der Greencard selbst. Dieses arbeitsmarktpolitische Instrument ist sicher nicht nur, aber doch ein Stück zum Vorteil der großen Unternehmen zugeschnitten. Der Grund für die schlechte Konstruktion liegt darin, dass kleine und mittlere Unternehmen mit anspruchsvollen technologischen Produkten ein breiteres Anforderungsprofil an ihre qualifizierten Mitarbeiter haben, als das bei größeren Unternehmen der Fall ist. Diese Unternehmen mit begrenztem Personalbestand und -budget brauchen sicherlich nicht nur Softwaretüftler, die im stillen Kämmerlein arbeiten, sondern sie brauchen vielmehr Mitarbeiter, die unmittelbar in Kundennähe und servicebetont Entwicklungen vorantreiben und vermarkten. Gerade die Menschen, die zu uns als Experten gerufen werden, können diesem Anforderungsprofil meiner Meinung nach in der Regel nicht in ausreichendem Maße gerecht werden.

Diese Greencard ist als befristete Arbeitserlaubnis nicht nur für gute Kräfte wenig attraktiv; denn befristete Aufenthalte sind nicht geeignet, sprachliche Defizite auszugleichen und kulturell-kommunikative Hindernisse zu überwinden.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz erzielt - das ist das Ergebnis - keinen Vorteil aus der Greencard. Die Greencard löst keines der strukturellen Probleme bei der Modernisierung der Wirtschaft unseres Landes.

Meine Damen und Herren, für uns führt kein Weg daran vorbei - das ist unsere Forderung an die Landesregierung und unsere Erwartung an sie -, dass dieses Land endlich beginnt, aus eigener Kraft die Bildung und Ausbildung in den modernen Technologien zu verstärken, den Technologietransfer zu

verbessern und die Ansiedlung und Gründung entsprechender Unternehmen in Rheinland-Pfalz mit mehr Erfolg als bisher voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, wir erwarten von der Landesregierung, dass sie endlich tätig wird.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten zehn Jahren hat sich der Stellenwert der Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft so massiv verändert, wie es keiner der offensivsten und kühnsten Visionäre hätte prognostizieren können. Es bedarf sicher auch keiner prophetenhaften Talente, um festzustellen, dass wir diesen Weg in den nächsten zehn Jahren wahrscheinlich in noch verstärkter Weise erleben werden.

Die Medien- und Telekommunikationswirtschaft ist die Schlüsselbranche des Informationszeitalters. Das bedeutet für uns neue Märkte und Anwendungsfelder, die Dezentralisierung von Arbeit und Freizeit, eine drastische Verbilligung der Mediennutzung, gewaltige Chancen zur Produktivitätserhöhung und völlig neue Kommunikationschancen für jeden Einzelnen von uns. Die schnelle Übertragung von Informationen aller Art, die technische Entwicklung immer stärkerer integrierter Dienste wird immer mehr Produktions- und Dienstleistungsbereiche durchdringen.

Die Arbeitswelt von morgen wird durch eine Welt der digitalisierten, körperlosen und virtuellen Arbeit geprägt sein. In der Folge werden in den nächsten Jahren mehr noch als heute eine hochleistungsfähige Multimediainfrastruktur, ein entsprechendes Angebot an Dienstleistungen und die Verfügbarkeit qualifizierter und medienkompetenter Arbeitskräfte zu den entscheidenden Wettbewerbsvorteilen einer Region eines Standorts gehören.

Heute sind in der Kommunikationsbranche in Deutschland rund 1,7 Millionen Menschen beschäftigt. Der Umsatz liegt bei rund 200 Milliarden DM. Rheinland-Pfalz hat sich zu einem Medienzentrum von europäischem Rang entwickelt. Das Tempo, das wir bei diesem Wandel vorlegen, ist beispielhaft.

In Rheinland-Pfalz haben wichtige deutsche Unternehmen der Medienbranche ihren Sitz, wie zum Beispiel United Internet, früher 1&1 Montabaur, und SER in Neustadt an der Wied. Besonders hervorzuheben ist, dass hier 1 500 Men-

schen im Bereich der „lernenden Software (Brain Ware)“ ihre Tätigkeit finden und ihren Einsatz im Pentagon in den USA haben. In fünf Jahren erwartet man in diesem Betrieb eine Steigerung auf 5 000 Beschäftigte. Dazu gehört auch Tecmath in Kaiserslautern.

Zunehmend gewinnt unser Land an Attraktivität für Investoren aus dem Ausland. In keinem anderen Land gibt es eine so breit angelegte und anwendungsnahe konzipierte Multimediainitiative.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

In einer globalen Medienlandschaft liegen für uns große Standortchancen und Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Markt, auf dem wir uns bewegen, ist hart umkämpft. Die Konkurrenz mit anderen Standorten ist groß. Positive Entwicklungen kommen nicht naturwüchsig zustande. Sie müssen vielmehr durch eine integrierte Kommunikationspolitik initiiert, begleitet und motiviert werden, die ambitioniert und engagiert daran arbeitet, dass die Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Zur Umsetzung dieser Zielvorgaben in konkrete Projekte haben wir in Rheinland-Pfalz die Landesinitiative „rlp-inform“ gegründet. Das ist für mich die umfassendste politische Initiative zur Förderung der Multimediaevolution, die es in Deutschland gibt. Den erforderlichen Finanzrahmen haben wir im Landeshaushalt 2000 mit 141 Millionen DM und 2001 mit 127 Millionen DM gesetzt.

Schwerpunkte in diesem Doppelhaushalt sind einmal die Verbesserung des rlp-Netzes, Bausteine für die vernetzte Kommunikation, mit rund 17 Millionen DM, E-Business als Motor für Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort mit rund 32 Millionen DM und die Schaffung und Bereitstellung von Instrumenten für eine moderne Verwaltung in Rheinland-Pfalz mit rund 130 Millionen DM.

Angesichts des eingangs skizzierten verschärften Medienstandortwettbewerbs bedarf es künftig noch stärkerer Anstrengung, um die gute Position des Landes zu behaupten. Daher gilt für uns: Nur wer in der Politik und in der Wirtschaft Veränderungen schneller vollzieht als der andere, wird im Wettbewerb vorne liegen.

(Beifall der SPD)

Deshalb gibt es eine Vielzahl von geplanten Initiativen und Wege, um unsere Medienregion noch stärker zu profilieren. Wir werden durch den Auf- und Ausbau eines Bildungsnetzes den kostengünstigen Zugang von Bildungs- und sonstigen öffentlichen Einrichtungen an die Multimediakommunikation ermöglichen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung von Kenntnissen sowie der technische Wandel können eine stärkere Triebfeder des dauerhaften Wachstums sein als die Ansammlung von Kapital.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Beginn der Greencard-Diskussion bezifferte die Informationstechnologiebranche ihren Bedarf auf 75 000 DM. Das Bundesamt für Arbeit in Nürnberg bezifferte den Fehlbedarf auf 45 000 DM. Rheinland-Pfalz hat sich durch eine Initiative des Wirtschaftsministeriums darum gekümmert, wie es in Rheinland-Pfalz aussieht. Zum damaligen Zeitpunkt haben 700 befragte Unternehmen gesagt, sie brauchten rund 850 zusätzliche Arbeitsplätze. Durchschnittlich wurden sechs Arbeitskräfte - davon fünf mit Hochschulausbildung - genannt.

Nur für wenige Firmen war und ist der IT-Fachkräftemangel ein kurzfristiges Problem, das allein durch ausländische Fachkräfte zu beheben sein wird. Langfristig streben die Firmen in Rheinland-Pfalz eine Lösung durch verstärkte Aus- und Fortbildung im IT-Bereich an. Das vom Wirtschaftsminister eingerichtete IT-Vermittlungsnetzwerk hat sich auch in den letzten Tagen um die Möglichkeit bemüht, dies zu unterstützen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Dem Vermittlungsnetzwerk liegen derzeit rund 100 Anforderungen rheinland-pfälzischer IT-Unternehmen vor. Diesen Anforderungen stehen 400 Greencard-Bewerber gegenüber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gilt, die erforderlichen Schritte durch Anstrengung bei der Aus- und Weiterbildung zu intensivieren, um mittelfristig den Engpass bei den Spezialisten für die Informations- und Kommunikationstechnologien aus eigener Kraft zu beheben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Rieth das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, insbesondere meine Damen und Herren der CDU, die Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben! Ich habe tagelang überlegt, mit verschiedenen Fachleuten gesprochen, Pressemeldungen zum Thema studiert, bis heute Nacht 1.00 Uhr im Internet recherchiert, mir die Plenardebatte vom 11. Mai 2000 durchgelesen und anderes mehr getan, um zu ergründen, was Sie mit dieser Aktuellen Stunde wohl bezwecken wollen.

Herr Bracht, Ihre Zielsetzung konnte ich weder aus dem langen Begründungstext der Aktuellen Stunde noch aus Ihren

Redebeiträgen im Plenum vom 11. Mai, geschweige denn aus der Pressemeldung vom 25. Juli, die Herr Böhr gefertigt hat, herauslesen oder Ihren heutigen Äußerungen entnehmen.

Herr Bracht, Ihre Absichten, was das Land tun soll, sind für mich unklar geblieben. Was heißt zum Beispiel konkret für Sie, den Stellenwert der Informations- und Kommunikationstechnologien für „die Wirtschaft“ in Rheinland-Pfalz herauszustellen? „Die Wirtschaft“ gerade in diesem schnelllebigen Bereich gibt es nicht, auch nicht in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, nur weil gestern ein spezieller Wirtschaftszweig aus dieser Branche 98,8 Milliarden DM für eine Idee ausgegeben hat, heißt das noch lange nicht, dass wir als Staat jetzt in eine ähnliche Hysterie verfallen müssen und alles und jeden fördern sollten, der eine E-Mail schreiben kann. Das kann nicht Sinn und Zweck staatlicher Multimediapolitik sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns als GRÜNE bleibt in diesem Zusammenhang wichtig, dass wir einen klaren Kopf bewahren und verdeutlichen, was im Zusammenhang mit der IT-Entwicklung staatliche Aufgabe ist.

Ich habe dies schon während der Multimediadebatte gesagt, wiederhole es aber gern noch einmal, um es zu verdeutlichen:

Unsere Aufgabe als Staat ist es nach unserer Auffassung,

1. gesetzliche und verordnungsrechtliche Rahmen im IT-Bereich zu setzen,
2. eine leistungsfähige Datenautobahn mit Schnittstellen zur Wirtschaft aufzubauen und für Behörden, Schulen, Hochschulen, Gemeinden und für die Bürger zu unterhalten,
3. an Schulen, Hochschulen und in Verwaltungen und Ministerien das Personal, die Soft- und die Hardware zur Verfügung zu stellen und
4. für Forschung, Aus- und Weiterbildung in allen Schulen und Hochschulen die entsprechenden Rahmenbedingungen für den IT-Bereich zu schaffen.

Alles andere muss der Markt regeln. Das ist unsere Auffassung, die wir auch in dieser Aktuelle Stunde noch einmal ausdrücklich deutlich machen wollen, da es natürlich Bestrebungen vonseiten der CDU und der F.D.P. gibt, einen neuen Subventionswettbewerb analog der anderen Bereiche zu initiieren.

Wenn ich mir das Multimediaprogramm der Landesregierung ansehe: wir haben nun die Zahlen vorliegen, auf die wir im Ausschuss gedrängt haben -, gibt es sehr deutliche Hinweise,

dass auch in diesem Programm ein Subventionswettbewerb wie in anderen Bereichen begonnen wird, ob das im E-Commerce-Bereich, bei Planung und Produktionsprozessen, bei Existenzgründungen und Regionalentwicklung oder bei Telearbeit ist. Ich sage nicht, dass diese Bereiche nicht sinnvoll zu entwickeln sind, aber ich sage ganz deutlich, wenn Sie sich die Beträge ansehen, die dahinter stehen, ist dies eine Gratwanderung, die wir als Staat wieder beginnen.

Wir möchten als GRÜNE davor warnen, dass der Staat über die von mir soeben beschriebenen Aufgaben hinaus Mittel in diesem Bereich einstellt. Das Risiko ist zu groß. Der Markt muss das regeln, und diejenigen Leute, die privat Geld in die Hand nehmen, wissen auch besser, warum sie es in die Hand nehmen. Das sollten wir als Staat in diesem Bereich nicht tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Schwarz, SPD: Dietmar, wo bist
du hingekommen?)

Herr Schwarz, um ein Beispiel zu nennen, Sie haben die viel und hoch gelobte Medienpräsentation Ihres Wirtschaftsministers angesprochen. Wie gesagt, ich habe sie mir heute Nacht um 1.00 Uhr noch aus dem Internet gezogen.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

- Ja, ja! Genau das Teil meine ich.

Wer so altbacken daherkommt wie diese Website mit Konterfei und Unterschrift des Ministers, darf sich wirklich nicht wundern, dass sich auf diese Anforderung niemand bewirbt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und CDU)

Herr Bauckhage bzw. Herr Eggers, Sie haben im Multimediaprogramm 215 000 DM für dieses Projekt eingestellt. Wenn das das Ergebnis ist, würde ich sagen, dann könnte ich das mit einem weit geringeren Aufwand besser machen.

(Beifall bei der CDU -
Schwarz, SPD: Ist das ein Angebot?)

- Herr Schwarz, ich habe Ihnen die Alternative mitgebracht, die ich ebenfalls heute Nacht aus dem Internet gezogen habe. Schauen Sie sich an, wie eine Agentur aus Deutschland für den amerikanischen Markt die Greencard-Aufbereitung macht. Dies ist durchaus ein umfassendes, gut aussehendes und ansprechendes Angebot. Ziehen Sie diese Website so schnell wie möglich aus dem Verkehr. Überlegen Sie sich etwas Ordentliches.

(Beifall der CDU)

Beauftragen Sie eine vernünftige Agentur mit dieser Aufgabe, und versuchen Sie nicht, alles selbst zu machen, wie Sie dies in diesem Bereich dargestellt haben. Es ist wirklich eher

peinlich und zeigt die Begründung, warum sich darauf niemand bewerben kann. Ich würde es auch nicht tun.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU -

Zuruf von der CDU: Bravo!)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Heinz das Wort.

(Hammer, SPD: Jetzt wird's
knüppelhart!)

Abg. Heinz, F.D.P.:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon im April dieses Jahres hat Wirtschafts- und Verkehrsminister Bauckhage im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie die Initiative ergriffen,

(Dr. Gölter, CDU: Ich wusste,
dass die Rede so beginnt!)

ein IT-Vermittlungsnetzwerk für Greencard-Bewerber am Fraunhofer Institut in Kaiserslautern einzurichten. Dies geschah aufgrund von Ergebnissen einer im März durchgeführten Umfrage unter 700 Unternehmern der IT-Branche im Land.

Mit dem IT-Vermittlungsnetzwerk sollen ausschließlich Greencard-Bewerber an interessierte Unternehmen in Rheinland-Pfalz vermittelt werden. Laut unserer Information lagen bereits Anfang August 124 Stellenangebote rheinland-pfälzischer Unternehmer aus der IT-Branche vor.

Von der Vermittlungstätigkeit dieses Netzwerks unterscheidet sich die IT-Vermittlungsbörse der Arbeitsverwaltung, die im Juni eingerichtet wurde, da in diesem Bereich die Stellenangebote auch an deutsche und EU-IT-Fachleute gerichtet sind. Nach mir vorliegenden Informationen waren bei der IT-Vermittlungsbörse der Arbeitsverwaltung, über die Betriebe direkt Kontakt mit Bewerbern aufnehmen oder auch selbst offene Stellen anbieten können, Ende Juli 400 Stellen gemeldet.

Herr Kollege Bracht, was Sie für die CDU-Fraktion an Aussagen getätigt haben, ist mir aufgrund der Daten und Angaben, die uns allen bekannt sind, ein wenig unverständlich. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Zitat des Geschäftsführers der Multimediaakademie in Mainz, Herrn Harald Körner, in einem Beitrag des „Wirtschaftsreports“ Nummer 5/2000 der IHK Rheinhessen anführen. Darin wird dargelegt, dass

von verschiedenen Seiten kopflos über den Bedarf an IT-Fachkräften schonungslos mit beliebigem Zahlenmaterial spekuliert wird. Ich denke, wir sollten uns darauf verständigen, dass konkrete Zahlenwerte bei den Diskussionen Anwendung finden, damit wir insgesamt zu dem Thema einen vernünftigen Dialog führen können.

Meine Damen und Herren, wichtig in der gesamten Diskussion ist für die F.D.P.-Fraktion, dass es der Landesregierung innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, mit dem rheinland-pfälzischen Vermittlungsnetzwerk am Fraunhofer Institut in Kaiserslautern dem Mittelstand bei der Vermittlung von Greencard-Bewerbern gegenüber Großkonzernen eine Chancengleichheit zu vermitteln. Ich denke, das wollen wir alle.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf den Stellenwert der Informations- und Kommunikationstechnologien in unserem Land eingehen. In Rheinland-Pfalz gibt es eine Menge von Unternehmen, die in verschiedenen Multimediaebereichen führend sind. Lassen Sie mich exemplarisch die „Rhein-Zeitung online“ nennen, die zu den führenden Onlienebietern in Deutschland gehört, oder auch United Internet aus Montabaur, SER Neustadt/Wied und die Tecmath AG in Kaiserslautern. Diese Unternehmen sind bundes- und europaweit führend im IT-Bereich.

Wir von der F.D.P.-Fraktion begrüßen, dass vonseiten der Landesregierung rechtzeitig oder - wenn Sie so wollen - frühzeitig in diesem Bereich vernünftige Rahmenbedingungen gesetzt und den Herausforderungen der Zukunft angepasst wurden. Wer hierüber nähere Einzelheiten erfahren möchte, sollte sich unter anderem auch einmal die Lektüre des Berichts „Forschung, Technologietransfer und Innovation in Rheinland-Pfalz“ aus dem Haus des Wirtschaftsministeriums und des Bildungsministeriums ansehen, Herr Kollege Rieth. Ich denke, dass damit die Oppositionsfraktion aufgrund der heutigen parlamentarischen Anfrage mit dem bisher Erreichten und den von mir aufgezeigten Bemühungen der Landesregierung ebenso zufrieden sein kann, wie wir das sind.

Ich bedanke mich.

(Dr. Gölter, CDU: Er verzeihe uns
unsere Irrtümer!)

- Sie dürfen fragen, und ich habe mich bemüht, Ihnen eine Antwort zu geben.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Dr. Gölter, CDU: Wir sind
auch sehr dankbar!)

Vizepräsident Schuler:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Eggers das Wort.

Eggers, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde zu dem Thema „Märkte für Informations- und Kommunikationstechnik“ wird eine von vielen in den nächsten Jahren gewesen sein. Das Thema der Informations- und Kommunikationstechnik, seine Rahmenbedingungen und seine Strukturen werden auch dieses Haus in der Zukunft weiterhin intensiv beschäftigen. Da habe ich gar keine Zweifel. Ich glaube, die Landesregierung hat den Stellenwert dieses Wirtschaftsbereichs frühzeitig erkannt. Sie hat auf diesem Gebiet Aktivitäten entwickelt. Aber es sind natürlich keineswegs nur die Aktivitäten der Landesregierung, die in diesen Märkten eine Rolle spielen. Der Strukturwandel vollzieht sich allenthalben. Ich habe gestern mit dem Oberbürgermeister von Kaiserslautern zusammen ankündigen können, dass dort ab dem 1. November 2000 die Debitel AG ein Call-Center eröffnen wird.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Solche Ereignisse haben eigentlich in den letzten Jahren von Monat zu Monat zugenommen. Es beschleunigt sich noch.

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass wir in Deutschland im Bereich Hardware und Software sowie Dienstleistungen in diesem Bereich zusammen mit der Telekommunikation einen Umsatz von 180 Milliarden DM pro Jahr erzielen und dass in diesen Bereichen 1,7 Millionen Menschen tätig sind, dann zeigt das, dass sich dieser Strukturwandel inzwischen auf hohem Tempo vollzieht.

Es ist richtig und wichtig zugleich, dass sich Deutschland in seiner Gesamtheit, aber auch das Land Rheinland-Pfalz weltweit darstellen und weltoffen gesehen werden. Ich glaube, da muss noch sehr viel getan werden. Es ist nicht so, dass jede IT-Fachkraft innerhalb der EU und außerhalb der EU bis hin nach Indien nur darauf wartet, nach Deutschland kommen zu können - im Gegenteil.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist wohl wahr!)

Diese IT-Fachkräfte sind in erster Linie daran interessiert, zu Hause für ihre eigene Volkswirtschaft etwas zu tun. Auch dort gibt es natürlich Regierungen, die Wert darauf legen, dass sie diese wichtigen Kräfte gerade in dieser Phase der wirtschaftlichen Entwicklung zu Hause behalten, dass sie nicht auswandern, dass sie auch nicht für fünf Jahre in ein anderes Land gehen. Das heißt, die Ausrichtung der Aktivitäten in Bezug auf die IT-Fachkräfte in diesen Ländern geht dahin, die Kooperationen mit Firmen und öffentlichen Verwaltungen im Ausland zu verstärken, aber diese nicht unbedingt nach Deutschland zu schicken.

Wir können sehr viel tun, um Deutschland auch attraktiver für solche Zielgruppen darzustellen. Denken Sie daran, wie

schwer es heute für Ausländer ist, an deutschen Fachhochschulen und Universitäten eine Studienmöglichkeit zu erhalten.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das wollen
auch immer weniger!)

Das ist ein Teil der Offenheit. Denken Sie daran, wie wir im Land mit Ausländern umgehen und wie wir über Ausländer reden. Das ist ein Teil der Problematik, der wir uns auch in einem solchen Zusammenhang stellen müssen.

Für mich ist es durchaus nachvollziehbar, dass Fachkräfte lieber in andere Länder gehen. Zum Teil sind die sprachlichen Voraussetzungen günstiger. Man kann eher nach Großbritannien, Irland oder in die USA gehen, weil die IT-Fachsprache Englisch ist. Bei uns ist das zwar in der Branche verankert, aber die Menschen kommen nicht nur als Beschäftigte hierher, sie wollen auch eine Zeit lang hier leben. Dafür finden sie in mancher Beziehung nicht das Umfeld, das sie in anderen Ländern finden. Das sind wichtige Dinge, die man auch in den kommenden Jahren im Auge behalten muss, wenn man darüber diskutiert: Kommen zu viel? Kommen zu wenig? Hat man genügend angemeldet?

Ich weiß nicht, ob man im Augenblick schon eine Zwischenbilanz ziehen kann. Ich halte das ehrlich gesagt für zu früh; denn die konkreten Rahmenbedingungen für ausländische IT-Fachkräfte stehen erst seit wenigen Wochen fest. Man sollte noch warten. Soweit man aber eine Zwischenbilanz ziehen kann, stehen die Bundesländer an der Spitze, die in diesem Bereich eine größere Breite des Marktes haben. Das gilt für Bayern und für Baden-Württemberg. Das sind auch traditionelle Kommunikationsländer. Dort waren die Startvoraussetzungen für Multimedia unter mancherlei Aspekten, unabhängig davon, was Landesregierungen machen, ein Stück günstiger. Dort sind auch die insgesamt größeren und bekannteren Firmen ansässig. Deswegen liegt dort erkennbar ein Schwerpunkt. Rheinland-Pfalz liegt aber in diesem Bereich nach den jetzigen Zahlen im Mittelfeld, dies entsprechend seinem Anteil am Bruttosozialprodukt, an der Beschäftigtenquote usw. Aber es wird unsere Aufgabe sein, diesen Anteil zu steigern. Ich denke, dass dafür die Voraussetzungen gut sind.

Die Landesregierung hat dieses Aufgabenfeld erkannt. Herr Bracht hat die Landesregierung aufgefordert, sich weiter darum zu bemühen, dass der Stellenwert der Informations- und Kommunikationstechnik auch in Rheinland-Pfalz auf hohem Niveau bleibt. Sie haben gesagt, wir sollten uns weiter bemühen. Wir werden uns weiter bemühen. Ich denke, wir waren schon erfolgreich und werden auch in den kommenden Jahren auf diesem Feld erfolgreich sein.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich möchte jetzt nicht das sagen, was die Landesregierung unmittelbar macht, also Multimediaprogramm usw. Ich halte es für wichtig, was Herr Rieth dazu gesagt hat. Man muss se-

hen, der traditionelle Standortwettbewerb, den wir bei Ansiedlungen haben, hat natürlich auch diesen Bereich der Multimediaunternehmen einbezogen. Der Wettbewerb der Regionen ist inzwischen auch sehr intensiv geworden. Wir haben die Aufgabe, gute Ansiedlungsbedingungen für solche Unternehmen in Rheinland-Pfalz zu schaffen, aber im Übrigen darauf zu achten, dass die Rahmenbedingungen, die generell für Wettbewerb gelten, auch eingehalten werden.

Es kommt darauf an, interessante Angebote zu machen. Es kommt darauf an, schnell zu reagieren, weil dies alles Unternehmen sind, die viel schneller Entscheidungen treffen als Unternehmen in anderen Branchen. Man konnte das bei den Entscheidungen um die UMTS-Lizenzen sehr gut sehen, wie es im Hintergrund der Großunternehmen knirschte und wo es bei anderen Unternehmen sehr schnell ging, die Weichenstellungen vorzunehmen. Das ist für uns die Aufforderung, noch stärker dienstleistungsorientiert zu handeln. Das gilt auch für die Kommunen. Wir müssen schneller reagieren und uns auch angepasster gegenüber solchen Marktanforderungen verhalten. Darum sind wir bemüht. Ich glaube, wir können Erfolge nachweisen und werden dazu auch in den kommenden Jahren in der Lage sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des ersten Teils der Aktuelle Stunde. Ich rufe nun das zweite Thema auf.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es sind noch zweieinhalb Minuten
Redezeit für jeden!)

- Wir haben siebeneinhalb Minuten. Hier sind die beiden Schriftführer. Sie haben diese Zeit verbraucht.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das kann nicht sein! Ich habe
nur vier Minuten geredet! -
Bischel, CDU: Das kann nicht sein! -
Fünf Minuten und zweieinhalb
Minuten, also zwei Runden! -
Weitere Zurufe)

- Herr Kollege Berg hat mir eben gesagt, die GRÜNEN haben sechs Minuten Redezeit verbraucht.

(Bischel, CDU: Das geht nicht, es gibt
nur fünf Minuten oder zweieinhalb
Minuten Redezeit!)

- Also gut, dann machen wir noch einmal eine Runde mit zweieinhalb Minuten.

Herr Dr. Gölter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Staatssekretär Eggers ein Kompliment machen. Immer wenn er weiß, er ist in vermintem Gelände, äußert er zurückhaltend allgemein Gültiges, dem man nicht widersprechen kann.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich ihn zu seiner Rede, die er eben gehalten hat, ausdrücklich beglückwünschen. Man muss sagen, es stimmt. Es ist nur keine Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation, auch nicht mit der aktuellen Situation in Rheinland-Pfalz.

(Lais, SPD: Dann sagen Sie doch
einmal, was Sie wollen!)

Ich mache eine kurze Bemerkung. Als der Bundeskanzler auf der CeBIT diesen Vorschlag gemacht hat, hat in Deutschland eine merkwürdige Diskussion begonnen. Ich habe diese Diskussion nicht verstanden. Ich beziehe meine eigene Partei in Teilen mit ein, damit es kein Missverständnis gibt.

(Schweitzer, SPD: Kinder statt Inder!)

Wir haben dringend die Notwendigkeit, über unser Selbstverständnis zu reden, auch über unser zukünftiges Verständnis von Zuwanderungsland, Einwanderungsland, Qualitätskräften, die wir nach meiner festen Überzeugung dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, in ein Land mit einer solchen Diskussion, ganz abgesehen von aktuellen Entwicklungen, ging ich auch nicht. Das sollte uns nachdenklich machen. Die 714 bundesweit sind ein Fehlschlag. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir sind alle von anderen Dingen ausgegangen. Die 16 in Rheinland-Pfalz sind auch nicht gerade überwältigend.

Meine Damen und Herren, ich verdanke es wirklich Herrn Kollegen Rieth, er hat übrigens heute auch wieder so eine ideologiebelastete grüne Rede gehalten. Die F.D.P. hat sich gar nicht kritisch mit ihm auseinandergesetzt. Das hat mir richtig gefehlt, weil das sonst immer der Fall ist. Ich verdanke Herrn Kollegen Rieth diese Gegenüberstellung des Herrn Bauckhage und das, was die Amerikaner machen. Das ist wirklich Sofa mit gehäkelten Kissen.

(Beifall bei der CDU und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur bitten, dass der Chef der Staatskanzlei auch den Herrn Ministerpräsidenten unterrichtet, damit er ein ganz klein bisschen Verständnis für unser gelegentliches Argument findet, Rheinland-Pfalz ist nicht immer Weltmeister. Eines unserer Probleme, auch der zukünftigen Entwicklung, ist, dass diese Landesregierung ununterbrochen erzählt, sie sei Weltmeister, sie sei Spitze in Deutschland. Wenn man das aus propagandistischen Gründen tut, kann ich das noch verstehen, damit man die Leute überzeugt, wie zum Beispiel die kleine Rede von Franz Schwarz heute morgen: Wir sind Weltmeister, wir sind überall Spitze. - Wenn man selbst daran glaubt - ich habe den Verdacht, dass Sie alle mittlerweile selbst daran glauben -, dann ist man zu einer selbstkritischen Betrachtung der Lage überhaupt nicht mehr fähig. Das ist ein Problem.

(Schweitzer, SPD: Dummes Zeug, sonst gar nichts!)

- Entschuldigung. Gut, dann rede ich dummes Zeug.

(Schweitzer, SPD: Man kann dem Eggers den Vorwurf -- -)

- Entschuldigung, das ist Spitze und das ist ---

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

- Entschuldigung, Sie haben sich bei der Multimediafrage zwei Jahre in der Runde der Staatssekretäre gestritten, wer federführend ist.

(Glocke des Präsidenten)

Die Koalitionsfraktionen haben der Landesregierung gesagt, dass das, was zu Multimedia vorliegt, hinten und vorne unbefriedigend ist. Das sage ich jetzt auch. Wir müssen auf diesem Feld mehr tun, vor allen Dingen auf dem Feld der Industrie- und wirtschaftsnahen Dienstleistungen,

(Glocke des Präsidenten -
Schweitzer, SPD: Das war
Ihr Vorschlag!)

damit wir in Rheinland-Pfalz auch Defizite aufarbeiten können.

Danke schön.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, dass sich Herr Dr. Gölder massiv ins Zeug legt, um deutlich zu machen, wie träge seine Kolleginnen und Kollegen mit diesem Thema umgehen. Es muss ein bisschen Farbe hinein. Sie haben Recht, das kann ich verstehen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war vorhin auch keine
leidenschaftliche Rede!)

Von Ihrer Seite kommt keine Farbe. Was kommt von Ihnen? Sie erzählen: Das passt mir nicht, und das passt mir nicht, hier seid Ihr zu kurz, und da springt Ihr überhaupt nicht. Sagt doch um Gottes willen irgendwann einmal eines Tages, was Ihr an uns wirklich konkret im Multimediabereich zu kritisieren habt.

(Beifall bei der SPD -
Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kürze dabei von meiner Rede keinen Zentimeter. Das, was wir in Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit der Multimediaoffensive tun, ist einmalig in Deutschland. So bemüht sich keiner.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Einmalig nicht!)

Ich akzeptiere, dass bei einer solchen Vielfalt und bei einer sehr schwierigen Situation in Rheinland-Pfalz natürlich das eine oder andere nicht schnell genug geht, vielleicht das eine oder andere auch nicht professionell genug ist. Aber Sie müssen akzeptieren - Herr Eggers hat darauf hingewiesen -, dass wir einen massiven Zulauf von Unternehmen, ausländischen Unternehmen haben, die sich für den Standort Rheinland-Pfalz interessieren, um sich dort niederzulassen. Das mag auch ein Punkt sein. Man kann darüber streiten - das ist auch von mir angedeutet worden -, ob wir in dem Bereich, in dem wir jetzt tätig sind, so viele ausländische oder nicht EU-Bürger für die Bewältigung unserer Aufgaben brauchen. Kann es nicht auch so sein, dass wir in Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen gerade auch zielgenau für das, was wir in diesem Bereich tun, qualifiziert ausgebildet haben und einen Großteil unserer zur Verfügung stehenden Leute haben, die uns bei unseren Aufgaben helfen?

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich brauchen wir auch Leute, die von außen zu uns kommen, um uns zu helfen. Ich halte es für ganz einfach zu kurz gesprungen, wenn man rund 14 Tage nachdem das läuft, anfängt darüber nachzudenken, dass das nichts werden kann.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr richtig!)

Es ist eben davon gesprochen worden, dass die aktuelle Situation - Sie waren auch auf der Linie, dafür danke ich Ihnen - teilweise auch daran schuld ist, dass sich viele junge Menschen überlegen, nach Deutschland zu kommen.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Das müssen wir überwinden. Das müssen wir dadurch überwinden, dass wir zeigen, dass wir weltoffen sind, und nicht einfach herumpalavern und auch noch den Standort herunterreden.

Schönen Dank:

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Rieth, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schwarz, fangen Sie direkt damit an, und ziehen Sie diese eben präsentierte Website aus dem Verkehr. Sie tun dann wirklich etwas für den Standort Rheinland-Pfalz.

(Schwarz, SPD: Das liegt nicht in
meiner Verantwortung!)

Das wäre die erste Amtshandlung. Wenn ich sehe, was zum Teil in PR-Kampagnen der Landesregierung mit wesentlich mehr Kreativität und Aufwand hineingesteckt wird, und wenn ich sehe, was das Ganze gebracht hat, dann ist es kein Wunder, dass die Leute nicht kommen und die Firmen aus Rheinland-Pfalz sich auf dieses Angebot nicht einlassen.

Herr Heinz, Sie haben dieses Netzwerk, obwohl es vorher präsentiert wurde, nochmals gelobt. Sie haben das brav abgelesen, was man Ihnen aufgeschrieben hat. Sie haben das Weiterführende Firmen in Rheinland-Pfalz gelobt. Das tun wir auch. Nur der Unterschied ist, dass diese Firmen bezüglich der Unterstützung vonseiten der Landesregierung keine Notwendigkeit gesehen haben, bisher eine Unterstützung zu erfahren.

(Schwarz, SPD: Das ist doch in Ordnung!
Warum beklagen Sie das? Das ist
doch der Ansatz!)

- Herr Schwarz, nein, ich sage das nur vor dem Hintergrund, dass Sie sich als Koalition in der Landesregierung darüber klar werden müssen, dass Sie nicht alles für sich reklamieren können, sondern sich als Staat auf Ihre Kernaufgaben konzentrieren sollten.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Ich bin Herrn Eggers dankbar, dass er diese vier Punkte, die ich eben noch einmal vorgetragen habe, als Kernaufgabe wohl so verstanden hat, die wir als Staat zu tun haben und darüber hinaus die Finger aus den Subventionen heraushalten. Vor diesem Hintergrund müssten Sie auch noch einmal Ihr Multimediaprogramm überdenken und die einen oder anderen der vorgesehenen hohen Millionenbeträge überprüfen, ob eine Gratwanderung über diese vier Punkte besritten werden soll. Noch ist das Geld nicht ausgegeben. Das ist im Haushalt für 2000 und 2001 vorgesehen. Hier kann sicherlich das eine oder andere noch korrigiert werden.

Insofern hätte dann die heutige Aktuelle Stunde einen praktischen Erfolg gehabt, dass man sich noch einmal vonseiten der Landesregierung darauf konzentriert, was in diesem Bereich eigentlich unsere Aufgabe ist, bevor man sich von diesen riesigen Zahlen und Dingen, die hin- und herschweben und die durch die UMTS-Ergebnisse noch einmal eine neue Dimension bekommen haben, verrückt machen lässt. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, was Herr Kollege Rieth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt hat. Herr Rieth, ich habe gedacht, Sie halten eine Rede auf dem Parteitag der F.D.P. Es ist schade, Sie kandidieren im nächsten Jahr nicht mehr für die GRÜNEN.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, wir müssen alles dem Markt überlassen, dann ist das richtig.

(Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Gölter, so geht es natürlich auch nicht. Herr Rieth und Herr Gölter, glauben Sie beide, dass eine schönere Website des Landes irgendjemanden hierher locken würde?

(Dr. Gölter, CDU: Sowieso
alles egal! -

Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das verstehe ich nicht, wenn Marktwirtschaftler die Landesregierung dafür verantwortlich machen, dass hier zu wenig

Arbeitsplätze entstehen. Herr Rieth und Herr Gölter, die Landesregierung und die Bundesregierung setzen Rahmenbedingungen. Nun muss man ehrlicherweise einmal sagen, die Steuersätze, die vor kurzem verabschiedet worden sind, schaffen unter Umständen in Deutschland mehr Arbeitsplätze - unabhängig, wie man zur Steuerreform steht - als eine Website oder ein Programm.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wessen Idee war das denn? Das war
doch die von Herrn Bauckhage!)

- Frau Thomas, daran müssen Sie sich endlich einmal gewöhnen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich gewöhne mich an Sie
überhaupt nicht!)

- Frau Thomas, das ist gut, dass Sie sich nicht an mich gewöhnen. Da haben wir eine Gemeinsamkeit. Das Gleiche gilt natürlich auch für mich. Aber das ist nicht das Thema. Das Thema ist, dass man sich endlich einmal in dem hohen Hause daran gewöhnen muss, dass Arbeitsplätze von Unternehmen geschaffen werden und dass auch Arbeitsplätze - - -

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So noch nie gehört! Sagen Sie das einmal
Ihrem Wirtschaftsminister! Das müssen
Sie einmal Ihrem Wirtschaftsminister
sagen!)

- Frau Thomas, das ist für Sie neu. Deswegen hören Sie doch einmal zu. Das sind alles Dinge, die für Sie neu sind. Sie fordern immer, dass der Staat alles regeln und alles machen soll.

(Schwarz, SPD: Außer dem
Herrn Rieth!)

Ihr Kollege hat vorhin in seinem Redebeitrag gesagt, er warnt vor neuen Subventionen im Multimediabereich.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es lebe das Vorurteil!)

Herr Rieth, Sie haben vollkommen Recht. Der Markt ist viel schneller, und der Staat sollte sich überhaupt nicht einmischen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat Herr Bauckhage schon vor
den Ferien gesagt!)

Insofern kann ich nur das unterstützen, was die Landesregierung mit ihrem Multimediaprogramm macht, Rahmenbedingungen auch für das Land Rheinland-Pfalz zu schaffen. Man sieht, dass es in Kaiserslautern, in Montabaur und in anderen Städten schon Erfolg gibt. Das heißt, wir dürfen uns auf die-

sem Gebiet nicht ausruhen. Wir müssen weiterhin unsere Chancen wahrnehmen. Aber machen wir uns keine Illusionen, andere Bundesländer tun das Gleiche - Baden-Württemberg, Bayern - im Hightechbereich. Wir konkurrieren um Arbeitsplätze. Dies ist sehr schwierig.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Staatssekretär Eggers das Wort.

Eggers, Staatssekretär:

Herr Dr. Gölter, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich neige im Allgemeinen nicht dazu, die Landesregierung über Gebühr zu loben.

(Dr. Gölter, CDU: Zustimmung! -
Heiterkeit bei dem Abg. Billen, CDU)

Aber wenn wir von Multimedia sprechen, dann kann ich gar nicht umhin, Sie zu loben.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD)

Ich möchte einer Legendenbildung vorbeugen - das könnte sich jedenfalls so entwickeln -, dass in einem Staatssekretärsausschuss, der sich mit Multimedia beschäftigt, zwei Jahre gestritten worden ist. Dort hat es gelegentlich unterschiedliche Meinungen gegeben. Aber wir haben uns erstens mit keinem Thema zwei Jahre lang aufhalten müssen,

(Schwarz, SPD: Aber das ist
auch nicht schädlich!)

wir haben viel schneller entschieden, und wir haben zweitens immer im Konsens entschieden. In den Koalitionsverhandlungen 1996 ist dieser Ausschuss etabliert worden. Er arbeitet seither außerordentlich erfolgreich.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD -
Schwarz, SPD: Jawohl!)

Wenn Sie die Firmen, die in Deutschland mit Regierungen zusammenarbeiten, danach fragen, wo wirklich ein Konzept ist und wo wirklich zusammengearbeitet wird, dann wird ganz bestimmt an erster Stelle Rheinland-Pfalz genannt. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Darauf kann sich die Landesregierung sehr wohl beziehen.

Ich glaube, dass es ein richtiger Ansatz ist, der hier gewählt worden ist, um Politik einmal für die öffentliche Verwaltung, aber auch für die Landesregierung zu koordinieren. Das ist in den letzten Jahren hervorragend gelungen. Das ist eine wesentliche Basis für das, was im Multimediabereich in Rheinland-Pfalz geschieht. Wir werden das so fortsetzen.

Es ist auch nicht richtig - wenn der Gedanke bei dem einen oder anderen aufkommen sollte -, dass wir in der Ansiedlungspolitik von Multimediaunternehmen weniger erfolgreich seien als andere. Wir können große Erfolge verzeichnen. Wir sind ein Land, das wie andere Länder auch von der landwirtschaftlichen Produktion geprägt ist, das im industriellen Bereich stärker ist als manche anderen Länder in Deutschland und im Dienstleistungsbereich erst nach und nach aufbaut. Da gibt es im Vergleich zu anderen noch Rückstände. Aber wenn Sie sich das Tempo in dem Bereich Multimedia ansehen, dann liegt hier ein wesentlicher Beschleunigungsfaktor für den Strukturwandel in Rheinland-Pfalz. Ich halte ihn auch für notwendig, um dieses Land in bestimmten Bereichen nicht nur zukunftsfähig zu machen, sondern in der Perspektive zukunftsfähig zu halten.

(Vereinzelte Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wir haben überhaupt keine Veranlassung, unsere Politik auf diesem Gebiet zu verstecken. Ich warne auch davor, das, was die Landesregierung tut, über den Leisten einer Website zu schlagen.

(Dr. Gölter, CDU: Das tut doch niemand!
Aber man muss doch einmal ein bisschen
Spaß haben! Wenn das alles so großartig
ist, muss man das doch einmal
sagen dürfen!)

- Herr Dr. Gölter, natürlich kann man das sagen. Natürlich sollte man das vielleicht sogar sagen. Nur, wenn das ein Thema für einen wesentlichen Abschnitt der Debatte wird, dann stimmen die Gewichte nicht mehr.

Meine Damen und Herren, wir haben im Multimediabereich wesentliche Grundlagen geschaffen. Wir haben wesentliche Erfolge zu verzeichnen. Auf diesen Grundlagen haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch in der Zukunft Erfolge erzielt werden können. Ich bin sicher, dass auch die parlamentarische Opposition nicht umhinkommen wird, das anzuerkennen.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des ersten Teils der Aktuellen Stunde.

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Situation der Finanzierung von Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz und jüngste Stellungnahme der Landesregierung zur Entscheidung des Saarlandes, die Kindergartenbeiträge schrittweise abzuschaffen“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6055 -

Frau Kollegin Bill, Sie haben das Wort. Achten Sie bitte darauf, dass Sie die Fünf-Minuten-Frist einhalten.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, dieser Hinweis ist bei dem Thema typisch. Eben durfte man zwei Minuten überziehen.

Vizepräsident Schuler:

Frau Kollegin Bill, ich lege Wert auf die Feststellung, es gab vorhin Irritationen bezüglich der Redezeit. Deshalb weise ich darauf hin, dass Sie bitte die Fünf-Minuten-Frist einhalten.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja. Danke schön für den Hinweis, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, in der letzten Woche mussten wir erleben, wie unser kinderfreundlicher Ministerpräsident regelrecht außer sich geraten ist, weil der Ministerpräsident des Saarlandes ihm in Sachen Kinderfreundlichkeit Konkurrenz macht; das selbst ernannte kinderfreundliche Rheinland-Pfalz gar zu übertreffen droht, indem er die Beitragsfreiheit des Kindergartens schrittweise in Angriff nehmen will, ein an sich gar nicht so revolutionäres Ansinnen. Auch in Rheinland-Pfalz hat die CDU die Beitragsfreiheit schon in den 70er Jahren im Kindergartengesetz als Ziel festgeschrieben, allerdings ohne es jemals in Angriff genommen zu haben. Auch die Sozialdemokraten hatten - soweit ich mich erinnere - schon einmal die Erkenntnis, der Kindergarten sei eine Einrichtung des Bildungssystems und müsste entsprechend beitragsfrei sein,

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

zumal es der gesamten Gesellschaft durchaus zuzumuten sei, in Kinder zu investieren. Die Lasten von Eltern seien sowieso unverhältnismäßig hoch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Vielleicht erinnern sich noch manche von Ihnen daran. Lang, lang ist's her. Aber immerhin hat inzwischen das Bundesverfassungsgericht in seinem Familienurteil festgestellt, dass Menschen mit Kindern für ihre Aufgaben nicht in ausreichendem Maße Zuwendungen aus Steuermitteln erhalten, sie in unserer Gesellschaft benachteiligt und unverhältnismäßig hoch belastet sind, obwohl die Familien dieser Gesellschaft mit ihren Kindern einen unverzichtbaren Nutzen bringen. Das Gericht hat den Staat buchstäblich verurteilt, tätig zu werden. So hat inzwischen die rotgrüne Regierung in Berlin auch einiges verbessert; siehe die Entlastung für Menschen mit Kindern - sie hat sie in Angriff genommen -, die die CDU so lange sträflich vernachlässigt hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Kindergeld wurde erhöht, die Steuerfreibeträge ebenso, auch der Ansatz des Erziehungsgeldes. Aber das sollte meines Erachtens erst der Anfang gewesen sein. Den beitragsfreien Kindergarten wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen, ist daher mit Blick auf den Auftrag des Familienurteils eine durchaus begrüßenswerte Initiative;

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn mit einer solchen Investition bekennt sich der Staat als Solidargemeinschaft zur öffentlichen Verantwortung für die Entwicklung und Förderung der jungen Generation, die im Kindergarten beginnt und die Arbeit an der Zukunft unserer Gesellschaft ist.

Meine Damen und Herren, es wäre für die Familien ein Zeichen der Wertschätzung von Kindern. Umso unverständlicher bleibt es für mich, dass Ministerpräsident Beck vor diesem Hintergrund von einem Luxus spricht, den sich das kleine Saarland auf Kosten anderer leistet.

Ich frage mich, auf wessen Kosten hat sich Rheinland-Pfalz den Rechtsanspruch damals geleistet.

(Präsident Grimm übernimmt
den Vorsitz)

Ihre Drohung folgt auf dem Fuß: Da sollten wir dem Saarland vielleicht doch den Geldhahn zudrehen. Herr Ministerpräsident, ich muss sagen, das ist ein seltsames Verständnis von Länderfinanzausgleich und Föderalismus.

Eine öffentliche Beschwerde bei irgendwelchen fragwürdigen Großprojekten habe ich im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich noch nie von Ihnen gehört. Ausgerechnet wenn es um die Förderung von Kindern geht, geraten Sie derart aus dem Häuschen, und nicht nur Sie allein, nein,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mehrere Ministerpräsidenten ängstigen sich mit Ihnen, dass das Saarland ein Fass aufmacht, das so leicht keiner mehr zu bekommt;

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

denn es gibt außer dem Totschlagargument, es sei kein Geld vorhanden, kaum ein schlüssiges Argument gegen den beitragsfreien Kindergarten.

Das Finanzargument kann sich leicht als „Milchbubenrechnung“ erweisen; denn die Bildungspotenziale von Kindern zu erschließen, lohnt sich immer und heute ganz besonders.

Meine Damen und Herren, im Übrigen ist die Entlastung von Familien besonders ökonomisch und wichtig, weil sie direkt in die Kaufkraft geht und insofern in diese Gesellschaft zurückfließt. Kindergartenbeitragsentlastungen landen ganz sicher nicht an der Börse. Von Luxus kann also gar keine Rede sein. Luxus ist es, sich originärer Landessteuern wie der Vermögensteuer zu entledigen. Damit hätten wir das ganze Kindertagesstättenwesen beitragsfrei machen können.

(Schweitzer, SPD: Sagen Sie es
Ihren Freunden in Berlin!)

Meine Damen und Herren, das Geldargument ist nur ein vorgeschobenes, wenn Sie mich fragen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie heute einen Anteil von der UMTS-Versteigerung bekommen würden, dann würde Ihr F.D.P.-Koalitionspartner dafür Sorge tragen, dass dieses Geld morgen wieder buchstäblich auf die Straßen geschmissen und nicht in unsere Kinder investiert würde.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Frau Spurzem, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Frau Spurzem, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Bill, ich hätte nichts dagegen, in unser neues Wahlprogramm die Mitteilung aufzunehmen, ab sofort sind öffentliche Leistungen kostenfrei.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Meine Damen und Herren, aber es sind keine vollmundigen und nicht zu realisierenden Versprechungen gefragt. Ehrlich-

keit ist gefragt. Populistische Forderungen sind einfach. Gestern waren es die Lehrer, heute sind es die Kindergartenbeiträge.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich möchte deutlich festhalten: Die rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten sind solide und gerecht finanziert. Wir werden die Elternbeiträge für Kindertagesstätten nicht abschaffen, weil wir die hohen Qualitätsstandards und die flächendeckende Versorgung mit wohnortnahen Kindertagesstättenplätzen erhalten wollen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Sie wissen, dass mit hohen freiwilligen Landesmitteln in den vergangenen Jahren, seit 1991, 1 900 neue Kindertagesstättengruppen mit 45 000 Plätzen und 3 000 Stellen für Erzieherinnen geschaffen wurden. Das sind Zahlen und Fakten, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Finanzierung unserer Kindertagesstätten ist im Kindertagesstättengesetz eindeutig geregelt. Träger, freie und kommunale, Eltern und selbstverständlich auch das Land beteiligen sich angemessen. Auch bei den Personalkosten ist der Landesanteil bei Gott nicht unbeträchtlich. Von 157 Millionen DM im Jahr 1991 ist er auf 333,8 Millionen DM im Jahr 1999 gestiegen.

(Beifall des Abg. Hartloff, SPD)

Hinzu kommt die Hilfe für die kirchlichen und die anderen freien Träger: In 1998 10 Millionen DM und von 1999 bis 2001 45 Millionen DM. - Wer nun etwas anderes will, indem er die Finanzierungsanteile verschiebt, muss dann aber auch sagen, wem er die zusätzlichen Kosten in die Schuhe schieben will.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Schweitzer, SPD: So ist es!)

Wollen Sie den Kommunen weitere Ausgaben aufbürden, obwohl wir doch alle wissen, dass diese finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen? Wollen Sie, dass das Land zusätzliche Ausgaben übernimmt, obwohl Sie immer behaupten, da müssen Schulden gemacht werden? Wollen Sie, dass die freien Träger, die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände, stärker zur Kasse gebeten werden?

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Prioritäten setzen!)

Meine Damen und Herren, nein, das ist nicht unser Weg. Wir erkennen die großartige Leistung der freien Träger bei der Kindertagesstättenversorgung an,

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

obwohl auch diese mit sinkenden Einnahmen zu kämpfen haben. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Ministerpräsident Beck die Vereinbarung mit den Kirchen und den anderen Trägern zur Unterstützung getroffen hat. Hier werden Ausgaben erleichtert. So tragen wir dazu bei, ein plurales Angebot auch für die Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man nun im Saarland meint, finanziell so gesegnet zu sein, dass man die Elternbeiträge schrittweise abschaffen kann,

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

so mag das kurzfristig von populistischem Erfolg gekrönt sein. Mittel- und langfristig wird man den Kindergärten, den Kindern und den Eltern einen Bärendienst erweisen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle nicht vertiefend auf die Diskussion um den Länderfinanzausgleich eingehen. Das war von vielen Seiten und den unterschiedlichsten Parteien deutlich zu lesen. Aber die Frage, ob ein Nehmerland es sich leisten könne, Wohltaten zu verteilen, wie es alle tun würden, wenn sie das Geld hierfür geschenkt bekämen, muss wohl gestellt werden dürfen.

Wer uns das Saarland als Vorbild verkaufen will, sollte der Ehrlichkeit halber auch hinzufügen, dass er die saarländischen Standards will.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Grützmaker, das sind Standards, die zu einer deutlichen pädagogischen Verschlechterung führen würden.

Wir halten am Personalschlüssel von 1,75 bei 25 Kindern fest. Wir wollen nicht den saarländischen Schlüssel von 1,5. Das sind wir den Kindern und den Eltern schuldig.

Meine Damen und Herren, es war nicht nur der Städtetag, der diesen saarländischen Alleingang ablehnt. Ich stimme ausdrücklich dem Vorsitzenden des Landeselternausschusses der Kindertagesstätten, Herrn Arzheimer, zu, der feststellt - ich zitiere -: „Wichtiger als der Wegfall der Elternbeiträge ist die Qualität der Betreuung und das flächendeckende Angebot.“

(Beifall der SPD)

Herr Arzheimer hat Recht. Er hat auch Recht, wenn er weiter feststellt, dass die saarländische Regelung unrealistisch ist

und zum Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen bei den Erzieherinnen führt und somit eine Kostenbefreiung die Eltern am Ende teuer zu stehen käme. Das wollen wir nicht.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD -
Glocke des Präsidenten)

Wir wissen, dass Kinderfreundlichkeit auch etwas damit zu tun hat, wie man mit Finanzen umgeht und wie Schulden gemacht werden bzw. nicht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Frisch das Wort.

Abg. Frisch, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung des Saarlandes und die dortige CDU-Landtagsfraktion haben etwas getan, was leider in der Politik nicht immer realisiert wird, sie haben nämlich einen Punkt in ihrem Wahlprogramm umgesetzt und ein Wahlversprechen gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit, wie sie eben von Frau Spurzem gefordert worden sind, in der Wirklichkeit bewiesen.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte: Abwarten! -
Frau Spurzem, SPD: Auf wessen Kosten?)

Ab dem 1. August 2000 entfallen die Elternbeiträge für das letzte Jahr des Kindergartens. Das ist sozusagen der Einstieg in den Ausstieg aus der direkten Beteiligung der Eltern an der Kindergartenfinanzierung. Es handelt sich dabei um einen epochalen Schritt, der vergleichbar mit dem ist, den Rheinland-Pfalz einmal getan hat, nämlich dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, wie Frau Bill eben auch ausgeführt hat.

Im Saarland hat dieser Schritt große Zustimmung gefunden. Außerhalb hat er zum Teil viel Staub aufgewirbelt. In die vorderste Linie der Kritiker hat sich der Ministerpräsident unseres Landes eingereiht.

(Beifall des Abg. Kuhn, F.D.P. -
Zuruf aus dem Hause: Hört! Hört!)

- Ja, hört, hört.

Diese Tatsache entbehrt nicht einer gewissen Logik; denn immerhin steht Herr Beck an der Spitze einer Regierung, die

zwar ständig von Kinderfreundlichkeit spricht, aber am laufenden Band gravierende Entscheidungen fasst, die gegen die Kinderfreundlichkeit wirken.

(Beifall der CDU -
Zuruf von der SPD)

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Erhöhung der Elternbeiträge - man ist also genau in die andere Richtung marschiert -, an die Abschaffung des Landesfamiliengeldes, an die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, an Bildungsabbau, an Stundentafelkürzungen und an Unterrichtsausfall.

(Beifall der CDU)

Das Pikante daran ist: Durch diese Politik ist die höchste Nettoverschuldung aller westlichen Länder angehäuft worden.

(Schweitzer, SPD: Stellen Sie sich vor,
wir hätten das alles noch gemacht,
was Sie gefordert hätten!)

Mit dieser Kritik mischt sich der Ministerpräsident in die inneren Angelegenheiten eines anderen Bundeslandes ein. Dieser Vorgang ist zunächst einmal sehr ungewöhnlich und auch nicht damit zu rechtfertigen, dass Sonderzuweisungen des Bundes an das Saarland fließen. Sonderzuweisungen sind nicht an einen Sparkommissar gekoppelt, schon gar nicht kann das ein Ministerpräsident eines anderen Bundeslandes sein, das selbst Sonderzuweisungen erhält.

(Beifall der CDU -
Ministerpräsident Beck: Das stimmt
nicht! Wir erhalten keine
Sonderzuweisungen!)

- Herr Ministerpräsident, wir sind doch auch ein Nehmerland. Ich möchte wissen, was Sie gesagt hätten, wenn Peter Müller die glorreiche Imagekampagne des Landes Rheinland-Pfalz öffentlich kritisiert hätte, mit der Sie in Rheinland-Pfalz viele Millionen unnötig verpulvern.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, das Schlimmste ist Ihre Begründung in der Sache. Sie haben die Befürchtung geäußert, dass die Abschaffung der Elternbeiträge zu mehr Anmeldungen führt, mehr Anmeldungen mehr Gruppen bedeuten und mehr Gruppen höhere Kosten nach sich ziehen. Darüber muss man zweimal nachdenken. Ihre Äußerung liegt natürlich in der Logik der Erhöhung der Elternbeiträge im Jahr 1998. Damals wollten Sie offensichtlich die Eltern davon abhalten, mehr Kinder in den Kindergärten anzumelden, damit die Kosten gesenkt werden. Das ist die Logik aus dieser Aussage.

(Beifall der CDU -
Frau Pepper, SPD: Das ist
doch unglaublich!)

Gibt es schon weitere Pläne für die Jahre 2001 oder 2002? Das Optimum aus dieser Sicht wäre, alle Kosten auf die Eltern umzulegen. Dann gäbe es keine Kinder in den Kindergärten mehr, und dann wären auch keine Aufwendungen notwendig. Es ist doch wirklich absurd, so zu argumentieren.

(Hartloff, SPD: Eine Qualitätsdiskussion haben wir nicht geführt!)

War es denn nur ein Märchen, das wir bisher alle gemeinsam vertreten haben, dass in Rheinland-Pfalz schon eine hundertprozentige Versorgung bei den Kindergärten herrscht? Jetzt frage ich mich, weshalb noch mehr Plätze benötigt werden, wenn noch mehr Kinder angemeldet werden. Es gibt doch eine hundertprozentige Versorgung. Streben wir etwa eine Versorgung von 105 % oder 110 % an, um eine wirkliche Versorgung zu erreichen?

(Beifall der CDU)

Das sind Rätsel über Rätsel, kann man dazu nur sagen,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

aber nicht im Sinne des Orakels von Delphi, sondern in Bezug auf eine Frage: Herr Ministerpräsident, welche Gründe haben Sie zu einer solchen Äußerung getrieben? - Es kann doch nur die Angst davor sein, dass die rheinland-pfälzische Familien- und Kinderpolitik mit dem kontrastiert wird, was andere Bundesländer machen. Bei diesem Vergleich sehen wir nicht gut aus.

(Beifall der CDU)

Es ist doch vollkommen klar, dass es absolut unglaublich ist, wenn Sie ständig vom kinderfreundlichen Rheinland-Pfalz sprechen, aber in Wirklichkeit weit von der Realität in anderen Bundesländern entfernt sind. Das, was Sie sagen, ist reine Propaganda. Man kann wirklich nur sagen: Si tacuisses, philosophus mansisses. - Besser hätten Sie geschwiegen und vor Ihrer eigenen Tür gekehrt.

(Beifall der CDU -

Zurufe der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich orakle nicht delphisch, sondern ich handle verantwortlich rheinland-pfälzisch.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

In den zurückliegenden Jahren haben wir im Bereich der Kindergärten sehr oft Reden gehalten. Es ging um inhaltliche Konzeptionen, sachliche und personelle Ausstattung und finanzielles Engagement von Land, Kommunen und kirchlichen Trägern. Das Land hat sich in hohem Maße engagiert und damit dazu beigetragen, dass ein enges Netz von Kindertagesstätten geknüpft werden konnte.

Damit ging einher, dass der Personalbestand im Kindergartenbereich erheblich anstieg. Mit diesem Handeln haben wir natürlich auch kommunale und kirchliche Träger sowie Eltern vor neue Anforderungen gestellt; denn Angebotsverbesserungen können nicht nur gefordert werden, sondern sie müssen auch bezahlt werden. Zahlen dazu nannte bereits Frau Spurzem, weshalb ich sie nicht wiederhole.

Zwar werden von allen Seiten die erreichten Verbesserungen begrüßt. Das wundert niemanden. Dass damit noch längst nicht allen vorgetragenen Wünschen Rechnung getragen werden konnte, ist auch kein Geheimnis. Dass unsere finanziellen Ressourcen nicht unbegrenzt sind, muss ehrlicherweise angesprochen werden. Auch in diesem Bereich müssen Leistungen anderen Leistungen gegenüberstehen. Dies gilt vor allem dann, wenn bei allen Reden zu diesem Vorhaben immer wieder bedauert wurde, dass durch die Bindung aller Mittel auf den Kindergartenbereich Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei und über sechs Jahren nicht mehr in wünschenswerter Weise gefördert werden können.

Die in diese Richtung weisenden Wünsche von Eltern zeigen, dass ihr Hauptaugenmerk auf der Betreuungsfunktion der Einrichtungen und damit einhergehend in der Verwirklichung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie liegt. Dass dies uns nicht entbindet, die Rolle des Kindergartens auch als Bildungsangebot, als Ort der Frühförderung zu bedenken, dürfte Konsens sein. Dies würde aber in logischer Konsequenz zu einer Reihe wesentlicher Änderungen von Inhalten in Kindergärten bis hin zur Ausbildung der Erziehungskräfte führen.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Dieses Angebot, den Bildungsbereich kostenfrei zu stellen, wäre zweifellos wünschenswert. Dass nun trotz gähnender Leere in der Landeskasse das Saarland diesen Weg als Erster beschreitet, ruft, wen könnte es wundern, Widerstand in anderen Bundesländern hervor. In einer Zeit, in der es um die Neukonzeption des Bund-Länder-Finanzausgleichs geht, ist die Aussage von Geberländern getroffen worden: „Lasst uns mehr von unserem eigenen Geld, dann könnten wir auch diesen Schritt gehen; mit fremder Leute Geld lässt sich gut andere Leute Kindergärten finanzieren.“

(Zuruf der Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Äußerung wurde vom hessischen Wirtschaftsminister getätigt, der ein CDU-Parteibuch besitzt.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU -
Itzek, SPD: Ruhe, Herr Kramer!)

Lassen Sie uns den bisher beschrittenen Weg konsequent weitergehen, alle, Land, Kommunen, freie Träger und Eltern, finanziell einzubinden. Nur so schaffen wir es, das dichte Netz der Kindertagesstätten aufrechtzuerhalten, inhaltliche Fortentwicklungen zu ermöglichen, die Ausdehnung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten voranzutreiben und finanzielle Spielräume für Kinder unter drei und über sechs Jahren zu gewinnen.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Selbst die Eltern befürworten die Freistellung nicht. Das war in der Presse zu lesen. Vielleicht haben sie sich im Gegensatz zu Ihnen über die Standards im Saarland informiert.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Staatsministerin Frau Dr. Rose Götte das Wort.

(Kramer, CDU: Da sind
wir gespannt!)

**Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lelle, zu Ihrer Information:

(Kramer, CDU: Das ist Herr Frisch!)

- Herr Frisch, es gibt nur zwei Länder, die Sonderzuweisungen des Bundes erhalten, nämlich das Saarland und Bremen.

(Zuruf des Abg. Frisch, CDU)

Diese Sonderzuweisungen sind an bestimmte Auflagen gebunden. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Herr Frisch, Sie konnten nicht dabei sein, als die Jugendministerinnen und Jugendminister der Länder getagt haben. Ich versichere Ihnen, dass die Reaktionen auf diese saarländische Aktion von CDU-Ministern deutlich schärfer waren als die des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten.

(Kramer, CDU: Das glaube ich nicht!)

Die saarländische CDU hat sich im Wahlkampf dazu hinreißen lassen, den vollständigen Abbau der Elternbeiträge für den Kindergarten zu versprechen. Das war auch insofern ein gutes Wahlkampfthema, weil dort die Eltern nicht wie bei uns mit bis zu 17,5 % an den Personalkosten zur Kasse gebeten werden, sondern mit 25 %. Daher war das ein Thema, das gut ankam. Folglich hat auch der saarländische Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 27. Oktober erklärt: „Unser Ziel ist es, die Elternbeiträge für die Kindergärten stufenweise auf null zu reduzieren.“

Herr Frisch, auffällig ist allerdings, dass das Parlament am 1. August 2000 lediglich für das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt die Beitragsbefreiung beschlossen hat ohne jeden Hinweis darauf, dass das nur die erste Stufe der Entlastung sein soll. Auch von Verpflichtungsermächtigungen konnte ich nichts lesen. Mir scheint, das Land hat kalte Füße bekommen, und das nicht ohne Grund.

(Kramer, CDU: Warum wollen
Sie das schlechtreden?)

Das Saarland ist das finanzschwächste westliche Land. Es erhält erhebliche Mittel aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich, und es ist - wie gesagt - neben Bremen das einzige Land, das vom Bund Sonderzuweisungen für seine Haushaltsnotlage unter ganz bestimmten Voraussetzungen erhält. Die Zahlung dieser Haushaltsnotlagenzuweisung ist verbunden mit der verbindlichen Auflage, für eine äußerst sparsame und restriktive Ausgabengestaltung zu sorgen. Insgesamt erhielt das Saarland 1999 aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich 1 934 DM pro Einwohner. Das ist mehr als das Sechzehnfache dessen, was Rheinland-Pfalz mit 120 DM pro Einwohner erhält.

In der aktuellen Diskussion zur Reform des Länderfinanzausgleichs, die keineswegs wir angestoßen haben, weist die saarländische Regierung auf die extreme Finanznot ihres Landes hin. Sie hat bereits im Vorfeld einen besonders intensiven und hohen Ausgleich gefordert und weist alle Forderungen finanzstärkerer Länder, insbesondere die von Bayern, aber auch die von Baden-Württemberg, auf Reduzierung der Ausgleichszahlungen zurück.

Mit ihrer Entscheidung zu den Kindergartenbeiträgen hat die saarländische Landesregierung - nur das hat der Ministerpräsident festgestellt - in der Auseinandersetzung um den künftigen Länderfinanzausgleich zunächst einmal die Position des Saarlandes selbst deutlich verschlechtert. Aufgabe des Finanzausgleichs ist die finanzielle Absicherung der Pflichtaufgaben. Ausdrücklich nicht finanziert werden sollen solche Aufgaben, die auf einer autonomen politischen Entscheidung einer Landesregierung beruhen. Das Saarland wird sich also angesichts der verhärteten Fronten - wir haben uns mehrfach bemüht, die verhärteten Fronten wieder aufzuwei-

chen - künftig sehr schwer tun, seine Finanznot auf der Basis von Pflichtaufgaben glaubwürdig zu erklären.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir gehen in Rheinland-Pfalz einen anderen Weg.

(Kramer, CDU: Sie gehen den falschen Weg!)

Abgesehen davon, dass unsere Elternbeiträge mit 105 DM bis 165 DM, also durchschnittlich 136 DM im Monat, zu den niedrigen im Bundesvergleich gehören und abgesehen davon, dass bei uns jedes Kind das Recht hat, sieben Stunden am Tag den Kindergarten zu besuchen, während es im Saarland nur sechs Stunden sind, und abgesehen davon, dass die rotgrüne Bundesregierung das Kindergeld zum Glück erhöht hat, ist es für uns selbstverständlich, dass niemand wegen Geldmangels vom Kindergartenbesuch ausgeschlossen werden darf.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wer den Elternbeitrag nicht aufbringen kann, besucht den Kindergarten kostenlos. Wer mehrere Kinder hat, für die er Kindergeld bezieht - es müssen nicht mehrere Kinder sein, die den Kindergarten besuchen, sondern mehrere Kinder insgesamt -, zahlt weniger oder gar nichts.

(Beifall der SPD)

Uns kam es vor allen Dingen darauf an, die qualitativen Standards gegen alle Angriffe zu verteidigen. Es war insbesondere der Ministerpräsident, der mit mir zusammen dafür gesorgt hat, dass diese umkämpften Standards nicht angetastet wurden;

(Beifall der SPD)

denn im Gegensatz zum Saarland, in dem mit einem Personalschlüssel von nur 1,5 die Gruppen eindeutig unterversorgt sind, haben wir an einem Personalschlüssel von 1,75 ohne die Anrechnung von Praktikanten festgehalten.

(Kramer, CDU: Das war unser Vorschlag! -

Mertes, SPD: Ja, ja, ja! -

Frau Spurzem, SPD: Deshalb habt ihr es damals auch nicht gemacht!)

- Wir haben ihn erhöht, nachdem wir die Regierung übernommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Weil wir an diesen Standards festhalten, hat auch der Landeselternausschuss der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz - das halte ich für sehr interessant und beachtenswert - in einem Schreiben vom 8. August 2000, also in einem hochaktu-

ellen Schreiben, deutlich gemacht, dass ihm die Sicherung dieser Standards wichtiger ist als die Befreiung vom Elternbeitrag für alle Eltern unabhängig vom Einkommen.

(Schweitzer, SPD: Recht hat der Mann!)

Uns geht es darum, nicht nur die Qualitätsstandards, Personalschlüssel und Gruppengröße, auch für die Zukunft zu sichern. Ich werde kein Jota vom Erreichten abweichen. Das sichere ich von dieser Stelle aus dem Landeselternausschuss für Kindertagesstätten noch einmal zu.

Wir wollen unsere Kindertagesstätten durch Qualitätsmanagement weiterentwickeln zu Häusern, in denen sich möglichst alle Kleinkinder zu fröhlichen, gescheiten, musikalischen, neugierigen, sozialen und gewandten Schulkindern entwickeln können, und zu Kindertagesstätten, die denjenigen, die es besonders notwendig haben, auch besondere Zuwendung zukommen lassen.

Wir sind meiner Meinung nach auf dem richtigen Weg, insbesondere wenn Sie die Gesamtheit der Maßnahmen, ein kinderfreundliches Land zu bleiben und es immer stärker zu werden, betrachten. Die 600 zusätzlichen Lehrerstellen sind auch ein wichtiger Beitrag dazu.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Frau Dr. Götte hat in keiner Weise zum Thema „Beitragsfreiheit“ Stellung bezogen,

(Zurufe von der SPD: Sie haben nicht zugehört!)

sondern sich nur auf das Saarland eingelassen. Der Vorstoß des Saarlandes wird von uns allein deshalb begrüßt, weil die Diskussion darüber, ob uns unsere Kinder nicht nur lieb, sondern auch teuer sind, einfach wieder einmal im Mittelpunkt steht.

(Beifall der Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, dass es noch große Defizite gibt. Das hat uns auch das Bundesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben.

Gerade vor dem Hintergrund der Altersentwicklung werden die Potenziale unserer Kinder von der Gesamtgesellschaft in

Zukunft in einem ganz neuen Ausmaß genutzt werden. Ein beitragsfreier Kindergarten kann auch als ein Bestandteil des Generationenvertrags verstanden werden, der schon lange nicht mehr eins zu eins abgeschlossen wird. Das bedeutet, die Gesamtgesellschaft muss, wenn es um Kinder geht, natürlich immer mehr als die Eltern selbst in die Pflicht genommen werden. Es muss einfach ein höherer Anteil her.

Meine Damen und Herren, wenn alles so rosig wäre, wie Sie das für Rheinland-Pfalz schildern, muss die Tatsache berücksichtigt werden, dass wir immer noch kein den Bedarf deckendes Kindertagesstättenwesen haben, geschweige denn ein angebotsorientiertes Kindertagesstättenwesen, weil im Zuge der Kindertagesstättenentwicklung vieles versäumt wurde. Ich spreche nur die Präferenz auf Häuser für Kinder an, die nie gesetzt worden ist. Dadurch hätte man sehr viel sparen können und sie hätten für die Kinder unter drei Jahren und über sechs Jahre sehr viel mehr gebracht als Ihre Politik.

Tatsache ist, dass in Rheinland-Pfalz immer mehr Belastungen auf die Kommunen und auf die Eltern abgewälzt worden sind.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Die Eltern werden als Solidargemeinschaft innerhalb der Gesamtgesellschaft immer mehr zur Kasse gebeten statt weniger. Das ist der eigentliche Skandal, der auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vollkommen widerspricht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Landeselternausschuss: Die Eltern zahlen für immer weniger Qualität immer höhere Beiträge. Inzwischen sind wir so weit, dass die Angst der Eltern und das Misstrauen gegen die Verantwortlichen derart hoch ist, dass sich der Landeselternausschuss dazu hat hinreißen lassen,

(Glocke des Präsidenten)

vor lauter Angst vor weiterem Qualitätsabbau die Forderung nach Beitragsfreiheit weit von sich zu weisen.

Meine Damen und Herren - das ist mein letzter Satz -, das ist kein gutes Zeichen. Es spricht nicht für die Kinderfreundlichkeit in diesem Land, dass ein Landeselternausschuss sich so defensiv verhält, sondern es spricht für die Angst und die Sorge, dass der im Vergleich zu anderen europäischen Ländern niedrige Standard unseres Kindertagesstättenwesens tagtäglich mit Zähnen und Klauen zu verteidigen ist und dass kaum noch ein Mensch, auch nicht der Landeselternausschuss, an eine Weiterentwicklung glaubt oder gar den Mut hat, eine solche Weiterentwicklung auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Präsident Grimm:

Frau Kollegin, das war ein langer Satz.

Ich erteile der Abgeordneten Frau Spurzem das Wort.

Abg. Frau Spurzem, SPD:

Bei dem, was Frau Bill gerade über die erwachsenen Menschen, die sich in einem Landeselternausschuss zusammengeschlossen haben, geäußert hat, hat es mir den Atem verschlagen. Sie sprechen den Leuten alles ab und nichts zu. Das darf nicht wahr sein.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Wie lieb und teuer uns die Kinder sind, habe ich Ihnen anhand der Zahlen gesagt. Wir haben allein 1999 über 300 Millionen DM an Personalkostenzuschüssen gegeben.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

-Scheinbar behalten Sie diese nicht, wenn Sie davon reden, es werde kein Geld ausgegeben. Die absurde Argumentation und die Vorwürfe von Herrn Frisch wurden nur noch von Herrn Dr. Weiland übertroffen, der unseren Ministerpräsidenten gar als eiskalten machtpolitischen Geiselnehmer von Familien sieht. Das war einmal eine kämpferische Schlagzeile, nur wollte diesen Unsinn niemand.

Lieber Herr Dr. Weiland, es gibt das Aktionsbündnis für Kinder. Vor ein paar Tagen hätten Sie sich die Erfolge der Landesregierung und aller Ressorts im Kurfürstlichen Schloss ansehen können. Die Landesregierung und ihre Ressorts arbeiten kontinuierlich an diesem Aktionsbündnis und stellen keine populistischen Forderungen. Von Ihrer Fraktion war leider an diesem Vorstellungstag niemand anwesend.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Kinder- und familienfreundlich ist es auch, eine gute Finanzpolitik zu machen und die Zukunft der Kinder nicht mit Schulden zu belasten.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Trotz hoher pädagogischer Standards liegen wir in Rheinland-Pfalz bei den niedrigsten Elternbeiträgen in Deutschland. Das ist Leistung und kinder- und familienfreundlich. Wir brauchen keinen Populismus. Wir werden auch weiterhin kontinuierlich für die Kinder und Familien in Rheinland-Pfalz arbeiten.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das tun wir seit Jahrzehnten
hier, Frau Spurzem!)

Wir würden besser über die qualitative Weiterentwicklung reden als darüber, wie etwas freigestellt wird.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hammer das Wort.

Abg. Frau Hammer, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat gestern von diesem Pult aus gesagt - ich zitiere -: „Über das Verhalten der rheinland-pfälzischen Landesregierung entscheidet allein die Landesregierung Rheinland-Pfalz.“

Wenn dieser Satz richtig ist - im Zusammenhang mit der Steuerreform, die wir gestern diskutiert haben, kann man das allerdings bezweifeln -, dann gilt er allemal auch für das Saarland.

(Beifall bei der CDU)

Die saarländische Landesregierung hat das Recht, über ihre Belange zu entscheiden, und zwar ohne dass andere das öffentlich kritisieren. Mein Kollege Frisch hat schon darauf hingewiesen. Was hätte der Ministerpräsident wohl gesagt, wenn seine Imagekampagne von den anderen Ministerpräsidenten der Nehmerländer kritisiert worden wäre?

(Kramer, CDU: Genau!)

Rheinland-Pfalz ist Nehmerland. Rheinland-Pfalz bekommt Geld aus dem Länderfinanzausgleich. Ohne Bundesergänzungszuweisungen waren das 1998 431 Millionen DM, mit Bundesergänzungszuweisungen 1,6 Milliarden DM.

- Herr Ministerpräsident, mir liegt eine Statistik von 1998 vor, nach der Rheinland-Pfalz Bundesergänzungszuweisungen bekommen hat. Ich kann Ihnen diese Statistik gern zur Verfügung stellen.

Von daher gilt es festzuhalten, dass das Saarland das Recht hat, sein Geld so auszugeben, wie dies für richtig gehalten wird. Das Saarland hat seinen Schwerpunkt auf die Beitragsfreiheit für Eltern in Kindergärten gesetzt. Andere Länder zahlen zum Beispiel das dritte Erziehungsjahr für Familien. Das ist auch vom Ministerpräsidenten noch nicht kritisiert worden.

Die CDU-Fraktion wünscht sich dringend eine Flexibilisierung im Angebot für unter Dreijährige und über Sechsjährige. Wir wissen, dass es in diesem Bereich einen großen Bedarf für Eltern gibt. Wir würden gern hier unseren Schwerpunkt setzen, zumal zurückgehende Zahlen der Kindergartenkinder Kapazitäten frei machen, die für zusätzliche Angebote genutzt werden können. Dafür möchten wir uns einsetzen.

Unbeschadet dessen sagen wir ganz klar, dass jedes Land das Recht hat, sein Geld so auszugeben, wie es dies für richtig hält. Daran wollen wir festhalten. Das gilt auch für das Saarland.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Frau Bill, zugegeben werden muss, dass durchaus nicht alles zum Besten ist.

(Beifall des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht richtig ist jedoch, all das niederzureden, was besser geworden ist, und damit alles zu konterkarieren.

Regional gibt es mit Sicherheit Unterschiede. Das liegt aber mitunter auch an der räumlichen Situation und der Kleinheit der einzelnen Kommunen. Auf der anderen Seite gibt es Gebietskörperschaften, die schon wieder einen ganz erheblichen Überhang haben. Hier müssen wir uns Gedanken machen, was man mit den Kapazitäten anfangt.

Wir wollen mit Sicherheit erreichen, die Kapazitäten, die sich ergeben, in Zukunft für integrative Formen verstärkt zu nutzen. Dazu benötigt man auch die finanziellen Ausstattungen.

Mich hat es geschaudert, als die Eltern wie vor einer diktatorischen Regierung zähneklappernden Gemeinschaft in die Ecke gestellt worden sind, die überhaupt nicht mehr wagt, etwas zu sagen. Sie hätten sich wohl auch nicht in dieser Form in der Zeitung geäußert. Die Damen und Herren, die sich beteiligen, sind mündige Bürger, selbst wenn sie mitunter nicht alles genehmigt bekommen, was sie sich gern wünschen. Wir müssen trotzdem für ihre Anliegen ein offenes Ohr haben.

(Beifall des Abg. Hartloff, SPD)

Ich komme zum Saarland. Frau Ministerin Dr. Götte hat es angesprochen. Es ist eine geschickte Sache, sich mehr in die Schulden hineinzureiten, damit man beim Finanzausgleich ein bisschen mehr herausholen kann. Das ist nicht fair.

Man muss vergleichen, welche Angebote es im Saarland für dieses Geld gibt und welche Anstrengungen das Land Rheinland-Pfalz unternommen hat, um bessere Standards anzubieten und diesen auch gerecht zu werden. Wichtig ist, ehrlich zu argumentieren.

Die Kinder, denen wir heute mit einem Schuldenberg diese Freiheit gestatten würden, werden diejenigen sein, die das morgen mit Zins und Zinseszins als Erwachsene zurückzahlen haben. Was sie dann mit ihren eigenen Kindern machen, müssen sie sehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Ministerpräsident Beck:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist überhaupt keine Frage, dass die Entscheidungsfreiheit der Landtage und der Landesregierungen der einzelnen Länder auch für die Zukunft stehender Grundsatz im Umgang miteinander ist. Das habe ich nicht in Zweifel gezogen und werde es nie - zumindest nicht ohne meinen Widerspruch - in Zweifel ziehen lassen.

Es ist aber auch so, dass wir derzeit in einer der wichtigsten und schwierigsten Verhandlungssituationen stehen, die es für die Länder untereinander und für die Länder in der Beziehung zum Bund in den letzten Jahrzehnten gegeben hat, weil uns das Bundesverfassungsgericht aufgegeben hat, ein Maßstäbengesetz und darauf aufbauend einen neuen Länderfinanzausgleich zu konstruieren.

Dies geschieht in sehr sorgfältigen Vorbereitungsrunden auf der Ebene der Finanzminister und Finanzstaatssekretäre, aber auch in sehr sorgfältigen Vorbereitungsrunden im Kreis der Ministerpräsidenten. Wir haben uns auf eine Reihe von grundsätzlichen Überzeugungen geeinigt. Dazu gehört auch, dass wir im Rahmen der Diskussionen um den Länderfinanzausgleich sicherstellen wollen, dass kein Land wegen einer Haushaltssituation, in die es kommen würde, wenn im Länderfinanzausgleich bestimmte Entscheidungen getroffen würden, in seiner Existenz bedroht werden darf.

Wir haben darüber hinaus deutlich gemacht, dass wir einen fairen Ausgleich wollen. Das muss zum einen dem gerecht werden, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, nämlich den Geberländern.

Es muss zum anderen aber auch so sein, dass die Nehmerländer ihre Aufgaben auch weiterhin erfüllen können. Wir, die wir nicht Nehmerland in vorderster Linie, aber dennoch Nehmerland im Finanzausgleich sind, müssen natürlich ein Interesse haben, uns dort so zu positionieren, dass wir am Ende nicht diejenigen sind, die im Verhältnis zu den anderen draufzahlen. In all diesen Konstellationen gibt es eine Konstellation, in der sich bisher zehn Länder zusammengefunden

haben, die gemeinsam versuchen, ihre Position aus der Sicht der Nehmerländer bzw. aus der Sicht des Landes Hamburg, das andere Interessen einbringt, zu formulieren.

Als ich mich zu dieser Entscheidung im Saarland geäußert habe, wollte ich deutlich machen, dass unsere Position, nämlich die Position dieser zehn Länder, natürlich ungleich schwerer wird, wenn ein Land, das zusätzlich noch die Haushaltsnotlage erklärt hat, um die Bundesergänzungssonderzuweisungen zu erhalten, was ich überhaupt nicht kritisiere, sondern lediglich feststelle - das gilt im Übrigen auch für Bremen -, aus einer der Grundabsprachen ausscheidet. Diese lautet, dass wir uns nicht gegenseitig in massiven finanziellen Größenordnungen, insbesondere auf der konsumtiven Seite, in Zugzwänge bringen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das ist der Punkt. Ich habe nicht die Entscheidung im Saarland kritisiert, sondern habe unsere Interessen in dieser schwierigen Konstellation formuliert und artikuliert, nicht mehr und nicht weniger.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker und des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Recht nehme ich mir auch in Zukunft, und ich glaube, es ist meine Pflicht, mich diesbezüglich zu äußern, um nicht falsch eingeordnet zu werden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich möchte zu einem zweiten Punkt Stellung nehmen, weil inhaltliche Fragen an mich gestellt wurden, die in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt haben. Herr Frisch, ich möchte gern noch einmal darstellen, was dies mit dem Auslösen von zusätzlichen Bedarfen zu tun hat.

Nach dem Bundesrecht ist - im Übrigen gegen unseren Widerstand, damals zu den Zeiten, in denen Sie die Regierungsverantwortung innehatten; Frau Merkel war die zuständige Ressortchefin - gegen den Bundesrat durchgesetzt worden, dass die Geburtstagsregelung als Datum des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz eingeführt worden ist.

(Kramer, CDU: Das war unsere Vorlage!)

- Lieber Herr Kramer, ich würde Sie gern zu unserem Berater machen, wenn ich Sie dazu einladen darf; denn solche gravierend wichtigen Beiträge dürfen nicht untergehen.

(Kramer, CDU: Sehr gut! -
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Die Länder waren sich einig, im Übrigen auch mit der kommunalen Ebene wie auch mit den frei gemeinnützigen Trägern, die einen großen Teil der Last tragen, dass diese Ge-

burtstagsregelung ein erhebliches Problem beinhaltet, da somit die Kalkulierbarkeit der Zahl der Kinder, die tatsächlich einen Kindergartenplatz nachfragen, nur sehr schwer möglich war. Wir sind im Westen das einzige Land, das die Versorgung mit Kindergartenplätzen 100 % erfüllt, ja übererfüllt hat.

Es hat sich gezeigt, dass in dem halben Jahr nach dem dritten Geburtstag eines Kindes die Inanspruchnahme durch die Eltern sehr gering ist, also nur ein Teil von schätzungsweise 40 % der Kinder - dies ist natürlich vor Ort schwankend - im Kindergarten angemeldet wird.

Es ist die Überzeugung aller, die sich an diesem System beteiligen und darüber diskutieren, auch auf der kommunalen Verantwortungsebene, dass die Verlockung, ein Kind vorsorglich anzumelden, sehr groß ist, wenn keine Elternbeiträge mehr erhoben werden. Die Eltern sagen, ich melde mein Kind einmal an, und wenn es noch nicht geht, weil der Entwicklungsstand noch nicht weit genug ist, weil das Kind noch nicht sauber ist und sich nicht meldet, wenn es auf die Toilette muss, ---

Wenn ein Kind angemeldet ist, müssen entsprechende Kindergartenplätze vorgehalten werden, die zu einem Teil - bis zu 60 %, in dieser Größenordnung - nicht nachgefragt werden. Dies ist in der Größenordnung eines Landes wie Rheinland-Pfalz und seiner Gemeinden eine erhebliche zusätzliche Unsicherheit und wahrscheinlich - so sagen die Fachleute - eine zusätzliche Belastung, ein Investitionsschub und ein Zurverfügung-Halten von Personal und entsprechenden Sachkosten, die wir zwar derzeit nicht brauchen, aber dennoch über 101 % der tatsächlichen Nachfrage erfüllen.

Das ist nicht meine Erfindung. Reden Sie einmal mit den Leuten, die in diesem Geschäft tätig sind, und Sie werden dies bestätigt bekommen.

Wer der Meinung ist, der Elternbeirat des Landes Rheinland-Pfalz habe keinen Überblick darüber, sondern er reagiere so, weil er unter Druck gesetzt werde oder Angst habe, und alles an pädagogischen Entwicklungen würde wegradiert, der täuscht sich. Ich warne alle Gutmeinenden und Leichtgläubigen in dieser Frage. Was meinen Sie, wie schwierig es wird, auch in der Diskussion mit unseren kommunalen Partnern, sicherzustellen, die 1,75 Kräfte pro Gruppe sowie die anderen pädagogischen Standards, an denen wir in Rheinland-Pfalz festhalten werden, aufrechtzuerhalten, wenn es Gruppen gibt, die aufgrund der Tatsache, dass ein Kind zwar angemeldet ist, der Platz jedoch nicht in Anspruch genommen wird, über ein halbes Jahr oder länger nur zu einem Drittel, einem Viertel, vielleicht auch zur Hälfte besetzt sind? - Glauben Sie, dass jemand auch weiterhin seine Position aufrechterhalten kann, zu sagen, solche Gruppen bleiben weiterhin pädago-

gisch so ausgestattet, dass auch dort noch eine zweite Fachkraft vorhanden ist, wenn einmal eine Kraft ausfällt?

(Zuruf der Abg. Frau Bill und des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, ich bestätige es nicht, liebe Frau Bill. Ich sage genau das Gegenteil. Sie sind gutwillig, das möchte ich gern einräumen, aber in dieser Frage leichtfertig in der Argumentation und in der Denkweise. Das kann man nicht anders sagen.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rate Ihnen, sich daran zu erinnern, wie Sie oder Ihre eigenen kommunalen Hauptwahlbeamten argumentieren, wenn es um die Frage der Beibehaltung dieser hohen Standards in Rheinland-Pfalz geht.

Verehrter Herr Frisch, das war mein Argument und nicht das, was Sie zu konstruieren versucht haben. Manchmal ist es zulässig, einen Gedanken zu Ende zu denken, bevor man eine solche Diskussion führt. Das ist in der Tat richtig und wichtig.

Meine Damen und Herren, ich betone noch einmal, in diesem Land Rheinland-Pfalz bleibt es bei dem, was wir an hohen pädagogischen Standards mit den niedrigsten Elternbeiträgen in Deutschland erreicht haben. Aber es bleibt auch bei der finanzpolitisch seriösen Linie. Wenn Rheinland-Pfalz das umsetzen würde, was das Saarland vorgegeben hat, so bin ich überzeugt, dass es vor dem Hintergrund der saarländischen Haushaltssituation nie zur Umsetzung dieses Anspruchs für den gesamten Kindergarten kommen kann. Aber das ist meine persönliche Wertung. Das ist unmöglich, oder ich kann nicht rechnen und keinen Haushalt zusammenfriemeln.

(Zuruf des Abg. Frisch, CDU)

Ich sage Ihnen, das ist unmöglich. Vollziehen Sie es einmal in drei oder vier Jahren nach, ob für alle Kinder das erreicht wurde, was versprochen worden war. Aber lassen wir es einmal auf sich beruhen. Wir können es getrost abwarten.

(Frisch, CDU: Lassen Sie es doch
die Saarländer entscheiden!)

Ich sage Ihnen nur, für Rheinland-Pfalz würde ein solcher Schritt der Befreiung der Eltern von Kindergartenbeiträgen zusätzliche konsumtive Ausgaben von über 150 Millionen DM im Jahr bedeuten. Ich nehme an, niemand wird behaupten, das könne man den Kommunen überstülpen. Frau Spurzem hat diesbezüglich völlig Recht.

Meine Damen und Herren, darin ist noch eine Unwägbarkeit für die zusätzlichen Plätze, die wir schaffen müssten und die nach aller Erfahrung zu einem großen Teil nie genutzt wür-

den. Insoweit möchte ich wissen, wie wir die 150 Millionen DM, die nicht einmal auftreten, sondern dauerhaft bestehen bleiben werden, aus dem Landeshaushalt des Landes Rheinland-Pfalz decken sollen. Wenn Sie dazu eine Antwort geben könnten, wären wir schon ein ganzes Stück weiter. Dazu habe ich noch keine Antwort erhalten. Verehrte Frau Bill, auch von Ihnen nicht. Ein heißes Herz mag sehr gut sein, das möchte ich Ihnen zubilligen. Aber wenn Sie auf diese Art und Weise Politik betreiben würden, so wären wir innerhalb von drei Jahren zahlungsunfähig und würden nicht darüber reden, ob wir Verbesserungen einführen können, sondern darüber, dass wir das, was wir an Standards erreicht haben, nicht mehr verantworten könnten und abbauen müssten. Das sind die Zusammenhänge.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das hat doch niemand gefordert! -

Keller, CDU: Das hat niemand gefordert! Hören Sie einmal richtig zu!

- Lieber Herr Keller, Sie sind ein lauter Mann.

(Dr. Weiland, CDU: Das müssen gerade Sie sagen!)

Ich muss Ihnen einmal etwas erzählen. Früher hat hier einmal ein Kollege zu einem anderen Kollegen, der in Ihren Bänken saß, etwa in der Höhe, in der Sie jetzt sitzen, gesagt: „Lieber Herr Kollege“ - ich nenne jetzt den Namen nicht mehr, er hat es auf schön westpfälzisch gesagt -, „Sie brauchen ein paar Ohrringe.“ - Dann hat er zurück gerufen: „Warum?“ - Dann hat er gesagt: „Damit man weeb, wo bei Ihnen das Maul uffhört und de Ohre anfangt.“ -

(Keller, CDU: Das war ein Witz! - Zurufe von der CDU)

- So ist es bei Ihnen auch. Das war kein Witz, das ist eine Realität in diesem Landtag. Ich habe Ihnen eben nur eine Geschichte erzählt. Also meine Damen und Herren, machen Sie sich keine Gedanken.

(Weitere Zurufe von der CDU - Frisch, CDU: Wenn es eine schöne Geschichte wäre, hätten wir applaudiert!)

- Jetzt können Sie nicht einmal mehr über eine schöne Geschichte lachen. Seien Sie doch nicht so verbissen. Es ist doch eine schöne Geschichte. Herr Frisch, seien Sie doch nicht so verbissen.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Eltern in diesem Land Rheinland-Pfalz können davon ausgehen, dass es bei der seriösen und, was Pädagogik, Ausstattung und Zahl der Plätze

angeht, sich in der Spitze der Bundesrepublik Deutschland befindenden Kindergartenpolitik in diesem Lande Rheinland-Pfalz bleibt. Aber finanzielle Abenteuer werden wir in diesem Land Rheinland-Pfalz nicht eingehen. Ich möchte das unterstreichen, was Frau Spurzem und auch Frau Pahler gesagt haben. Wer meint, dass man gerade den Kindern einen Gefallen erweist, wenn man Schuldenberge erhöht und für ihre Zukunft die Handlungsfähigkeit verbaut, der irrt.

Im Übrigen möchte ich sagen, diejenigen, die mehrere Kinder haben, aber sehr wenig verdienen, sind in Rheinland-Pfalz deutlich entlastet. Wenn man sehr wenig verdient, zahlt man keinen Kindergartenbeitrag in Rheinland-Pfalz. Das sollte man mit dazu sagen, damit auch die soziale Seite nicht zu kurz kommt.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Jeder Fraktion stehen noch eineinhalb Minuten Redezeit zu.

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau Bill.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Beck, ich möchte nur sagen, die Schulen sind auch beitragsfrei. Es hat diese Debatten dazu auch gegeben.

(Ministerpräsident Beck: Das ist doch etwas anderes! Das ist Pflicht!)

Es war auch eine Entwicklung. Ich freue mich, dass Sie im Prinzip bestätigt haben, was den Landeselternausschuss angeht, Herr Beck. Natürlich achte ich diesen Landeselternausschuss. Sie wissen ganz genau, wie wir darum gekämpft haben, dass die Eltern gefördert werden, dass sie überall mitreden können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass sie für ihre Kinder das Beste wollen. Ich weiß auch, dass sie mit der Abwehr von Verschlechterungen derart beschäftigt sind, dass sie sich gar nicht mehr damit befassen können, was vielleicht Weiterentwicklung sein könnte. Sie haben dafür relativ wenig Zeit. Sie haben Ängste und Sorgen. Das bekomme ich jeden Tag in Briefen und anderem mitgeteilt - Sie ganz sicher auch. Deswegen möchte ich mich noch einmal dagegen verwahren, das so hinzustellen, als würde ich dem Landeselternausschuss absprechen, irgendwas zu sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Herr Beck, schon Aristoteles hat gesagt: Was in einem selbst nicht brennt, kann man in anderen nicht entzünden.
- Deswegen: Ein heißes Herz kann in der Politik ein Vorteil sein.

(Heiterkeit und Beifall bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und CDU)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Kollege Frisch.

Abg. Frisch, CDU:

Herr Ministerpräsident, ich muss leider nach Ihren Ausführungen sagen, Sie haben uns in keiner Weise überzeugt.

(Ministerpräsident Beck: Damit
werde ich leben müssen!)

Die Argumentation, die Sie hier vorgetragen haben, war fadenscheinig. Sie haben das Problem an einem Punkt aufgehängt, dass es nämlich Eltern geben könnte, die dann, wenn keine Elternbeiträge zu zahlen sind, ihre Kinder prophylaktisch anmelden und dann nicht hinschicken. Das ist einfach eine Behauptung, mit der Sie dieses ganze System infrage stellen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten sich vielleicht etwas stärker mit der Praxis beschäftigen sollen. Auch wir haben Kontakte zu den Kindertagesstätten. Ich denke, das ist einfach nur ein Vorwand.

Dass es hier im Raum jemanden gibt, der leichtfertig das Geld des Landes ausgeben würde, ist ebenfalls eine Behauptung, die nicht stimmt.

(Dr. Weiland, CDU: Doch, die Landesregierung in den letzten zehn Jahren! 20 Milliarden!)

Keiner der Redner hat die These aufgestellt, wir müssten in Rheinland-Pfalz dieses System einführen, und wir nehmen die 150 Millionen DM einfach so aus der Kasse. Das ist eine Position, die niemand vertreten hat. Dann sollten Sie das auch im Endeffekt nicht behaupten.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, eines hätte Ihnen wirklich gut angestanden, dass Sie nämlich gesagt hätten: Ich habe mich mit der Aussage, die ich vorhin zitiert habe, vergaloppiert. Ich habe mich ein bisschen zu weit hinausgewagt. Ich habe mich in die inneren Angelegenheiten des Saarlandes eingemischt.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Lassen Sie doch die Saarländer entscheiden, wo sie ihre Schwerpunkte setzen. Die einen machen es bei der Lernmittelfreiheit, die anderen machen es bei den Elternbeiträgen in den Kindertagesstätten. Wieder andere nehmen die Vollversorgung in den Schulen ins Visier. Lassen Sie doch den Ländern ihren Spielraum. Wir haben den Föderalismus, und hier sollten wir auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

(Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie die anderen machen, was sie wollen, und wir in Rheinland-Pfalz machen das, was wir wollen.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe Punkt 20 der Tagesordnung auf:

Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 1998

a) Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1998
Antrag des Rechnungshofs
- Drucksache 13/5146 -

b) Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1998
Antrag der Landesregierung
- Drucksache 13/5173 -

c) Jahresbericht 1999
Unterrichtung durch den Rechnungshof
- Drucksache 13/5380 -

d) Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 1999 des Rechnungshofs (Drucksache 13/5380)
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 13/5790 -

dazu:
Kommunalbericht 1999
Unterrichtung durch den Rechnungshof
- Drucksache 13/5800 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 13/6070 -

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Herbert Jullien, das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute zum letzten Mal in dieser Wahlperiode über die Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs. Prüfungszeitraum ist das Jahr 1998.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Bericht des Rechnungshofs mit der Stellungnahme der Landesregierung vor, dazu der Bericht mit der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, den ich Ihnen im Folgenden vorstelle. Ich werde mich dabei auf einige Bemerkungen zu den Landesfinanzen sowie auf einige der Prüfungsergebnisse beschränken, die über den Einzelfall hinaus von besonderer grundsätzlicher Bedeutung sind. Im Übrigen verweise ich auf die Drucksachen, die Ihnen vorliegen.

Zunächst möchte ich einige Anmerkungen zur Lage der Landesfinanzen machen. 1996, als ich zum ersten Mal an dieser Stelle über das Ergebnis der Rechnungsprüfung Bericht erstattete,

(Dr. Schiffmann, SPD: Unvergesslich!)

hieß es in dem Beschluss des Landtags unter anderem: Der bereits stark eingeeengte Gestaltungsspielraum des Landes werde durch wachsende Ausgaben, zunehmende Schulden und gleichzeitige Verringerung der laufenden Einnahmen in außergewöhnlicher Weise belastet, und Einnahmeverbesserungen und Ausgabeneinsparungen sollten zur Verringerung der Kreditaufnahme genutzt werden.

Meine Damen und Herren, wie ist es heute fünf Jahre später? Immer noch liegen die Ausgaben im Prüfungsjahr über den Einnahmen, wie übrigens in jedem anderen Prüfungszeitraum seit 1996 auch. 1998 stieg der Fehlbetrag gegenüber dem Vorjahr um über 14 % von 140 Millionen DM auf 160 Millionen DM an. Insgesamt erhöhte sich die Verschuldung des Landes um 2 Milliarden DM auf 35 Milliarden DM. Die Verschuldung pro Kopf stieg um 400 DM auf 8 400 DM im Jahr 1998.

Die Haushaltssituation bleibt äußerst angespannt. Daran hat sich seit 1996 leider nichts geändert. Nach der mittelfristigen Finanzplanung soll die Verschuldung zunächst sogar weiter zunehmen. Es wird Sie angesichts dieses Befundes kaum verwundern, dass die Forderungen, die Ihnen der Haushalts- und Finanzausschuss heute vorschlägt, ähnlich wie 1996 und in den Jahren danach lauten:

Verringerung der Neuverschuldung, strenge Ausgabendisziplin. Mehreinnahmen und Minderausgaben sind vorrangig zur Verbesserung des Haushalts zu nutzen, das heißt zur Verringerung der Kreditaufnahme. Die Ausgaben dürfen nicht stärker wachsen als die Einnahmen.

Meine Damen und Herren, in der Rechnungsprüfungskommission konnte die Landesregierung leider noch keine konkreten Zahlen für das Jahr 1999 vorlegen.

Zu dem Bemühen um mehr Wirtschaftlichkeit gehören neue Anreize, um die Ressorts zu einem wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit den Steuermitteln der Bürger anzuhalten. Der Landtag fordert und fördert solche Anreize. Beispiele sind die Budgetierung der Personalmittel oder die Übertragung der Raumkosten auf die einzelnen Ressorts im Rahmen des Landesbetriebs LBB. Einzelne Aspekte dieser Instrumente waren auch in diesem Jahr wieder Gegenstand der Rechnungsprüfung.

Für das Personal gab das Land 1998 8,5 Milliarden DM aus. Das sind etwa 58 % seiner Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich. Diesen Anteil zu senken, bleibt eines der wichtigsten Anliegen der Haushaltspolitik. Hier sind im Prüfungszeitraum 1998 erste Fortschritte erzielt worden. Der Anstieg der Personalausgaben blieb unter dem Anstieg der Einnahmen. Die Personalkostenbudgetierung zeigt offenbar Wirkung. Zur Personalkostenbudgetierung gehört die so genannte Bonus-Malus-Regelung. Sie sieht vor, dass die Ressorts grundsätzlich 75 % der Einsparungen bei den Personalausgaben behalten, das heißt, in das Folgejahr übertragen dürfen. Überschreitungen der Ansätze müssen dagegen im Folgejahr ausgeglichen werden. Die Übertragungsregelung hat zu Ausgabenresten und Einsparungen geführt.

Im Übrigen wird uns die Frage der sachgerechten Veranschlagung im Rahmen der Budgetierung sicherlich auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Der Landtag hat in der Landeshaushaltsordnung und im Haushaltsgesetz neue Sicherungen eingebaut, damit er den Überblick und die Letztentscheidung behält, wofür die Exekutive die Steuermittel der Bürger verwendet. Diese neuen Instrumente müssen jetzt in der Praxis mit Leben erfüllt werden.

Die Auslagerung öffentlicher Aufgaben zum Beispiel auf Privatunternehmen oder Stiftungen wirft ebenfalls eine Reihe von Problemen für das parlamentarische Budgetrecht auf. Für zukünftige Fälle hat der Landtag im neuen § 112 a der Landeshaushaltsordnung Vorsorge getroffen, um seine parlamentarischen Informations- und Steuerungsrechte zu sichern.

Gegenstand der Prüfung des Rechnungshofs waren die bereits länger bestehenden Stiftungen für Innovation und Kultur. Obwohl organisatorisch selbstständig, nehmen sie Aufgaben des Landes mit Landesmitteln wahr. Die Prüfung ergab eine Reihe von haushaltsrechtlichen, organisatorischen und buchhalterischen Mängeln, die im Bericht des Rechnungshofs und in der Ihnen vorliegenden Beschlussvorlage im Einzelnen dargestellt ist.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist die Forderung in der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung zu sehen, nicht nur Privatisierungsmöglichkeiten zu prüfen, sondern auch zu untersuchen, ob bereits privatisierte Aufgaben, für die weiterhin Landesmittel fließen, nicht wirtschaftlicher selbst erledigt werden können.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung versucht seit einigen Jahren, die Zinsrisiken für ihre Kredite durch so genannte Derivate zu begrenzen. Derivate sind Finanzgeschäfte, die von Grundgeschäften wie Aktienkäufen oder Krediten abgeleitet sind. Der Rechnungshof hat diesen außerordentlich schwierigen Bereich mithilfe externer Sachverständiger beleuchtet. Dabei hat er einige Schwachstellen in der Organisation und Kontrolle des Derivatgeschäfts aufgedeckt. Seine Verbesserungsvorschläge hat das Finanzministerium bereits verwirklicht.

Ungeachtet dessen haben wir den Bericht in der Rechnungsprüfungskommission zusammen mit den externen Sachverständigen intensiv erörtert. Dabei wurde deutlich, dass die organisatorischen Sicherungen, die auf Betreiben des Rechnungshofs getroffen wurden, immer wieder überprüft und gegebenenfalls angepasst werden müssen. Wir erwarten, dass das zuständige Ministerium dazu von sich aus in angemessenen Zeitabständen die Initiative ergreift.

Des Weiteren soll künftig das Verlustrisiko, das mit den Derivatgeschäften verbunden ist, im Haushalt festgelegt werden. Damit soll einerseits das Risiko begrenzt, andererseits das verfassungsrechtliche Budgetrecht des Parlaments auch in diesem Bereich gewahrt bleiben. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, dem Haushalts- und Finanzausschuss spätestens im Vorfeld der nächsten Haushaltsberatungen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Meine Damen und Herren, ich habe mich heute in meinem letzten Bericht als Vorsitzender der Rechnungsprüfungskommission in dieser Wahlperiode auf einige der Punkte beschränkt, die aus Sicht des Parlaments über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind. Es gäbe noch zu zahlreichen anderen Einzelpunkten etwas anzumerken, wofür aber die anschließende Debatte noch Raum bietet.

Für die Entlastung liegt Ihnen folgender Beschlussvorschlag des Haushalts- und Finanzausschusses vor, für den ich um Ihre Zustimmung bitte:

Der Landtag stimmt den Feststellungen und Forderungen des Haushalts- und Finanzausschusses zu. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 31. Januar 2001 zu berichten, was sie hiernach veranlasst hat.

Der Landtag hat von dem Jahresbericht 1999 des Rechnungshofs Kenntnis genommen. Soweit der Haushalts- und Finanzausschuss keine Feststellungen getroffen hat oder Maßnahmen fordert, erklärt der Landtag den Bericht für erledigt. Das gilt auch für Gegenstände früherer Berichte, die bis jetzt noch nicht abgeschlossen waren.

Der Landtag erteilt der Landesregierung nach § 114 der Landeshaushaltsordnung und dem Rechnungshof nach § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 1998. -

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich dem anwesenden Präsidenten des Landesrechnungshofs, Herrn Dr. Schneider, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken.

(Beifall im Hause)

Der Landtag hatte und hat im Rechnungshof auch in dieser Wahlperiode einen unverzichtbaren und zuverlässigen Partner. Herr Dr. Schneider, Sie haben wesentlich dazu beigetragen, das Prüfungs- und Entlastungsverfahren zu beschleunigen und damit zu stärken; denn nur wenn die Ergebnisse des Prüfungsverfahrens noch vor den Haushaltsberatungen vorliegen, kann das Parlament daraus Konsequenzen ziehen.

Sie haben auch die Neuerungen im Haushaltsrecht und im Vollzug des Haushalts kritisch und konstruktiv begleitet. Ich nenne in dem Zusammenhang das Leasingverfahren, die Auslagerung öffentlicher Aufgaben, die Budgetierung und zuletzt die Derivate. Ihre Arbeit ist nicht nur für die parlamentarische Haushaltskontrolle unverzichtbar, sie ist für die Wahrung der parlamentarischen Rechte insgesamt von großer Bedeutung.

Danken möchte ich aber auch den Kolleginnen und Kollegen der Rechnungsprüfungskommission und des Haushalts- und Finanzausschusses. Bei allen politischen Differenzen haben wir stets fair und sachlich miteinander gearbeitet. Auf diese Weise sind im Rechnungsprüfungsverfahren fast immer gemeinsame Lösungen zustande gekommen. Dies hat dem Land und seinen Finanzen genutzt. Das hat auch dieses Haus gestärkt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU, der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des CDU-Ortsverbands Gevenich, Weiler, Alfen und Büschel. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Schöneberg das Wort.

Abg. Schöneberg, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wesentlichen Feststellungen des Landesrechnungshofs, die ich, seit ich der Rechnungsprüfungskommission angehöre,

vernommen habe, wurden von der Landesregierung größtenteils ignoriert. Zwar werden bei den abgegebenen Stellungnahmen durch die einzelnen Ministerien immer wieder Erklärungen abgegeben, in der Zukunft darauf zu achten, die Missstände abzustellen und die Empfehlungen des Rechnungshofs zu berücksichtigen, das Ergebnis ist jedoch mehr als dünn.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die durch den Rechnungshof seit Jahren in Besorgnis erregender Weise immer wieder geäußerten Bedenken bezüglich der Verschuldung haben nicht gewirkt.

(Itzek, CDU: Nie gelesen!)

Die Verschuldung ist von 1991 mit 22 Milliarden DM in diesem Jahr auf 38 Milliarden DM angestiegen. Sie werden bis Ende des Jahres 2002 die 40-Milliarden-Grenze überschritten haben. Die Landesregierung hat in ihrer Regierungszeit die Schulden fast verdoppelt. Das bedeutet, sie machte im Durchschnitt dreimal so viel Schulden wie die CDU-geführte Landesregierung zuvor.

(Jullien, CDU: Bundessieger im Schuldenmachen!)

Die alljährlich abgegebenen Versprechungen, eine solide Haushaltspolitik zu machen und die Neuverschuldung in Grenzen zu halten, verpuffen im Nichts. Erst im Jahr 2008, wenn diese Landesregierung längst nicht mehr im Amt ist, will sie mit dem Schuldenmachen aufhören. Bis dahin - so ist aus der vorliegenden Finanzplanung zu entnehmen - sollen erst noch einmal 4 Milliarden DM neue Schulden gemacht werden.

Meine Damen und Herren, mit dieser Hypothek wird in einer unverantwortlichen Art und Weise die nachfolgende Generation belastet. Fazit ist, seit 1994 ist Rheinland-Pfalz Bundessieger im Schuldenmachen. Durch diese unsolide Haushaltspolitik wird die Selbstverwaltung der Kommunen systematisch ausgehöhlt. Die Anzahl der unausgeglichene Haushalte der kommunalen Gebietskörperschaften hat sich von 1992 bis 1998 von 129 auf sage und schreibe 680 erhöht. 10 der 12 kreisfreien Städte konnten ihren Haushalt ebenfalls nicht mehr ausgleichen. Mittlerweile sind die gesamten Fehlbeträge von Gemeinden, Städten und Landkreisen von 1991 mit 42 Millionen DM auf 913 Millionen DM in 1998 angestiegen. Zum 30. Juni 1999 gab es Finanzierungslücken von 1,3 Milliarden DM allein bei den Kommunen, die nur durch Kassenkredite gedeckt werden konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Besorgnis erregend ist die Feststellung, dass die Zinsen seit der Übernahme

durch die rotgrüne Bundesregierung stark gestiegen sind. Der Diskontsatz wurde dreimal erhöht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ach so, daran ist die Bundesregierung schuld!)

- Ja. Die nächste Erhöhung steht bevor.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist eine treffende Analyse!)

- Ja. Hervorragend. Rotgrün, dreimal Diskontsatz erhöht.

(Zurufe von der SPD)

- Kennen Sie das? Wissen Sie, was ein Diskontsatz ist? Danach richten sich die Kredite aus. Die Zinsen werden danach festgelegt.

(Itzek, SPD: Wer so redet, weiß nicht, was Diskontsatz ist!)

Das trifft insbesondere auch den Mittelstand, nicht nur die Kommunen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Lassen Sie sich einmal erklären, was Diskontsatz ist!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Entwicklung trägt dazu bei, dass der geringe finanzielle Handlungsspielraum für unser Land noch weiter eingeengt wird. Wir haben gestern zu unserer Beruhigung von unserem Ministerpräsidenten gehört, dass die Sendung „Wünsch dir was“ vorbei ist. Der Wähler hat im nächsten Jahr die Gelegenheit, über ein neues und für unser Land zukunftsweisendes Programm zu entscheiden und die „Wünsch-dir-was-Politik“ zu beenden.

(Beifall der CDU -

Schwarz, SPD: Der Schorsch kann das besser als du!)

Da die Fraktionen übereingekommen sind, die Redezeit zu begrenzen, erspare ich es mir, auf die einzelnen Details einzugehen. Mein Kollege Herbert Jullien hat das schon hinreichend getan.

(Mertes, SPD: Das ist allerdings wahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss meiner Ausführungen darf ich darauf hinweisen, dass es sich bei dem Jahresbericht des Landesrechnungshofs nur um eine stichprobenartige Überprüfung einzelner Vorgänge gehandelt hat. Eine eingehende Überprüfung aller Vorgänge würde ergeben, dass sich mit Sicherheit Beträge in Millionenhöhe einsparen ließen.

(Schwarz, SPD: Wo?)

Die CDU-Fraktion dankt dem Landesrechnungshof für seine gute und wertvolle Arbeit.

(Schwarz, SPD: Endlich etwas Konkretes!)

Die Rechnungsprüfungskommission hat meines Erachtens in allen, teilweise auch in unterschiedlichen Bewertungen in sachlicher und angenehmer Atmosphäre gute Arbeit geleistet.

(Schwarz, SPD: Das ist auch gut!)

Meine Damen und Herren, die Ihnen vorgelegten Beschlussempfehlungen weisen dies aus. Wir stimmen diesen Beschlussempfehlungen sowie der Entlastung der Landesregierung - trotz großer Bedenken - und des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1998 zu.

(Kuhn, F.D.P.: Aber ohne Bedenken!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Josef Peter Mertes das Wort.

Abg. Dr. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jüllien hat das richtigerweise gesagt, die Beratungen in der Rechnungsprüfungskommission finden in der Regel in einer außerordentlich sachlichen Atmosphäre statt. Nur dann hier im Plenum kommt der Pfeffer der politischen Bewertung dazu, was gut und richtig ist. Manchmal hat man den Eindruck, wir reden über etwas ganz anderes, als wir das in der Rechnungsprüfungskommission getan haben.

Herr Kollege Schöneberg, Sie wissen durch Ihre Mitarbeit in dieser Kommission ganz genau, dass die Kommission und auch der Haushalts- und Finanzausschuss jede Anregung, Empfehlung und Forderung des Rechnungshofs prüft und diskutiert und wir als Parlamentarier so lange keine Ruhe geben, bis die Forderungen des Rechnungshofs erfüllt sind.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir stellen die Erledigung fest und nicht irgendjemand anders. Deshalb kann es gar nicht sein, dass die Landesregierung die Empfehlungen des Landesrechnungshofs ignoriert; denn das würden wir als Parlamentarier nicht dulden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es ist das gute Recht, sogar die Pflicht der Opposition, das Handeln der Regierung kritisch zu beleuchten. Aber, meine Damen und Herren, ein bisschen Fairness gehört auch dazu. Dazu gehört dann zum Beispiel - wir betrachten das Jahr 1998 durch diesen Bericht -, dass man erwähnt, dass mit dem Haushalt 1998 die Nettokreditaufnahme nicht weiter angestiegen ist. Im Vollzug wurde die geplante Nettokreditaufnahme nur geringfügig überschritten, was dann im Übrigen auch erklärt worden ist, nämlich mit dem schwachen Steuermonat Ende 1998, der dann seine Entsprechung Anfang 1999 gefunden hat, als wir stärkere Zuweisungen bekommen haben.

Wenn wir die langfristige Entwicklung betrachten, wie Sie das zu Recht auch tun - ich bin auch der Meinung, man kann so etwas nicht nur auf ein Jahr bezogen betrachten -, dann gehört zur fairen Betrachtung auch, dass wir in den gesamten 90er-Jahren von Steuerschätzung zu Steuerschätzung niedrigere, und zwar um ein Gewaltiges niedrigere Mindereinnahmen gehabt haben. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass uns - ich erinnere mich noch sehr gut daran - bei der Beratung des Haushalts des Jahres 1997 die Kollegen von den Christdemokraten empfohlen hatten, 60 Millionen DM mehr Steuereinnahmen einzustellen und den Waigel'schen Steuerschätzungen stärker zu trauen, und unsere Abschlüsse seien zu übervorsichtig gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Betrachtung gehört auch ein bisschen dazu, dass man sich dann, wenn man zu Recht stärkere Ausgabendisziplin fordert, selbst natürlich auch auf die Brust schlagen muss. Ich erlebe immer nur Tag für Tag, dass die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition durch unser schönes Land reisen und überall etwas anderes fordern, immer mehr fordern, einmal ist es eine Brücke, einmal ist es eine Straße, einmal ist es eine Subvention, einmal ist es das.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Mertes, SPD: So ist das!)

Meine Damen und Herren, wenn wir alles das gemacht hätten, was Sie in unserem Land gefordert haben, dann wären wir in der Tat schon an der Grenze, die die Verfassung für die Nettokreditaufnahme gebietet.

(Mertes, SPD: Herr Lelle, Sie fordern einfach Lehrerstellen!)

Meine Damen und Herren, was für ein Glück, dass wir Ihnen nicht gefolgt sind.

(Zurufe von der CDU und von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie scheinen wirklich ein extrem kurzes Gedächtnis zu haben.

(Zuruf von der SPD: Gar keins!)

Ich habe alle Ihre Anträge von der CDU und natürlich auch von den GRÜNEN noch zu Hause, die Sie im Laufe dieser Wahlperiode gestellt haben.

(Lelle, CDU: Und von der SPD!)

Ein solcher Schlingerkurs, den Sie in dieser Wahlperiode in der Haushaltspolitik gefahren sind, was man detailliert nachweisen kann, ist in der Tat unglaublich.

(Jullien, CDU: Jetzt bleiben Sie einmal sachlich! Das ist doch Quatsch!)

Sie finden in der Regel keinen einzigen Ihrer Anträge, den Sie irgendwann einmal gestellt haben, im nächsten Jahr wieder.

(Jullien, CDU: Jede Maßnahme war gegenfinanziert!)

Sie sind sich selbst dabei so untreu, dass es in der Tat atemberaubend ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich - wir sollen möglichst kurz reden - zu einigen grundsätzlichen Forderungen des Rechnungshofs einige wenige Bemerkungen machen. Der Rechnungshof stellt grundsätzliche Forderungen. So wird die konsequente Verringerung der Nettoneuverschuldung gefordert. Das Ziel müsse verfolgt werden - so der Rechnungshof -, die Ausgaben nicht stärker wachsen zu lassen als die Einnahmen. Die Begrenzung der Personalkosten wird gefordert und eine strenge Prioritätensetzung bei den Investitionen. Wer in diesem Landtag möchte auch im Hinblick auf die Verpflichtung künftigen Generationen gegenüber diesen Forderungen des Rechnungshofs nicht zustimmen? Es ist auch eine ganze Menge getan worden, um genau dem zu entsprechen. Ich kann für die SPD-Fraktion erklären, dass wir die Nettoneuverschuldung von null, die in der erweiterten mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist, mit Sicherheit erreichen werden.

(Mertes, SPD: Und zwar als Regierung!)

Wir werden alles daransetzen, dies auch früher zu erreichen; denn es ist dringend notwendig. Sie haben richtig gesagt, erst dann fängt die Reduzierung der Verschuldung an.

Die Diskussion der Finanzhilfen haben wir gemeinsam in einem Unterausschuss begonnen. Mich stimmt die erste Sitzung dieses Unterausschusses „Finanzhilfen“ eigentlich hoffnungsfroh. Staatssekretär Dr. Auernheimer hat dreieinhalb Stunden auf dem „heißen Stuhl“ gesessen, und die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ministerien kommen noch dran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist allerdings auch so: Es ist sehr viel einfacher, grundsätzlich die Forderung aufzustel-

len, Finanzhilfen zu streichen, als im Konkreten zu sagen, das wollen wir nicht mehr, das wollen wir nicht mehr, und das wollen wir nicht mehr.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin kein Prophet wie Herr Kollege Keller, der das gestern von sich gesagt hat. Herr Kollege Keller, ich wage aber vorauszusagen, dass die Opposition uns keine Hilfe im Abbau der Subventionen sein wird.

(Beifall der SPD)

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was die Begrenzung der Personalkosten anlangt - Herr Dr. Schneider, unsere Debatten haben dies gezeigt -: Herr Finanzminister, Herr Staatssekretär, wir alle zusammen haben gemeinsam die Vorstellungen zur Budgetierung entwickelt. - Zum ersten Mal scheinen wir ein Instrument in der Hand zu haben, das uns tatsächlich eine Begrenzung der Personalkosten ermöglicht. Sonst sind sie nämlich immer bei allen möglichen Vorhaben, die wir durchgeführt haben, gestiegen. Die Budgetierung, so, wie wir sie gemeinsam beschlossen haben, ist ein solches Instrument. Wir haben auch mit breiter Mehrheit die Bonus-Malus-Regelung im Haushalts- und Finanzausschuss gemeinsam besprochen. Ich denke, das ist eine gute Sache.

Bei den Investitionen ist es natürlich auch so eine Geschichte. Wir sind stolz auf unsere Investitionsquote, die wir haben.

(Schöneberg, CDU: Wo sind die denn?)

Noch 1998 hat sie bei rund 13 % gelegen. Darauf sind wir stolz. Wir halten es für wichtig, dass das Land Rheinland-Pfalz auch als Auftraggeber auftritt und wir Hilfen für die Kommunen geben, damit sie entsprechende Maßnahmen durchführen und wir Arbeitsplätze schaffen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jede einzelne Investition muss auch auf ihre zwingende Notwendigkeit überprüft werden. Das machen wir als SPD-Fraktion gern mit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich kann der Landesregierung bescheinigen, dass sie Ausgabendisziplin geübt hat. Im Jahr 1998 haben wir kaum Überschreitungen gehabt.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich bin sofort fertig.

Ich danke dem Präsidenten des Rechnungshofs und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir werden die Entlas-

tung der Landesregierung und die Entlastung des Rechnungshofs vornehmen.

Herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussion zum Bericht des Rechnungshofs 1998 und zur Entlastung der Landesregierung liegt ungünstig. Ich glaube, wir hätten gestern vielleicht mit mehr Engagement diskutiert als am Freitag in der Mittagspausenzeit.

Aber es ist trotzdem ein wichtiges Thema, von dem ich glaube, dass wir im Laufe der Wahlperiode zumindest eines erreicht haben, nämlich dass wir es zeitnäher besprechen. Eines haben wir nicht erreicht: Herr Mertes, ich habe nie den Eindruck, dass wir, wenn Sie hier reden, als Rechnungsprüfungskommission auch die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesregierung kritisch begleiten. Sie haben in Ihrer Rede nachher noch einmal ein bisschen die Kurve gekriegt. Aber es ging mir wie beim letzten Jahr so, dass ich eher das Gefühl habe, es spricht der Staatssekretär oder der Minister im Rahmen der Haushaltsberatung. Ich glaube, das ist nicht die Funktion dieses Entlastungsverfahrens.

(Zurufe aus dem Hause)

Ich glaube - ich werde nicht sehr viel zu dem Thema „Haushaltsentwicklung“ sagen, weil wir uns auferlegt haben zu versuchen, die Redezeit zu unterschreiten -, bezüglich der Feststellungen des Landesrechnungshofs zu der Haushaltsentwicklung im Jahr 1998 kann man kurz und knapp sagen: Es gibt keinen Grund zur Entwarnung, sondern es gibt Gründe, die Forderungen, die der Rechnungshof seit vielen Jahren im Zusammenhang mit der Entwicklung der Haushalte und der Entwicklung der Verschuldung des Landes äußert, dass man mit der gleichen Vehemenz bzw. mit mehr und mit neuen Instrumenten darauf hinwirken muss, die weitere Verschuldung abzubremsen, sie gegen null zu führen.

Wir haben es in den letzten Haushaltsjahren mehrfach erlebt, dass gerade Leistungen im Familienbereich mit abgebaut wurden. Das kann nicht der Weg sein. Da kann man immer sagen, das sind freiwillige Leistungen. Aber viele andere Leistungen sind ebenfalls freiwillig.

Herr Mertes, ich glaube, es wird nicht so einfach, mit diesen Regierungsfractionen Subventionen abzubauen. Das ist meine Prophezeiung, wenn ich mir das einmal auf die Fahne schreiben kann. Ich glaube, wir werden im Ausschuss und

auch in diesem Parlament noch heftig diskutieren, wenn wir an Bereiche kommen, bei denen es um Finanzhilfen im Bereich der Wirtschaftsförderung geht, wo immer noch kräftig und deftig ausgegeben wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist wichtig, noch einmal im Rahmen dieser Prüfung - es gibt viele einzelne Punkte, und viele sind wichtig - einen Punkt herauszustellen, weil dieser im Zusammenhang mit einem Feld steht, das wir seit mehreren Jahren kritisch durchleuchten, nämlich die Frage: Wie verhält sich das Land, die Landesregierung bei ihren Beteiligungen?

Der Rechnungshof hat die LUMEDIA GmbH in Ludwigshafen geprüft, an der das Land neben der Stadt Ludwigshafen und der LPR beteiligt ist. Die LUMEDIA ist ein Bestandteil des gewollten Starts oder des gewollten medienpolitischen Aufschwungs der Stadt Ludwigshafen, der dann - wir wissen es alle - zu einem medienpolitischen Urknall wurde.

(Mertes, SPD: Aus dem Urknall ist etwas Positives geworden!)

LUMEDIA war immer mit dem Versuch verbunden, dort diese „Kabelgeschichte“ in Gang zu bringen. LUMEDIA ist für mich mit den zweistelligen Millionenbeträgen verbunden, die bei der „unendlichen Geschichte AKK“ in den Sand gesetzt wurden. Als hätte es AKK und diese Entwicklung in dieser Gesellschaft und die Verluste, die das Land sich eingefahren hat, nicht gegeben, so wird nach wie vor vonseiten des Landes unverantwortlich in der Frage LUMEDIA und der Frage, Ausstieg aus dieser Gesellschaft oder Liquidation dieser Gesellschaft, umgegangen.

Man braucht, um eine solche Beteiligung einzugehen, ein wichtiges Landesinteresse. Dazu stellt der Rechnungshof fest: „Mit dem Verkauf der Landesanteile an dieser Gesellschaft“ - gemeint ist die AKK - „im August 1995 entfiel der für die Beteiligung des Landes an der LUMEDIA ursächliche Zweck.“ Ich meine, seit 1995 hätte diese Landesregierung Zeit genug gehabt, zu handeln und sich auch aus der LUMEDIA zu verabschieden oder das zu einem Ende zu bringen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss sagen, neben diesen zweistelligen Millionenbeträgen in der AKK ist auch die LUMEDIA nicht mit der Portokasse abgefunden worden, sondern von 1988 bis 1997 sind dort mehr als 9 Millionen DM an Landesmitteln hineingeflossen. Jetzt hat man sich entschieden, eine Kapitalherabsetzung im Umfang von mehr als 7 Millionen DM vorzunehmen. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass die Verwaltung der Beteiligung - also dieser Gesellschaft - höchst schlampig - ich bringe das nur kurz auf diesen Begriff - geführt wurde.

(Mertes, SPD: Unzulänglich!)

Ich glaube, hier besteht höchster Handlungsbedarf. Es ist Handlungsbedarf gegeben, um die Stadt Ludwigshafen oder andere Gesellschafter tatsächlich zu einer Veränderung in dieser LUMEDIA und zu einer Auflösung dieser Gesellschaft zu bringen und sich nicht hinter dem Einspruch der anderen Gesellschafter zu verstecken.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch einen weiteren Punkt, weil es immer wieder spannend ist, auch was es im Bereich der Landwirtschaftsverwaltung an Prüfungen und Ergebnissen gibt. Der Rechnungshof hat quasi in Wiederholung seiner Prüfung von 1993 gleich lautende Forderungen an die Landwirtschaftskammer formuliert, nämlich den hohen Personalbestand dort zu reduzieren, endlich kostendeckende Gebührensätze einzuführen und die überhöhten Kostenerstattungen durch das Land zu korrigieren. Dabei ist nicht nur die Landwirtschaftskammer, sondern auch und vor allen Dingen das fachlich zuständige Ministerium gefordert, Maßnahmen zu ergreifen und die Forderungen, die schon seit Anfang der 90er-Jahre im Raum stehen, umzusetzen.

Das sind nur zwei Beispiele, dafür, wenn von einer angespannten Haushaltssituation die Rede ist, welche Möglichkeiten es gibt, aus den konkreten Anregungen des Rechnungshofs Konsequenzen zu ziehen und den Haushalt an der richtigen Stelle zu entlasten.

In diesem Sinn halte ich die Beratungen über den Jahresbericht 1998 für die Fraktionen außerordentlich hilfreich. Ich bedanke mich beim Rechnungshof und bei den Kolleginnen und Kollegen. Wir haben zwar immer sachlich, aber nicht einstimmig diskutiert - ganz im Gegenteil. Wir haben an einigen Stellen konsequentere Beschlussvorschläge unterbreitet. Damit sind wir leider nicht zum Erfolg gekommen.

Im Hinblick auf unser Abstimmungsverhalten sage ich, dass wir über die Entlastung der Landesregierung in der Beschlussempfehlung separat abstimmen wollen, weil sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich dieser Frage enthalten wird, einerseits wegen unserer sehr grundsätzlichen Kritik - das kennen Sie aus den vorherigen Jahren - an der privaten Vorfinanzierung und der Ausweitung dieser Maßnahmen und andererseits weil uns vor allem im Hinblick auf Beteiligungen des Landes Transparenz fehlt.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, als Gäste im Landtag begrüße ich Mitglieder des SPD-Ortsvereins Hauptstuhl. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über die Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 1998. Wenn wir uns an dieses Jahr erinnern, wissen wir, dass es ein schwieriges Jahr war. Die Haushaltssituation war gekennzeichnet durch nicht vorhersehbare Einnahmenverluste. Die Abwicklung des Haushalts bereitete in der Tat Probleme, aber sie ist letztlich hervorragend gelungen, was ich auch belegen möchte.

Die Haushaltsrechnung ergab trotz dieser Probleme ein ausgeglichenes Ergebnis von 28,3 Milliarden DM. Die Haushaltsüberschreitungen betrugen 0,9 % im Vergleich zu 1,5 % im Jahr 1997 und sind ein begrüßenswertes Ergebnis, das die Solidität der Haushaltsführung bestätigt.

Die Personal-Ist-Ausgaben sind um 0,2 % gesunken. Wenn man das nach Versorgungsausgaben und übrigen Ausgaben aufschlüsselt, stellt man fest, dass die Versorgungsausgaben nicht beeinflussbar erheblich gestiegen sind, während die übrigen Personalausgaben deutlich gesunken sind. Das ist ein Ergebnis einer konsequenten Haushaltsführung, die gerade in dieser Zeit besonders zu begrüßen ist.

Die Investitionsausgaben betrugen 2,8 Milliarden DM und stiegen somit um 1,2 % an. In der sehr schwierigen Zeit war das ein sehr gutes Ergebnis. Nach Nordrhein-Westfalen lagen wir damals auf dem zweiten Platz in der Bundesrepublik Deutschland - ausgenommen die neuen Bundesländer. Das war ein sehr gutes Ergebnis unter diesen Rahmenbedingungen.

Die Investitionsquote betrug insgesamt 13,1 % gegenüber dem Durchschnitt der Flächenländer von 11,9 %. Das heißt also, dass trotz schwierigster Haushaltslage im Jahr 1998 Investitionen in die Zukunft getätigt worden sind. Das ist damals auch gelungen. Das haben wir bewältigt, und das ist ein Beweis für die erfolgreiche Politik in diesem schwierigen Jahr.

Die Nettokreditaufnahme - das verhehle ich nicht - in Höhe von insgesamt 1,9 Milliarden DM hat uns damals sehr bedrückt. Die Gründe dafür sind uns allen bekannt. Dieser Betrag lag aber immerhin 0,3 Milliarden DM unter den anrechenbaren Investitionsausgaben. Das war damals nicht zufriedenstellend, obwohl es legal und grundgesetzkonform war.

Das hat dazu geführt, dass wir in den Folgejahren - schon im Jahr 1999 - ein Konzept zur schnellen Zurücknahme der Nettoneuverschuldung entwickelt haben, um die Nettoneuverschuldung spätestens im Jahr 2008 auf null herunterzufahren. An dieser mittelfristigen Finanzplanung werden wir festhalten. Die F.D.P.-Fraktion spricht sich ausdrücklich für die schnelle und möglicherweise noch schnellere Reduzierung der Nettoneuverschuldung aus.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Das ist eine Investition in die Zukunft des Landes und eine Investition für die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, die Forderung des Rechnungshofs nach einer Reduzierung der Nettoneuverschuldung war damals absolut berechtigt und ist immer noch berechtigt. Ich bin der Meinung, dass wir mit dieser mittelfristigen Finanzplanung diesem Anspruch gerecht werden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Planen allein reicht nicht, Sie müssen das umsetzen!)

Ich verhehle nicht, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz, die manchmal ausgeblendet wird, viel zu hoch ist. Das sagen auch wir als Regierungsfraktion. Wir sagen ganz offen, dass diese Pro-Kopf-Verschuldung - auch im Ländervergleich - zu hoch ist.

(Beifall des Abg. Schöneberg, CDU)

Dies begründet nochmals unsere erklärte Absicht, die mittelfristige Finanzplanung in dieser vorhin dargestellten Weise umzusetzen, um auf diesem Weg voranzukommen und um zu einem Ende der Neuverschuldung zu gelangen.

Meine Damen und Herren, vorhin wurde das Thema Verwaltungsmodernisierung angesprochen. Als Mitglied einer Regierungsfraktion sage ich ganz offen, dass wir diesen Weg in den nächsten Jahren ganz energisch beschreiten müssen. Dafür gibt es zwei Gründe. Der eine Grund ist unser Selbstverständnis als Parlamentarier. Das sage ich auch in Richtung Regierungsbank. Im Zusammenhang mit der Budgetierung haben wir Rechte aufgegeben. Wir müssen versuchen, im Zuge einer Verwaltungsmodernisierung zu einer zielgerichteten Kontrollfunktion zurückzufinden, die einem modernen Staat entspricht. Das heißt, wir sind in der Lage, auch unsere Rechte als Parlamentarier zu stärken und gleichzeitig die Verwaltung zu modernisieren. Das ist kein Widerspruch und muss in Zukunft das Ziel sein.

(Beifall der Abg. Frau Morsblech, F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Anregungen des Rechnungshofs - das sage ich nicht einfach so daher - sind für uns Parlamentarier von großer Bedeutung. Der Rechnungshof und der Landtag sind Partner. Von unserem Selbstverständnis ausgehend sage ich, dass der Rechnungshof uns als Parlamentarier darin unterstützt, unsere Kontrollfunktion wahrzunehmen. Aus diesem Grund bedanke ich mich ganz herzlich für die engagierte und qualifizierte Arbeit des Rechnungshofs auch für das Jahr 1998.

Frau Thomas, natürlich sind wir nicht in allen Punkten einer Meinung gewesen. Es sollte aber nicht der Eindruck erweckt werden, dass dieser Dissens ein bedrückendes Ausmaß erreicht. Bezüglich der größten Zahl der Fälle haben wir Einig-

keit erzielt und sind unserer Rolle, Parlamentarier zu sein, gleichgültig ob Regierungs- oder Oppositionsfraktion, gerecht geworden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie haben mit solch einem Nachdruck geprüft! Ich nehme alles zurück!)

- Ich möchte nur zurechtrücken, dass es kein großer Dissens war.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte noch einen Satz zu einer hoch interessanten Diskussion über das Zinsmanagement der Landesregierung sagen. Ich möchte den Eindruck vermeiden, dass dieses Prüfungsergebnis negativ ausgefallen ist. Im Großen und Ganzen - das wird auch von Herrn Jullien bestätigt - müssen wir feststellen, dass sich gerade in Rheinland-Pfalz das Zinsmanagement hervorragend entwickelt hat. Natürlich waren die Anregungen des Rechnungshofs sehr hilfreich. Wir dürfen als Parlamentarier nicht unterschätzen - das gilt auch für die Landesregierung -, welch wichtigen Beitrag ein konsequentes Zinsmanagement leistet. Auch in der Zukunft - in Bezug auf den Weg sind wir zwar unterschiedlicher Meinung - werden wir diesen Weg des Zinsmanagements begleiten.

Ich bedanke mich noch einmal beim Präsidenten des Rechnungshofs, bei seinem Kollegium und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die große Unterstützung für unsere parlamentarische Arbeit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Es ist Einzelabstimmung beantragt worden. Wer der Nummer 1 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte um das Handzeichen! - Das ist einstimmig.

Wer stimmt Nummer 2 der Beschlussempfehlung zu? - Das ist einstimmig.

Wer stimmt der Nummer 3 der Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält sich der Stimme. Alle anderen Fraktionen stimmen zu.

Wer stimmt der Nummer 4 der Beschlussempfehlung zu? - Das ist einstimmig.

Meine Damen und Herren, damit kann ich feststellen, dass der Landesregierung und dem Präsidenten des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 1998 Entlastung erteilt wurde.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung:

**Siebzehnter Tätigkeitsbericht nach § 29 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz - LDSG - für die Zeit vom
1. Oktober 1997 bis 30. September 1999
Besprechung des Berichts (Drucksache 13/4836)
auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P.
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/5119 -**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bischel das Wort.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die rasante Entwicklung der Technik mit der Zunahme der Vernetzung, der Internationalisierung der Datenverarbeitung und der Durchdringung aller Lebensbereiche mit Informationstechnologie ist auch an der Verwaltung des Landes, an der Verwaltung der Kommunen, am gesamten öffentlichen Bereich nicht spurlos vorbeigegangen. Das Gegenteil ist der Fall. Das Handeln all dieser Stellen wird zunehmend von der kommunikativen Entwicklung, von den neuen Strukturen der automatisierten Datenverarbeitung, die durch das Stichwort „Internet“ sozusagen zusammengefasst und gekennzeichnet werden können, bestimmt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten wider.

Die aus der neuen technischen Entwicklung resultierenden Datenschutzprobleme sind außerordentlich vielfältig. Der Datenschutzbeauftragte hat dabei logischerweise eine schwierige Aufgabe zu erfüllen.

Wenn wir heute betrachten, dass die Einführung von Asylcards im Ausländerwesen oder auch zum Beispiel der automationsmäßig gestützte Versand von Steuererklärungen bzw. die Aufforderung an die Steuerbürger durch Vordrucke von Privaten im Auftrag der Finanzverwaltung erfolgt oder wenn zum Beispiel auch jetzt die Möglichkeit besteht, Kraftfahrzeugzulassungen über das Internet vornehmen zu können, oder wenn Sie im kommunalen Bereich betrachten, dass doch unwahrscheinlich viele Bürgerbüros in den Städten und in den Gemeinden des Landes eingerichtet werden, ergeben sich dabei natürlich immer wieder neue Probleme im Datenschutzbereich. Denken Sie dabei auch an die Ausweitung der Telearbeit insgesamt.

Das sind Beispiele, die für viele stehen. Der Landesbeauftragte hat diese Dinge in seinem Bericht dargestellt. Es erfordert

viel Sachverstand und eine hohe rechtliche Kompetenz, um all die Fragen in diesem Zusammenhang immer wieder so darzustellen und aufzuarbeiten, dass sozusagen praxisbezogene Anweisungen ergehen können.

Im Vordergrund steht aber immer wieder das Recht der Bürger auf Schutz der personenbezogenen Daten, sozusagen ein Grundrecht auf Datenschutz. Es ist die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Grundrecht im öffentlichen Bereich natürlich ausgesprochen gewahrt bleibt und beachtet wird. Aus meiner Sicht verdeutlicht der Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, dass der Datenschutzbeauftragte und seine Mannschaft diese Aufgaben,

(Dr. Schiffmann, SPD: Keine Frauen?)

die ihm aufgrund des Gesetzes vorgegeben sind, in hervorragender Weise bewältigt haben.

- Frauen natürlich auch.

(Vereinzelte Beifall im Hauses)

Es ist ganz klar, dass die Landesregierung auch in diesem Berichtszeitraum wieder bereit gewesen ist, auf die Wünsche und Anregungen des Datenschutzbeauftragten und auch der Kommission einzugehen. Das hebe ich ausdrücklich hervor und erwähne es lobend.

Andererseits ist es natürlich auch Aufgabe der Opposition, auf Schwachpunkte oder auch auf Versäumnisse hinzuweisen. Deshalb will ich ganz kurz wenigstens einige Punkte aufgreifen, die der Landesbeauftragte auch in seinem Bericht unter dem Gesichtspunkt, dass dort noch ein Mangel vorhanden ist, aufgegriffen hat.

Als Erstes ist zum Beispiel anzusprechen, dass derzeit noch keine Anstrengungen der Landesregierung erkennbar sind, das Landesdatenschutzgesetz an die europäischen Datenschutzvorgaben anzupassen. Da müssen wir noch tätig werden. Andere Länder sind in diesem Bereich schon tätig geworden.

Auch im Bereich des Polizeigesetzes steht noch eine bereits seit Jahren diskutierte Ergänzung an, da datenschutzrechtliche Bestimmungen noch eingeführt werden müssen. Gewisse Defizite sind also erkennbar. Hierzu wird uns sicherlich der Innenminister in einiger Zeit Vorschläge unterbreiten.

Schließlich ist auch die Frage von großer Bedeutung, wie sich das Ministerium der Justiz im Bereich des Datenschutzes verhält. Eine sehr restriktive Auslegung ist erkennbar. Das ist sicherlich kein Ruhmesblatt für die Landesregierung. Ich will darauf jetzt nicht näher eingehen, weil das auch schon Gegenstand des Berichts vom vergangenen Jahr war. Das ist aber schon ein Punkt, dem wir in Zukunft stärker Beachtung schenken müssen.

Einen breiten Raum nimmt im Tätigkeitsbericht auch der Bereich des sozialen Datenschutzes ein. In diesem Fall geht es um ganz sensible Daten. Im Sozialbereich geht es nicht nur um die Verwaltung von sehr viel Geld, sondern es geht auch um die personenbezogenen Daten von Betroffenen. Fehler können immer wieder passieren - das wissen wir -, aber trotzdem haben wir den Eindruck, dass die Verwaltung insgesamt in Rheinland-Pfalz heute mit diesen Dingen wesentlich sensibler umgeht, als das noch vor einigen Jahren der Fall war.

Gerade angesichts meiner eingangs formulierten Anmerkungen zur explosiven Zunahme der EDV und der modernen Kommunikationstechnik im Land scheint es mir zum einen außerordentlich beachtenswert zu sein, mit welcher Akribie, Fachkenntnis und Fachkompetenz der Landesbeauftragte für den Datenschutz und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land Rheinland-Pfalz tätig sind. Zum anderen mache ich aber auch deutlich - in dem Bericht wird das unmissverständlich zum Ausdruck gebracht -, dass gerade im technischen Bereich heute ein großer Bedarf vorhanden ist, um die Angelegenheiten und die Aufgaben bewältigen zu können, und dass wir bei unserem Datenschutzbeauftragten mit einer Besetzung von 1,5 Personen eine bescheidene Ausstattung haben, die wahrscheinlich in der Zukunft nicht ausreichen wird. Wenn wir andere Länder betrachten, wie zum Beispiel Schleswig-Holstein, sind dort allein für den technischen Datenschutz zehn Personen zuständig. Allein anhand dieser Zahl sehen wir schon, dass bei uns eine Unterbesetzung vorhanden ist.

Ich bin der Auffassung, dass wir als Landtag insgesamt und als Haushaltsgesetzgeber, natürlich vor allem aber die regierungstragenden Fraktionen, aufgefordert sind, in diesem Bereich eine Verbesserung zu erreichen. Hier müsste sicherlich im nächsten Haushalt bei der Verabschiedung des nächsten Stellenplans etwas geschehen, damit die Aufgaben gerade im technischen Datenschutz noch besser und wirkungsvoller als bisher wahrgenommen werden können.

(Beifall der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben den Auftrag erhalten, bzw. uns selbst gegeben, relativ kurz zu sprechen. Ich möchte deshalb auf weitere Themen - es wäre sicherlich interessant, diese noch einmal anzusprechen - nicht eingehen.

Zum Abschluss möchte ich unserem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Professor Rudolf, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die hervorragende Arbeit herzlich danken.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Redmer das Wort.

Abg. Redmer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte an das anschließen, was Herr Kollege Bischel gesagt hat und versuchen, mich so kurz wie möglich zu fassen, zumal ich denke, dass wir in absehbarer Zeit wiederholt Gelegenheit haben werden, in diesem Hause über Datenschutz zu reden, weil gesetzliche Änderungen anstehen:

Ich kann auch insoweit an die Ausführungen des Kollegen Bischel anknüpfen, dass ich auch für meine Fraktion ausdrücklich dem Datenschutzbeauftragten, den wir im letzten Jahr in seinem Amt bestätigt haben, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken möchte.

(Beifall der SPD)

In seinem Haus wird, was den Datenschutz anbetrifft, ganz hervorragende Arbeit geleistet. Bei einer solchen Gelegenheit darf man auch ruhig einmal darauf hinweisen, dass er - das Saarland ausgenommen - den kleinsten Stab in allen Bundesländern hat. Alle anderen Länder haben einen größeren Stab. Vor diesem Hintergrund ist die Arbeit, die dort geleistet wird, umso bemerkenswerter.

Datenschutz hat in Rheinland-Pfalz eine lange und gute Tradition. Wer die Berichterstattung in den Medien verfolgt, wird feststellen, dass es bei uns im Datenschutz weniger Zwischenfälle, Skandale und Affären als in anderen Bundesländern gibt, und zwar nicht deshalb, weil bei uns Datenschutz kein Thema wäre, sondern weil die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert und der Datenschutzbeauftragte sehr früh eingeschaltet und zurate gezogen wird. Andere basteln erst nach eigenem Gusto an Lösungen und stoßen prompt gegen den Datenschutz, bevor eingegriffen werden kann.

Die Kehrseite dieser guten alten Tradition ist, dass wir vergleichsweise alte Gesetze haben, weil wir so früh mit dem Datenschutz angefangen haben. Diese alten Gesetze werden der Beschreibung der heutigen Wirklichkeit im Datenschutz nicht in jedem Fall gerecht. Nicht umsonst gibt es eine EU-Richtlinie. Dazu erfolgt mit Sicherheit in den nächsten Monaten eine bundesdeutsche Anpassung. Es gibt einen Referentenentwurf, der in Berlin vorliegt. Wenn dies Gesetz geworden ist, was im Moment in Berlin ausgearbeitet wird, Herr Kollege Bischel, dann scheint es mir erst Sinn zu machen, dass wir auch unser Landesdatenschutzgesetz anpassen, und zwar im Sinne einer Gleichheit der einzelnen Bundesländer. Wenn jetzt jeder etwas bastelt, wird daraus am Ende ein Flickenteppich. Das Bundesgesetz nützt herzlich wenig, wenn die ganzen Bundesländer unterschiedliche Regelungen haben.

Wie es in Berlin bei der Gesetzesberatung aussieht, wird bei der anstehenden Novellierung nur die Anpassung an die EU-Richtlinie erfolgen. All das, was ich schon angedeutet habe, dass eine gesetzliche Novellierung allein deshalb erforderlich

ist, weil uns die technische Weiterentwicklung dazu zwingt, wird in einem zweiten Schritt erfolgen. Diesen werden wir auch noch in diesem Land vollziehen müssen.

Videouberwachung, Internetnutzung, E-Mailing, Chipkarten, DNA-Analyseverfahren usw. sind alles technologische Entwicklungen, die uns vor neue datenschutzrechtliche Herausforderungen stellen. Ich möchte ein einfaches Beispiel nennen, das zwar nicht im Datenschutzbericht, wohl aber in der letzten Sitzung, die wir vor wenigen Tagen hatten, seinen Niederschlag gefunden hat.

Wenn eine Stadt in Rheinland-Pfalz einen öffentlichen Platz mit einer Videokamera bestückt und das Bild, das sie gewinnt, in das Internet stellt, ist das eine schöne und nette Werbemaßnahme für diese Stadt, jedoch werden die Passanten, die an der Kamera ahnungslos vorbeigehen und sich möglicherweise wider ihren Willen im Internet wiederfinden, nicht ganz so begeistert sein. Das ist nachvollziehbar, je nachdem, in welchem Zustand sie vor der Kamera stehen.

Solche Dinge zwingen uns dazu, zu neuen Regelungen zu kommen und genauer hinzusehen, was noch geklärt werden muss, damit wir Menschen entsprechend schützen können.

(Beifall der SPD)

Wir müssen auch das Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlicher Forschung und Datenschutz regeln. Wir alle kennen das Arztgeheimnis. Was wir benötigen, ist ein Forschungsgeheimnis, damit im Forschungsbereich Daten entsprechend vertraulich behandelt werden und nicht weitergeleitet werden müssen, ohne dass die Betroffenen den notwendigen Schutz erfahren.

Wir müssen uns ebenfalls vornehmen, bei der bisher vorgenommenen Abgrenzung zwischen öffentlichem und privatem Bereich genauer hinzusehen. Wir haben das unterschiedlich geregelt. Unser Datenschutzbeauftragter ist für den öffentlichen Bereich und die ADD für den privaten Bereich zuständig. Nordrhein-Westfalen und andere Bundesländer haben oder hatten das genauso geregelt.

Bei der zunehmenden Verwischung der Linien zwischen öffentlichen Verwaltungen und Privaten muss man genau überlegen, ob das noch Sinn macht; denn im Moment fordern wir von manchen Personen, erst einmal herumzulaufen und zu schauen, wer zuständig ist. Unter Umständen sind für die gleiche Firma, je nachdem, wie sie arbeitet, zwei verschiedene Stellen zuständig. Darüber müsste man nachdenken und dies eventuell abbauen.

Ich komme zum letzten Punkt. Was nutzt uns im Gesetz und in der Technik der schönste Datenschutz, wenn er für die Menschen nicht praktikabel ist? Was hat der Nutzer vom Internet und neuen Technologien, wenn wir Schutzmaßnah-

men für ihn geschaffen haben und er mit diesen überhaupt nicht umgehen kann oder diese überhaupt nicht kennt? Hier gibt es Probleme bei den Programmen.

Von daher ist die Aufklärung in Sachen Datenschutz wichtig und muss weiterbetrieben werden. Genauso wichtig sind einfache Lösungen. Diese müssen wir im Datenschutzbereich schaffen. Jeder, der Datenschutz benötigt, muss auch wissen, wie er zu diesem Datenschutz kommt. Nur dann kann er ihn praktizieren.

Das sollten wir uns bei der weiteren Arbeit im Datenschutz und den gesetzlichen Änderungen, die die nächsten Jahre anstehen, vornehmen. Wenn uns das gelingt, sind wir weiter auf einem guten, aber unspektakulären Weg des Datenschutzes in Rheinland-Pfalz.

Danke.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Grützmacher das Wort.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Mit dem Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten liegt ein sehr umfangreiches Nachschlagewerk über die Lage des öffentlichen Datenschutzes in Rheinland-Pfalz vor. Herr Redmer hat dies ausgeführt. Man kann aus der Fülle dieser 166 Seiten folgern, dass der Datenschutz in Rheinland-Pfalz richtig in Schwung kommt und der Bedarf an Kontrolle steigend ist.

Deswegen möchte ich zuerst meinen Dank für die engagierte Arbeit des Datenschutzbeauftragten aussprechen. Bedanken möchte ich mich auch bei seinem Team aus Männern und Frauen, die ihm sehr engagiert zur Seite stehen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

In dieser kurzen Zeit kann ich nicht auf viele Punkte dieses dicken Wälzers eingehen. Ich möchte mit dem Thema „Videoüberwachung“ anfangen, das Herr Redmer auch kurz gestreift hat.

Wir wissen, dass es inzwischen die moderne Technik möglich macht, gestochen scharfe Porträts von Passantinnen und Passanten, zum Beispiel auf der Straße, anzufertigen und diese gespeichert aufzuzeichnen. Wir glauben, dass die Einführung derartiger Maßnahmen vor allem wegen der Kritik der Datenschützerinnen doch zu einer sehr großen und breiten öffentlichen Diskussion geführt hat.

Die CDU war der Meinung, man könnte auf vielen Plätzen solche großen Überwachungssysteme installieren. Ich bin der

Meinung, die Argumente und Bedenken der Datenschutzbeauftragten haben dazu geführt, dass man mit solchen Forderungen sehr vorsichtig geworden ist. Das Hauptargument dabei ist: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung für den Einzelnen bedeutet das Recht auf unkontrollierte Bewegung im öffentlichen Raum. - Wichtig ist, dies festzuhalten.

Meine Damen und Herren, das zeigt natürlich auch, dass die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten nicht statisch ist. Es kommen ständig neue Aufgaben dazu. Ich möchte erst von den traditionellen und dann von den neuen sprechen. Die bürgerrechtliche Funktion des Datenschutzbeauftragten wird in vielen Fällen auch in diesem Bericht sehr deutlich. Ich möchte vor allem auf die Kontrolle im Strafvollzug - das ist ein sehr wichtiger Punkt - und die Hilfe bei Eingaben von Strafgefangenen hinweisen. Wichtig ist auch die Kontrolle im Bereich der Schulen und der Wissenschaft und die Hilfe für Eltern im Schulbereich. Hier sind Datenschutzbelange aller Altersstufen - von Schülerinnen bis zu älteren Personen - tangiert. Wenn sie verletzt wurden, wurden sie durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten wiederhergestellt, manchmal kontrovers, aber oft auch im Konsens mit den Betroffenen.

Ich bin auch der Meinung, wenn die Arbeit des Datenschutzbeauftragten mehr und weiter bekannt wäre, würden mehr Hilfsersuchen von Schulen oder von Einrichtungen im Gesundheitsbereich oder im Strafvollzug gestellt werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Punkt aufnehmen, der uns besonders am Herzen liegt, nämlich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Sozial- und im Ausländerbereich. Das Sozialgeheimnis ist in letzter Zeit gesetzlich weiter relativiert worden. Ich sage dabei ausdrücklich, wir sind nicht der Meinung, dass der Datenschutz der Prüfung der Bedürftigkeit bei Sozialhilfeempfängern entgegensteht und gar die Aufdeckung von Betrug verhindert, wie dies immer wieder gesagt wird. Aber Sozialhilfeempfängerinnen haben auch Anspruch auf Fairness und Achtung ihrer Privatsphäre, und deshalb unterstützen wir ganz eindeutig die Haltung des Datenschutzbeauftragten.

Im Bericht steht, dass die politische Diskussion des Themas, also des Datenschutzes von Sozialhilfeempfängern, zu sehr auf die polizeiliche Effektivität konzentriert ist und andere, gleichermaßen bedeutsame Ziele staatlichen Handelns zurückstehen. Dem können wir uns nur anschließen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu der Zukunft des Datenschutzes. Die Themen, die wir heute besprechen, fallen natürlich allesamt nur unter den Datenschutz des öffentlichen Bereichs, da nur dies in die Kompetenz des Datenschutzbeauftragten fällt. Wenn wir aber von der Zukunft des Datenschutzes sprechen, so müssten wir auch den privaten Datenschutz mit einbeziehen. Herr Redmer hat dies ebenfalls bereits angesprochen.

In Rheinland-Pfalz besteht im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch ein großer Nachholbedarf. Ich möchte auf das eingehen, was im privaten Datenschutz bei der Neuorganisation der Landesverwaltung herausgekommen ist. Der private Datenschutz ist mit dieser Neuorganisation vollends ins Abseits gestellt worden. Er obliegt der ADD in Trier, also bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, aber er findet sich beispielsweise im Organigramm dieser Behörde überhaupt nicht wieder. Er wird gar nicht erwähnt. Wenn man nachfragt, erfährt man, dass er im Referat Wirtschaftsrecht und Preisüberwachung mit einer Halbtagskraft als Referentin und mit einem Sachbearbeiter im gehobenen Dienst ausgestattet ist. Meine Damen und Herren, ein solches Schattendasein für den privaten Datenschutz können wir nicht akzeptieren.

Unserer Meinung nach werden wichtige Entwicklungen verschlafen; denn die Herausforderungen an den privaten Datenschutz sind - das ist uns sicherlich allen klar - in der letzten Zeit enorm gestiegen. Erst die Zusammenschau von öffentlichem und privatem Datenschutz macht es möglich, dass das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wirksam geschützt wird.

Meine Damen und Herren, deswegen fordern wir, dass der Datenschutz in einer Hand organisiert wird, wie dies auch in anderen Ländern gehandhabt wird, dass also der öffentliche und der private Bereich zusammengeführt werden. Dies hat auch ganz interessante Folgen, wie wir an den Bundesländern sehen, in denen dies bereits praktiziert wird. Ich nenne als Beispiel Schleswig-Holstein. Dort hat eine Zusammenfassung in ein unabhängiges Zentrum für Datenschutz stattgefunden, in dem die Kontrollfunktion, aber auch - das ist ganz wichtig - verstärkt die Beratung und Prävention in Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit angeboten wird. Gerade diese Beratung wird von Bürgerinnen und Bürgern immer häufiger wahrgenommen, aber natürlich auch von Betrieben in der Wirtschaft. Dieses Landeszentrum hat zum Beispiel auch die Aufgabe, Fortbildungsveranstaltungen zu konzipieren und zur Vermittlung von Medienkompetenz beizutragen.

Meine Damen und Herren, wir wissen um die Bedeutung des Datenschutzes im Internet. Gerade weil der E-Commerce so im Aufschwung begriffen ist, müssen wir als Internetnutzerinnen natürlich auch auf die E-Privacy, also auf die Intimsphäre des einzelnen Nutzers, achten. Im neuen Datenschutzgesetz von Schleswig-Holstein ist dem Rechnung getragen, da den Bürgerinnen und Bürgern Service und Beratung zum Selbstdatenschutz gegeben werden. Datenschutz im E-Commerce kann natürlich keiner von außen gewährleisten. Vielmehr müssen die Bürgerinnen und Bürger lernen, wie sie selbst ihre Daten schützen können, wenn sie sich im Internet bewegen. Dies gehört zum neuen und modernen Datenschutz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wünschen uns, dass bei der Vorstellung des achtzehnten Tätigkeitsberichts des Datenschutzbeauftragten der neue Datenschutz in Rheinland-Pfalz vielleicht schon Fuß gefasst hat. Die Grundbedingungen sind gegeben, wenn auch bei dem engagierten Team des Landesdatenschutzbeauftragten sicherlich eine personelle Ausweitung notwendig sein wird.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun der Abgeordnete Creutzmann.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst gilt der herzliche Dank der F.D.P.-Landtagsfraktion Herrn Professor Dr. Walter Rudolf und seiner hervorragenden Mannschaft für die vielfältigen Arbeiten im Zeitraum vom 1. Oktober 1997 bis 30. September 1999, für den der Siebzehnte Tätigkeitsbericht des Landes nach dem Landesdatenschutzgesetz vorgelegt wurde.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Der Bericht insgesamt zeigt, welche hohe Fach- und Sachkompetenz die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbeauftragten für den Datenschutz besitzen. Sie müssen in der Datenverarbeitung immer den neuesten Stand der Technik nutzen und darüber hinaus Entwicklungen beobachten, die den Datenschutz berühren könnten.

Für die engagierte Arbeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf ich für die F.D.P.-Landtagsfraktion noch einmal unseren Respekt und unsere höchste Anerkennung aussprechen. Nur durch ihre engagierte Arbeit kann der Bürger von Rheinland-Pfalz sicher sein, dass der Datenschutz bei uns in guten Händen ist.

Der Internetzugang durch private und öffentliche Stellen gewinnt ständig an Bedeutung. Derzeit nutzen etwa 12 Millionen Deutsche das Netz, und die Zahl der Homepages ist international kaum übersehbar. Die dabei notwendigen Anforderungen an den Datenschutz sind vielfältig. Deshalb ist es dringend notwendig, den Landesbeauftragten für den Datenschutz mit den notwendigen Sachmitteln und qualifiziertem Personal auszustatten. Herr Kollege Bischel hat darauf hingewiesen, wir müssen bei den nächsten Haushaltsberatungen in der Tat überlegen, wie wir in diesem Bereich zu einer Verbesserung kommen können.

In Zeiten der modernen Kommunikationsmöglichkeiten ist der Datenschutz in seiner Einhaltung dringender denn je gefordert. Für die F.D.P.-Landtagsfraktion ist das informationelle Selbstbestimmungsrecht ein hohes Gut und hat deshalb Eingang in die tägliche Arbeit gefunden. Unser Credo lautet: Der Bürger muss in seinen individuellen Freiheitsrechten geschützt bleiben, und deshalb ist ein wirksamer Datenschutz ein Freiheitsrecht, das wir Liberale besonders schützen wollen.

Die F.D.P.-Fraktion erwartet deshalb, dass der Bundesgesetzgeber so schnell wie möglich das Bundesdatenschutzgesetz an die EU-Datenschutzrichtlinien anpasst, jedoch die bestehenden Bestimmungen nicht aufweicht und allenfalls die modernen Technologien anpasst. Die F.D.P.-Fraktion begrüßt ausdrücklich den Grundsatz der Datensparsamkeit bzw. der Datenvermeidung sowie eines Datenschutz-Audits, die in dem neuen Gesetz geregelt werden sollen. Das Bundesdatenschutzgesetz in seiner neuen Fassung wird selbstverständlich auch eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes zur Folge haben.

Die F.D.P.-Fraktion wird nach Verabschiedung des neuen Bundesdatenschutzgesetzes darauf drängen, dass das Landesdatenschutzgesetz zügig novelliert wird und die von dem Landesbeauftragten für den Datenschutz gemachten Vorschläge Eingang in die Novelle finden werden.

In Anbetracht der kurzen mir zur Verfügung stehenden Redezeit ist es natürlich völlig unmöglich, auf den 135 Seiten umfassenden Bericht ausführlich einzugehen. Ich möchte jedoch den Bericht in seiner Gesamtheit mit Nachdruck empfehlen; denn er ist eine Fundgrube für Informationen aus allen Bereichen des täglichen Lebens und der Politik und darüber hinaus eine Quelle im Verstehen moderner datenverarbeitungstechnischer Begriffe, die in einem Glossar hervorragend zusammengefasst sind.

Lassen Sie mich noch einige wenige Aussagen dieses Berichts aufgreifen und kommentieren. Ich komme zunächst zu den Überprüfungen bei der Polizei. Im Berichtszeitraum wurden örtliche Feststellungen bei 24 Polizeidienststellen durchgeführt. Beim Landeskriminalamt erfolgten zahlreiche Informationsbesuche. In keinem Fall - ich betone dies ausdrücklich - musste eine Beanstandung ausgesprochen werden.

Diese Aussage des Datenschutzbeauftragten zeigt deutlich, dass der von einigen GRÜNEN immer noch erhobene Vorwurf, der Repressionsapparat des Staates, die Polizei, und der Verfassungsschutz, gingen mit sensiblen Daten unserer Bürger grob fahrlässig um, in keinsten Weise zutreffend ist.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wo haben Sie denn das herausgehört?)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz dem Innenministerium und

den Polizeidienststellen bei Zweifelsfragen beratend zur Verfügung steht.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine schallende Ohrfeige für die CDU-Landtagsfraktion sind die Ausführungen des Datenschutzbeauftragten zur Frage, ob verdachtsunabhängige Personenkontrollen eingeführt werden sollten und ob diese datenschutzverträglich seien. Ich zitiere den Bericht auf Seite 34: „Unter den derzeit bestehenden Bedingungen allerdings hält der Landesbeauftragte für den Datenschutz die Einführung einer solchen Regelung in Rheinland-Pfalz für unverhältnismäßig. Die Möglichkeiten des Bundesgrenzschutzes, in einem 20 km breiten Streifen an der Grenze entsprechende Feststellungen zu treffen, sind ausreichend. Für die praktische Polizeiarbeit im Land reichen schließlich die Möglichkeiten aus, die nach § 10 POG gegeben sind. Danach kann die Identität einer Person festgestellt werden, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist. Darüber hinaus kann die Polizei die Identität einer Person feststellen, wenn sie sich an einem Ort aufhält, von dem aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte erfahrungsgemäß anzunehmen ist, dass dort Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften verstoßen, oder sich Straftäter verbergen oder an dem Personen der Prostitution nachgehen.“

Weiter heißt es: „Die Schaffung einer darüber hinausgehenden gesetzlichen Grundlage wäre das Schaffen einer Eingriffsermächtigung auf Vorrat für möglicherweise eintretende Gefährdungslagen, die konkret nicht absehbar sind. Davon rät der Landesbeauftragte für den Datenschutz dringend ab.“

Das Thema der Telefonüberwachungsmaßnahmen und damit einhergehende große Lauschangriffe hat vor einigen Jahren zu emotionalen Diskussionen in Deutschland geführt. Die Zahlen der Justizbehörden ergeben für Rheinland-Pfalz keinen Anstieg für Abhörmaßnahmen - im Gegenteil. 1997 waren es in 125 Strafverfahren 202 Anschlussinhaber, 1998 waren es in 118 Strafverfahren 195 Anschlussinhaber. Etwa zwei Drittel aller Maßnahmen betreffen Rauschgiftdelikte.

Über die parlamentarische Kontrolle von Lauschangriffen besteht in den Bundesländern eine unterschiedliche Auffassung. Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich, dass der Minister der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz deutlich erklärt hat, dass er nach Aufforderung des Landtags jederzeit bereit ist, diesem über den Einsatz des Lauschangriffs für Strafverfolgungszwecke zu berichten. Damit stellt sich für das Land Rheinland-Pfalz nicht die Frage, ob der Justizminister verpflichtet ist, das Parlament über die parlamentarische Kontrolle von Lauschangriffen zu informieren oder nicht. Der Ältestenrat des Landtags ist jederzeit in der Lage, eine Unter- richtung zu beantragen, um damit feststellen zu können, ob

der so genannte große Lauschangriff sich in der Praxis bewährt hat oder nicht.

Besonders hervorzuheben ist auch der Service, den der Landesdatenschutzbeauftragte und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Verwaltungen leisten. Im Berichtszeitraum wurden in 38 Fällen unter technischen und organisatorischen Gesichtspunkten örtliche Feststellungen in unterschiedlichen Bereichen der staatlichen und kommunalen Verwaltung getroffen.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich wollte auch noch darauf hinweisen, dass im Internet unter der Adresse www.datenschutz.rlp.de grundlegende und aktuelle Informationen zu Datenschutzfragen abgerufen werden können.

Frau Kollegin Grützmaker, man muss sich schon fragen, ob Ihre Forderung richtig ist, dass der Staat Private im Datenschutz beraten soll. Wir haben eine Möglichkeit im Internet. Dort kann man sicher noch mehr machen, um Ihrem Petition Rechnung zu tragen, private Bürger, die das Internet nutzen, zu schützen. Ich würde es aber für einen Fehler halten - wenn Sie es nicht so gemeint haben, sollten Sie es klarstellen -, dass private Unternehmen auf den Staat zurückgreifen sollten. Private müssen die Gesetze einhalten und müssen sich dann auch selbst informieren und klug machen. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, für Private Personal vorzuhalten, um sich schlau zu machen, damit sie die Gesetze einhalten können.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Innenminister Zuber das Wort.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit ihren persönlichen Daten gehört vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken zu den besonders herausragenden Herausforderungen, denen sich die Politik, die Verwaltung und die Gesellschaft insgesamt gegenübersehen.

Wie bereits die früheren Berichte ist auch der vorliegende Siebzehnte Tätigkeitsbericht mit seinen zahlreichen konkreten Vorschlägen und Empfehlungen zur datenschutzgerechten Lösung von Einzelfragen für die Praxis wiederum zu einer wichtigen und gern genutzten Hilfe geworden.

Die Wertschätzung, die die rheinland-pfälzische Datenschutzkontrollbehörde bei den Behörden des Landes und den Kommunen genießt, ist auf die große fachliche Kompetenz und die engagierte Arbeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Professor Dr. Rudolf, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückzuführen, für die ich auch namens der Landesregierung sehr herzlich Dank sagen darf.

(Beifall im Hause)

Die Vorschläge und Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes werden von den Behörden im Land vor allem auch deshalb regelmäßig übernommen, weil die datenschutzrechtlichen Erfordernisse durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz in einer offenen, vertrauensvollen und partnerschaftlichen Form den vor Ort Verantwortlichen vermittelt und gleichzeitig die Belange einer sachgerechten und effizienten Erledigung von Verwaltungsaufgaben berücksichtigt werden. Dies schließt auf der anderen Seite nicht aus, dass es in Einzelfragen durchaus hier und da auch Meinungsverschiedenheiten geben kann.

Auch in Zukunft wird es notwendig sein, beim Umgang mit den personenbezogenen Daten Betroffener und insbesondere beim Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken von Anfang an jeweils zugleich auch die Risiken für die Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger, vor allem ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung, zu bedenken. Der vorliegende Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, aber auch die Beschlüsse der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder geben insoweit wichtige Anstöße und Impulse für die zukünftige Rechtsentwicklung.

Durch die inzwischen erfolgte Aufnahme des Datenschutzes in unsere rheinland-pfälzische Landesverfassung wurde dies bereits entsprechend umgesetzt. Auch die geplanten umfassenden Novellierungen des Bundesdatenschutzgesetzes werden die dann auch notwendige Anpassung und Weiterentwicklung des Datenschutzrechts des Landes nach sich ziehen. Die Vorschläge des Landesdatenschutzbeauftragten, auch die Vorschläge, die beispielsweise heute in der Diskussion gemacht worden sind, werden in die Überlegungen einzubeziehen sein. Ich werde jetzt angesichts der Zeit nicht mehr im Detail näher darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen: Ich bin davon überzeugt, dass es uns auf dieser Grundlage auch in Zukunft gelingen wird, die Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger auch vor dem Hintergrund der Globalisierung und der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken effektiv zu schützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Bericht des Landesdatenschutzbeauftragten hat damit seine parlamentarische Erledigung gefunden.

Ich rufe Punkt 22 der Tagesordnung auf:

- Europäische Union: Reformchancen der Erweiterung nutzen
Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/5903 -

dazu:

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6093 -

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich möchte zwei Sätze zu unserem Abstimmungsverhalten sagen!)

- Bitte schön.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit zwei Sätzen unser Abstimmungsverhalten begründen. Wenn wir eine Aussprache gehabt hätten, hätten wir deutlich machen können, mit welchen Punkten des Antrags der F.D.P. und der SPD wir nicht ganz konform gehen und welche Punkte wir unterstützen. Dann hätten wir zustimmen können. Ohne Aussprache werden wir uns enthalten. Dem Änderungsantrag der CDU werden wir nicht zustimmen.

Präsident Grimm:

Sie haben das zur Kenntnis genommen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/6093 - ab. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Wer stimmt dagegen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der F.D.P. und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/5903 - unter Berücksichtigung etwaiger Änderungen ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Punkt 23 der Tagesordnung auf:

Anhörung zum Thema Ladenschlussgesetz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6056 -

Gemäß Absprache im Ältestenrat soll eine Anhörung stattfinden. Eine Aussprache findet nicht statt.

Gibt es jemanden, der dagegen ist, dass eine Anhörung durchgeführt wird? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Punkt 24 der Tagesordnung auf:

Behindertenpolitik: Bilanz und Perspektive unzureichend
Antrag der Fraktion der CDU
- Entschließung -
- Drucksache 13/5744 -

dazu:
**Beschlussempfehlung des Sozial-
politischen Ausschusses**
- Drucksache 13/5912 -

Wird die Berichterstattung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir unmittelbar über den Antrag abstimmen.

Wer stimmt ihm zu? - Wer ist dagegen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der F.D.P. und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe Punkt 25 der Tagesordnung auf:

Fähigkeit zur Selbsthilfe von behinderten Menschen stärken
Antrag der Fraktion der SPD
- Entschließung -
- Drucksache 13/5776 -

dazu:
**Beschlussempfehlung des Sozial-
politischen Ausschusses**
- Drucksache 13/5913 -

Auch in dem Fall dürfte keine Berichterstattung gewünscht sein. Wir stimmen zunächst über die Beschlussempfehlung ab.

(Kramer, CDU: Wir haben ihn inhaltlich verbessert und stimmen zu!)

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? - Das ist einstimmig.

Wir stimmen nun über den Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/5776 - unter Berücksichtigung der Veränderungen ab. Wer stimmt dem Antrag zu? - Das ist einstimmig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung.

Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, dem 13. September 2000, 14.00 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 13.53 Uhr